

ifo Dresden berichtet

Kommentar

- *Joachim Ragnitz*
Zehn Jahre Hartz-Reformen in Deutschland

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2014/2015: Konjunktur gewinnt an Schwung
- *Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Michael Weber*
ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2014/2015: Ostdeutsche Wirtschaft fasst wieder Tritt
- *Alexander Eck, Xenia Frei und Felix Rösel*
Immer mehr Bedürftige: Die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben zwischen 2006 und 2013
- *Alexander Eck, Carolin Fritzsche und Johannes Steinbrecher*
Die Projektion der Einnahmen für den Freistaat Sachsen – Langfristig keine Veränderung trotz gegenwärtiger Mehreinnahmen

Im Blickpunkt

- *Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Michael Weber*
Mindestlohn in Ostdeutschland: Firmen planen Preiserhöhungen und Personalabbau
- *Felix Rösel*
Hoch gepokert, hoch verschuldet: Kurzfristige Fremdwährungskredite der Kommunen in Deutschland

Daten und Prognosen

- Regionalisierung des ifo Konjunkturtests
- Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen

22. Jahrgang (2015)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 1/2015

Kommentar

Zehn Jahre Hartz-Reformen in Deutschland

3

Joachim Ragnitz

Aktuelle Forschungsergebnisse

Deutschlandprognose 2014/2015: Konjunktur gewinnt an Schwung

5

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

Die deutsche Wirtschaft gewinnt allmählich wieder an Schwung. In diesem und im kommenden Jahr dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um jeweils 1,5 % zulegen. Getragen wird die Erholung vor allem durch die Binnenwirtschaft, die vom Rückgang der Rohölpreise profitiert. Die Investitionen in neue Anlagen dürften wieder stärker anziehen, die zunehmende Auslastung der Produktionskapazitäten macht Erweiterungsinvestitionen wieder dringlicher. Auch die Bauinvestitionen werden wieder zulegen. Der private Konsum wird im Tempo der steigenden Realeinkommen expandieren. Zwar werden die Exporte beschleunigt steigen, da sich die Weltkonjunktur bessert und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft auf Drittmärkten aufgrund der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zugenommen hat, stärker aber werden die Importe angesichts der erwarteten Binnenkonjunktur zulegen.

ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2014/2015: Ostdeutsche Wirtschaft fasst wieder Tritt

13

Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Michael Weber

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) dürfte in den Jahren 2014 und 2015 jeweils mit 1,3 % expandieren. Nach der konjunkturellen Eintrübung in den Sommermonaten 2014 fasste die ostdeutsche Wirtschaft zum Jahresende 2014 wieder Tritt. Diese positive Grundtendenz dürfte auch im Jahresverlauf 2015 anhalten. Maßgeblich hierfür sind die anziehende Investitionsnachfrage der Unternehmen, die robuste Entwicklung des Konsums und die weitere Belebung der Weltwirtschaft. Aufgrund der spezifischen Wirtschaftsstruktur des Freistaates Sachsen dürfte das Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts mit jeweils 1,8 % in den Jahren 2014 und 2015 höher ausfallen als in Ostdeutschland (mit Berlin). Die Entwicklung am Arbeitsmarkt wird gedämpft durch den wirtschaftspolitischen Gegenwind.

Immer mehr Bedürftige: Die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben zwischen 2006 und 2013

21

Alexander Eck, Xenia Frei und Felix Rösel

Der spürbare Anstieg der Sozialhilfeausgaben von durchschnittlich mehr als 4 % p. a. in den vergangenen Jahren ist auf einen Anstieg der Zahl der Leistungsempfänger (Fälle) zurückzuführen, während die Ausgaben je Fall seit Jahren nahezu stagnieren. Die Autoren untersuchen im vorliegenden Beitrag getrennt nach Ländern für die Jahre 2006 bis 2013 die einzelnen Hilfearten der Sozialhilfe nach SGB XII. Sie zeigen, dass die Ausgabenentwicklung in der Vergangenheit ebenfalls bei den einzelnen ausgabenseitig bedeutsamen Hilfearten (Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfe zur Pflege) im Wesentlichen durch einen Anstieg der Fallzahlen getrieben wurde. Zwischen den Ländern unterscheidet sich allerdings mitunter die Veränderung der Ausgaben je Fall deutlich.

Die Projektion der Einnahmen für den Freistaat Sachsen – Langfristig keine Veränderung trotz gegenwärtiger Mehreinnahmen

33

Alexander Eck, Carolin Fritzsche und Johannes Steinbrecher

Die realen Einnahmen im Freistaat Sachsen werden nach der aktuellen Projektionsrechnung des IFO INSTITUTS bis zum Jahr 2025 stark zurückgehen. Die Gründe dafür liegen im Auslaufen von Transfers von Bund und EU und in der ungünstigen demographischen Entwicklung. Ähnlich wie bei den Ergebnissen vom Mai 2014 muss auch auf Basis aktueller Daten davon ausgegangen werden, dass die Bereinigten Einnahmen bis zum Projektionsende um rd. 12 % zurückgehen werden.

Im Blickpunkt

Mindestlohn in Ostdeutschland: Firmen planen Preiserhöhungen und Personalabbau

40

Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Michael Weber

Das IFO INSTITUT hat seine monatliche Unternehmensbefragung im November 2014 einmalig um zwei Fragen zum Mindestlohn erweitert. Insgesamt geben 43 % der befragten ostdeutschen Firmen an, vom Mindestlohn betroffen zu sein; in Westdeutschland zeigen nur 24 % der Firmen eine Betroffenheit an. Außerdem wurden die Befragungsteilnehmer nach deren geplanten Maßnahmen gefragt. In Ostdeutschland wollen demzufolge knapp 40 % der betroffenen Unternehmen ihre Preise erhöhen. Als zweitwichtigste Maßnahme wurde die Kürzung von Sonderzahlungen genannt (30 %). Zudem zieht jedes vierte Unternehmen in Ostdeutschland einen Personalabbau in Erwägung.

Hoch gepokert, hoch verschuldet: Kurzfristige Fremdwährungskredite der Kommunen in Deutschland

43

Felix Rösel

Das Mitte Januar 2015 von der Schweizerischen Nationalbank verkündete Ende der Wechselkursuntergrenze des Frankens an den Euro führte zu erheblichen Verlusten bei deutschen Kommunen. Diese hatten in den vergangenen Jahren in nicht unerheblichem Umfang Kredite in Fremdwährungen, oftmals in Schweizer Franken, aufgenommen. In diesem Beitrag werden Umfang und regionale Verteilung kommunaler Kassenkredite in Fremdwährung näher untersucht. Es wird gezeigt, dass sich Kassenkredite in ausländischer Währung in Deutschland sehr stark regional konzentrieren: Kredite im Umfang von über 1 Mrd. € und damit rund Dreiviertel aller kurzfristigen Fremdwährungskredite in Deutschland entfallen allein auf 16 Kommunen im Ruhrgebiet. Besonders fatal: Diese Gemeinden gehören zugleich zu den am höchsten verschuldeten Kommunen Nordrhein-Westfalens.

Daten und Prognosen

Positiver Jahresauftakt für die ostdeutsche Konjunktur: ifo Geschäftsklimaindex im Januar 2015

47

Robert Lehmann

Sächsischer Arbeitsmarkt startet gut ins neue Jahr

50

Michael Weber

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen

53

ifo Veröffentlichungen

53

ifo Vorträge

54

ifo intern

54

Zehn Jahre Hartz-Reformen in Deutschland¹

Joachim Ragnitz*

Selten wurde eine sozialpolitische Reform in Deutschland so stark angefeindet wie die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum sogenannten Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) zum 1. Januar 2005. Ihre politischen Konsequenzen – Abwahl der rot-grünen Koalition auf Bundesebene und Aufstieg der Partei „Die LINKE“ – sind bis heute spürbar. Dabei war dieser Schritt durchaus folgerichtig, denn das bis dahin bestehende Nebeneinander von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe als zwei in ihrer Zielrichtung vergleichbare Leistungen der Grundsicherung war kaum mehr vermittelbar, waren diese doch weder in ihrer Höhe noch in ihren Anspruchsvoraussetzungen ausreichend aufeinander abgestimmt. Eine Harmonisierung beider Systeme war daher schon aus Gerechtigkeitsabwägungen dringend erforderlich, auch wenn dies zumindest für viele Langzeitarbeitslose – den typischen Empfängern von Arbeitslosenhilfe – zunächst einmal Leistungseinschränkungen bedeutete.

Kritiker bemängeln an der Hartz-IV-Gesetzgebung daher auch weniger die Grundentscheidung für die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe als vielmehr die Höhe der gewährten Unterstützungsleistungen. Diese betragen aktuell 399,- €/Monat für einen Erwachsenen zuzüglich Wohn- und Heizkosten (in sächsischen Großstädten sind dies beispielsweise rund 330,-€/Monat für Alleinstehende). Dies ist genau der Betrag, der vom Gesetzgeber als angemessen angesehen wird, das „soziokulturelle Existenzminimum“ abzudecken. Wem dies nicht ausreichend erscheint, mag dies äußern, muss jedoch dann vor allem für entsprechende politische Mehrheiten sorgen, die im Augenblick offenkundig nicht gegeben sind.

Der Vorwurf der „Armut per Gesetz“ geht dennoch in die Irre, denn für jeden Einzelnen besteht durchaus die Möglichkeit, sein Einkommen zu erhöhen. Bei aller Kritik an „Hartz IV“ wird nämlich allzu leicht übersehen, dass die damaligen Arbeitsmarktreformen auch dazu dienen sollten, die Re-Integration von erwerbsfähigen Hilfeempfängern in den Arbeitsmarkt zu erleichtern und damit den überbordenden Sozialstaat zugunsten der Allgemeinheit der Steuer- und Beitragszahler zurückzudrängen. Unter dem Schlagwort „Fördern und Fordern“ wurde hierzu einerseits verstärkter Druck auf Leistungsempfänger ausgeübt, eine behördlicherseits als zumutbar angesehene Arbeitsstelle auch anzunehmen. Andererseits wurde zugestanden, dass der erzielte Arbeitslohn nur zum Teil auf das Arbeitslosengeld II angerechnet wird: Erst ab einem

zusätzlichen Nettoeinkommen von 981,- €/Monat erlischt der Anspruch auf einen ergänzenden Leistungsbezug. Damit besteht starker Anreiz, durch eine – auch geringfügig entlohnte Tätigkeit – sein Einkommen „aufzustooken“. Insoweit stellte die Hartz-IV-Reform in ihrem Kern einen klugen Kompromiss zwischen der sozialstaatlich gebotenen Garantie einer hinreichenden Grundsicherung und einer Stärkung der Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen dar.

Tatsächlich ist die Zahl der Arbeitslosen seit Inkrafttreten der Hartz-IV-Reform deutlich zurückgegangen, die Zahl der Beschäftigten korrespondierend gestiegen. Dies kann aber natürlich nicht allein oder auch nur primär auf die Einführung des Arbeitslosengeldes II zurückgeführt werden, sondern muss auch im Zusammenhang mit den zuvor erfolgten Reformschritten „Hartz I“ bis „Hartz III“ gesehen werden: Diese haben nämlich – zusätzlich zur allgemeinen konjunkturellen Belebung – die Bedingungen dafür geschaffen, dass es überhaupt zu einem Beschäftigungsaufschwung kommen konnte, indem mit der Erleichterung von Zeitarbeit (Hartz I) und Minijobs (Hartz II) Eintrittshürden in den Arbeitsmarkt abgebaut sowie mit der Umstrukturierung der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hartz III) ein stärker auf die erfolgreiche Vermittlung von Arbeitslosen ausgerichtetes Handeln der Arbeitsverwaltung implementiert wurde. Die Hartz-IV-Gesetzgebung hat zu dem Beschäftigungsaufbau seit dem Jahr 2005 wohl am ehesten dadurch beigetragen, dass sie infolge der gelockerten Hinzuverdienstmöglichkeiten einen Anreiz gegeben hat, auch gering entlohnte Beschäftigungsangebote anzunehmen und damit die Schaffung eines Niedriglohnssektors in Deutschland ermöglicht hat. Denn auch wenn niedrige Löhne häufig nicht zum Leben reichen (und deswegen ja im Bedarfsfall durch ergänzende Sozialleistungen aufgestockt werden), ist für viele, oftmals eher wenig leistungsfähige Arbeitnehmer ein gering bezahlter Job immer noch besser als ein Verharren in der Arbeitslosigkeit mit all ihren negativen materiellen, gesundheitlichen und sozialpsychologischen Nachteilen.

Alles in allem führt eine unvoreingenommene Bewertung der Hartz-Reformen nach zehn Jahren somit zu dem Ergebnis, dass die damaligen Arbeitsmarktreformen in

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

ihrem Zusammenwirken nicht nur notwendig, sondern auch erfolgreich waren. Die Verkrustungen und Erstarungen des deutschen Arbeitsmarktes, die mit zur schubweisen Zunahme struktureller Arbeitslosigkeit in den vorangegangenen 25 Jahren beigetragen haben und in einer gesamtdeutschen Arbeitslosenquote von 13 % im Jahr 2005 mündeten, konnten weithin abgebaut werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist die Arbeitslosenquote seither deutlich zurückgegangen, und viele frühere Langzeitarbeitslose haben wieder eine Beschäftigung aufnehmen können. Nicht zu verkennen ist allerdings auch, dass es weiterhin eine knappe Million Langzeitarbeitslose unter den Empfängern von Arbeitslosengeld II gibt, die auch unter den gelockerten Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt nicht vermittlungsfähig scheinen und selbst bei günstiger wirtschaftlicher Entwicklung im fortgesetzten Leistungsbezug verharren. Hinzu kommt, dass aktuelle politische Entscheidungen wie die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der Hartz-IV-Reformen – die Schaffung eines Niedriglohnssektors – zu torpedieren drohen: Manch einer, der sein niedriges Arbeitseinkommen derzeit durch Arbeitslosengeld aufstocken kann,

könnte sich künftig ausschließlich im Leistungsbezug wiederfinden, wenn sein Arbeitsplatz lohnkostenbedingt verloren gehen sollte.

Hieraus den Schluss zu ziehen, die Hartz-Reformen zurückzunehmen, hieße jedoch, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Bei den genannten Problemgruppen am Arbeitsmarkt geht es ganz offenkundig nicht länger um Arbeitsmarktpolitik, sondern um Sozialpolitik. Sinnvoll erscheinen daher eher gezielte Maßnahmen wie intensive Betreuungs- und Vermittlungsbemühungen durch die Arbeitsverwaltung, individualisierte Angebote zur Vermittlung arbeitsmarktrelevanter Grundfertigkeiten und -kompetenzen, ggf. auch temporäre Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber u.ä. Aus politischer Sicht mag dies ein unbequemer – weil langwieriger – Weg sein; letzten Endes ist damit aber den Betroffenen eher gedient als mit zwar populären, aber mit Blick auf ihre Effekte kaum zielführenden Forderungen nach einer Re-Regulierung des Arbeitsmarktes in Deutschland.

¹ Der Beitrag wurde in ähnlicher Form bereits am 15.01.2015 in der Freien Presse, Chemnitz, unter dem Titel „Zehn Jahre Hartz IV – Basis für Erfolg auf dem Arbeitsmarkt“ veröffentlicht.

Deutschlandprognose 2014/2015: Konjunktur gewinnt an Schwung¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Das weltwirtschaftliche Expansionstempo hat sich im vergangenen Sommer merklich verlangsamt. So legte die globale Industrieproduktion im zweiten und dritten Quartal 2014 nur noch halb so stark zu wie im vorausgegangenen Winterhalbjahr. Diese Entwicklung war vor allem durch eine deutlich nachlassende konjunkturelle Dynamik im Euroraum und in Japan getrieben, während die aggregierte Produktion in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, insbesondere in den USA und in Großbritannien, weiterhin robuste Zuwachsraten verzeichnete. In den Schwellenländern kam es in den zurückliegenden zwei Quartalen sogar zu einer leichten Beschleunigung der aggregierten Wirtschaftsleistung, die aber nicht ausreichte, um die Verlangsamung in den Industrieländern wettzumachen.

Die Geldpolitik in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften war weiterhin sehr expansiv ausgerichtet. Während die Zentralbanken in den USA und in Großbritannien allerdings ihre Wertpapierkäufe eingestellt und erste Leitzinsanhebungen im Jahr 2015 in Aussicht gestellt haben, wurde der monetäre Expansionsgrad im Euroraum und in Japan zuletzt weiter erhöht. Auch in den aufstrebenden Volkswirtschaften hat sich der Expansionsgrad der Geldpolitik zuletzt uneinheitlich entwickelt. So sahen sich die meisten Zentralbanken gezwungen, den Leitzins zum Teil mehrmals anzuheben, um der hohen Inflation oder einer Abwertung der heimischen Währung entgegenzuwirken. Lediglich die Notenbank Chinas hat den Expansionskurs ihrer Politik etwas erhöht.

Der Restriktionsgrad der Finanzpolitik wird in den meisten großen Industrieländern, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße, zurückgehen. Insbesondere im Euroraum wirkt die Finanzpolitik kaum noch bremsend, nachdem die dringend erforderlichen Konsolidierungsbemühungen der vergangenen Jahre vielerorts zum Teil massive negative konjunkturelle Impulse erzeugt hatten. In der Mehrzahl der aufstrebenden Volkswirtschaften dürfte die Finanzpolitik zumeist neutral wirken. Lediglich in Indien und China wird die Konjunktur noch durch öffentliche Investitionsprogramme gestützt.

Im Prognosezeitraum dürfte die Weltwirtschaft langsam an Fahrt gewinnen. In den USA und Großbritannien dürfte sich die Erholung in etwa dem gleichen Tempo wie

im Durchschnitt der vergangenen Quartale fortsetzen. Insbesondere in den USA wird die Binnennachfrage im Prognosezeitraum von der verbesserten Vermögenssituation der Haushalte und Unternehmen, der zunehmenden Aufhellung auf dem Arbeits- und Immobilienmarkt, der expansiven Geldpolitik und dem abnehmenden Restriktionsgrad der Fiskalpolitik profitieren und für einen fortgesetzten Aufschwung sorgen. Auch in Indien sowie in mehreren ostasiatischen Schwellenländern dürfte die aggregierte Produktion im Prognosezeitraum beschleunigt expandieren.

Die jüngste Entwicklung des Ölpreises dürfte ein zusätzlicher stützender Faktor für die globale konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2015 sein. So ist der Preis eines Barrels der Sorte Brent seit Juni 2014 trotz der geopolitischen Spannungen in Osteuropa sowie im Nahen Osten um mehr als 35 % gesunken. Dieser Rückgang dürfte größtenteils angebotsseitig – durch die Ausweitung der Förderung in den USA – und zu einem geringeren Teil auch nachfrageseitig – durch die Abkühlung der Weltkonjunktur – getrieben sein. Von einem niedrigeren Ölpreis dürften vor allem Ölabnehmer wie die fortgeschrittenen Volkswirtschaften sowie China, Indien und die Ökonomien Ostasiens profitieren.

Bremsend werden aber die zahlreichen Strukturprobleme wirken, die einige große Schwellenländer (Brasilien, Argentinien) sowie wichtige fortgeschrittene Volkswirtschaften haben. In einigen Ländern des Euroraums sind der Bankensektor nach wie vor unzureichend kapitalisiert, die Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen noch immer sehr hoch, die internationale Wettbewerbsfähigkeit relativ niedrig und die Produkt- und Arbeitsmärkte weiterhin wenig flexibel. Insbesondere in Frankreich und Italien sind zahlreiche dringend notwendige Reformen bislang ausgeblieben. Entsprechend dürften diese Länder im Prognosezeitraum kaum expandieren und damit die Entwicklung der zusammengefassten Wirtschaftsleistung der Währungsunion stark belasten. In Japan dürfte das Expansionstempo im Jahr 2015 ebenfalls gering bleiben. Ursächlich dafür dürften neben den zuletzt gesunkenen Realeinkommen der privaten Haushalte vor allem ein schrumpfendes Arbeitskräfte-

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

potenzial, eine starke Segmentierung im Energie- und Dienstleistungssektor sowie eine Überregulierung auf Arbeits- und Produktmärkten sein. Auch die Wirtschaft Chinas wird wohl leicht abnehmende Zuwächse verzeichnen.

Alles in allem dürfte die Weltproduktion im Jahr 2014 um 2,7 % zugenommen haben. Im laufenden Jahr dürfte sie um 3,0 % steigen. Der Welthandel wird im Jahr 2015 voraussichtlich um 4,0 % expandieren, nach 2,6 % im vergangenen Jahr.

Ein Hauptrisiko für die Weltkonjunktur stellt nach wie vor die schlechte wirtschaftliche Verfassung mehrerer Euroraumländer dar. Trotz der strukturellen Reformen, die in Spanien, Irland, Portugal und Griechenland in den zurückliegenden drei Jahren durchgeführt wurden, sind die notwendigen Anpassungen noch lange nicht abgeschlossen und zahlreiche Strukturprobleme bleiben nach wie vor bestehen. Dies zeigt sich unter anderem an der völlig unzureichenden Anpassung der relativen Preise in diesen Ländern, die unabdinglich ist, um die Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen und die langfristige Tragfähigkeit der Auslandsverschuldung zu gewährleisten. Entsprechend bleiben diese Länder fragil und jederzeit anfällig für krisenhafte Verwerfungen. Besorgniserregend in diesem Zusammenhang ist der anhaltende Reformstau in Frankreich und Italien, der die mittelfristigen Wachstumsperspektiven der beiden Volkswirtschaften schmälert und damit Zweifel an ihrer Solvenz aufkommen lassen kann.

Die rückläufigen Inflationsraten im Euroraum, die mittlerweile in allen Mitgliedsländern zu beobachten sind, bergen Risiken und Chancen. Zwar ist aktuell ein erheblicher Teil des Rückgangs dem Verfall der Rohölpreise geschuldet; die um Energiepreisentwicklungen bereinigte Kernrate ist derzeit mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtinflationsrate und dürfte auch im Prognosezeitraum bei durchschnittlich einem Prozent liegen. Je länger die Phase niedrigen Preisauftriebs allerdings anhält, desto größer die Gefahr einer Entankerung der langfristigen Inflationserwartungen, was den Abwärtsdruck auf die Inflation noch erhöhen würde. Im Extremfall könnte der Euroraum in eine Deflation rutschen. Ein Gutteil der zu beobachtenden Disinflation ist jedoch zu begrüßen. Denn sie rührt daher, dass mehrere strukturell schwache Euroraumländer bemüht sind, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Dies erfordert, dass die Preise ihrer Erzeugnisse entweder langsamer zunehmen als anderswo oder sogar sinken.

Weitere Risiken gehen von den andauernden Konflikten zwischen Russland und der Ukraine sowie im Nahen Osten im Zusammenhang mit der islamistischen Bedrohung aus. Eine Eskalation könnte zu einem erneuten Anstieg der Unsicherheit und der Ölpreise führen und somit die weltwirtschaftliche Erholung belasten. Schließlich

rühren auch von den jüngsten Vermögenspreisentwicklungen nicht unerhebliche Risiken her. So sind die Aktienindizes der wichtigsten Börsen trotz der globalen konjunkturellen Abkühlung kräftig gestiegen. Eine scharfe Korrektur könnte die Vermögensposition der privaten Haushalte sowie die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen verschlechtern und negative Folgen für die Weltkonjunktur nach sich ziehen. Schließlich besteht in China das Risiko, dass sich der Rückgang der Immobilienpreise, der seit Mitte des Jahres 2014 zu beobachten war, beschleunigt. Da der Immobilienboom der vergangenen Jahre mit einer massiven Ausweitung der Kreditvergabe einherging, könnte die Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung in China deutlich stärker ausfallen, als in der vorliegenden Prognose unterstellt.

Ausblick Deutschland

Die Konjunktur in Deutschland hat sich im Verlauf des Jahres 2014 deutlich abgekühlt. Zum Jahresauftakt hatte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) dynamisch zugelegt. Allerdings war die gesamtwirtschaftliche Produktion durch mildes Winterwetter begünstigt gewesen; dies hatte die Wertschöpfung im Bau und in anderen witterungsabhängigen Sektoren besonders angeregt. In den Frühjahrsmonaten sank dann aber die gesamtwirtschaftliche Produktion. Zwar war für das zweite Vierteljahr durchaus mit einem verringerten Expansionstempo gerechnet worden, weil der Vorquartalsvergleich aufgrund des vorangegangenen positiven Witterungseffekts unterzeichnet sein musste. Das Minus indiziert jedoch, dass sich auch die konjunkturelle Grundtendenz im Vergleich zum Winter abgeschwächt hatte. Die Dämpfung hielt im dritten Vierteljahr an; die gesamtwirtschaftliche Produktion ist kaum gestiegen.

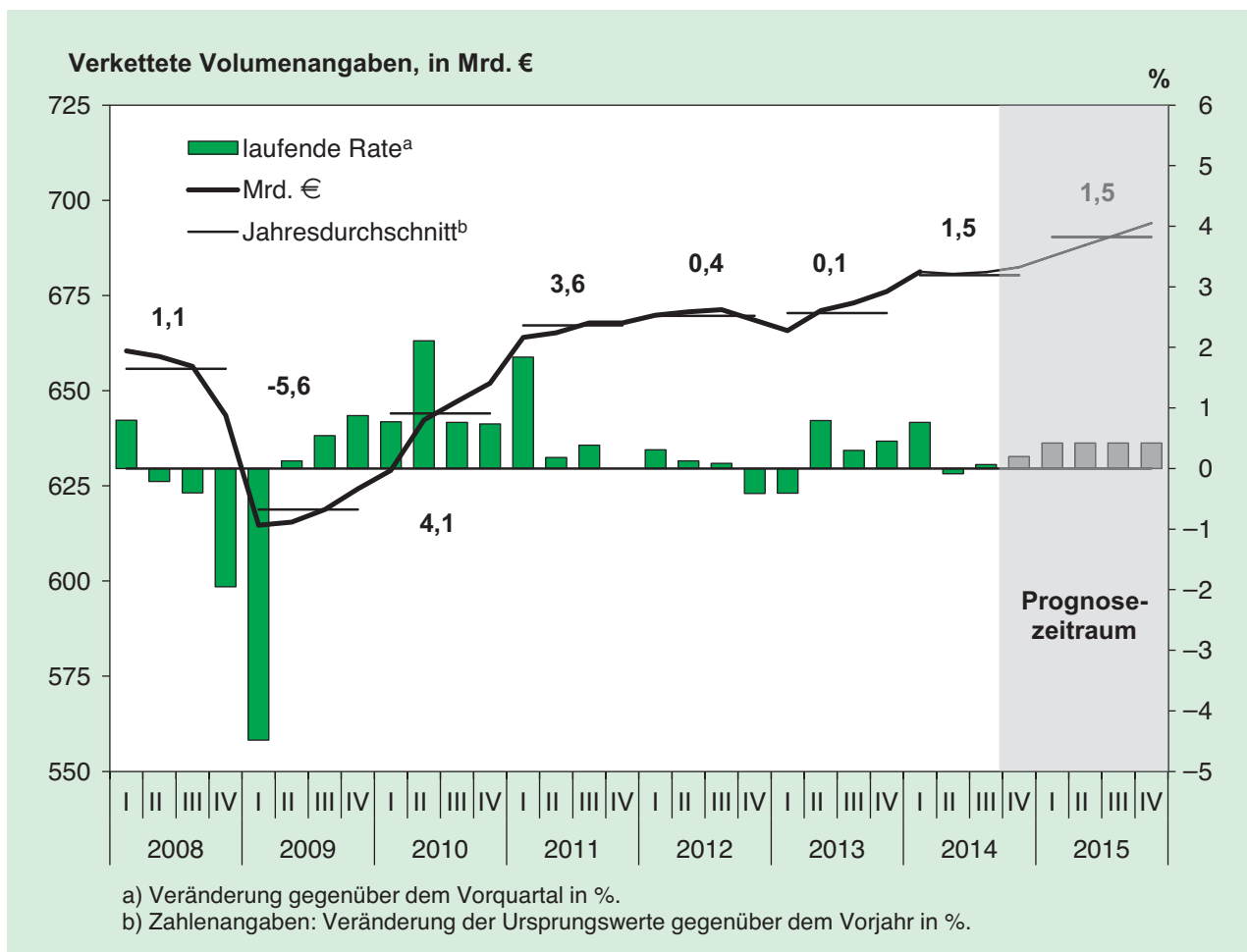
Zur Abschwächung der deutschen Konjunktur hat einmal beigetragen, dass sich die Unternehmen seit dem Frühjahr bei der Neuanschaffung von Ausrüstungsgütern zunehmend zurückgehalten haben. Die Geschäftsperspektiven der Unternehmen hatten sich bereits seit Jahresanfang 2014 eingetrübt, wozu nicht nur die wirtschaftlichen Risiken in der Welt und im Euroraum beigetragen haben, sondern auch kostenträchtige und beschäftigungsdämpfende Reformprojekte der Bundesregierung. Auch die Bauinvestitionen sind im Sommerhalbjahr 2014 gesunken. Waren hierfür in den Frühjahrsmonaten Rückpralleffekte nach dem witterungsbedingt überhöhten Ergebnis des ersten Quartals maßgeblich, so machte sich zum Sommer hin die Verschlechterung des Investitionsklimas bemerkbar. Die günstigen Finanzierungsbedingungen vermochten in diesem Umfeld den Bauinvestitionen keine Impulse zu verleihen. Konjunkturrobust stiegen im

Sommerhalbjahr insbesondere die Konsumausgaben, die von der Zunahme der Masseneinkommen der privaten Haushalte befördert wurden. Aber auch vom Außenhandel wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gestützt. So sind die Exporte im Sommerhalbjahr stärker gestiegen als die Importe.

Mit einem erneuten Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität ist nicht zu rechnen. Wichtige Indikatoren weisen darauf hin, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresendquartal 2014 leicht zugenommen haben dürfte. So haben die Produktion im produzierenden Gewerbe und der Auftragseingang sowohl aus dem In- als auch dem Ausland im Oktober wieder zugelegt. Im November ist der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft zum ersten Mal seit einem halben Jahr wieder gestiegen. Durch den kräftigen Rückgang der Rohölnotierungen wird zudem die binnenwirtschaftliche Kaufkraft durch Terms-of-Trade-Gewinne, befördert. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im vierten Quartal um 0,2% gestiegen sein, sodass sich die Zunahme des realen BIP im Jahresdurchschnitt 2014 auf 1,5% beläuft.

Im Verlauf des Jahres 2015 werden sich die Auftriebskräfte voraussichtlich wieder stärker durchsetzen. Die belastenden Faktoren dürften in den unternehmerischen Dispositionen vor allem im Hinblick auf die Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen weitestgehend eingepreist sein, damit dürften die günstigen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft wieder stärker zur Geltung kommen. Die Geldpolitik wirkt weiter expansiv, das Zinsniveau bleibt auf historisch niedrigem Niveau. Die Finanzierungsbedingungen für neue Unternehmensinvestitionen sind weiter äußerst vorteilhaft. Schließlich wirkt die Finanz- und Sozialpolitik per saldo expansiv. Die Investitionen in Anlagen dürften wieder stärker anziehen, die zunehmende Auslastung der Produktionskapazitäten macht Erweiterungsinvestitionen wieder dringlicher. Auch die Bauinvestitionen werden wieder zulegen, die Jahresdurchschnittsrate wird aber aufgrund des kräftigen Unterhangs hinter der diesjährigen Zuwachsrate zurückbleiben. Der private Konsum wird im Tempo der steigenden Realeinkommen expandieren. Alles in allem kommen im laufenden Jahr die Impulse von der Binnenwirtschaft, nicht jedoch vom Außenhandel.

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2014: Prognose des ifo Instituts.

Zwar werden die Exporte beschleunigt steigen, da sich die Weltkonjunktur bessert und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft auf Drittmarkten aufgrund der Abwertung des Euro zugenommen hat, stärker aber werden die Importe angesichts der erwarteten Binnenkonjunktur zulegen. Insgesamt dürfte das reale BIP im Jahr 2015 um 1,5 % expandieren. Ein Viertel Prozentpunkt davon dürfte allein auf den starken Rückgang der Ölpreise zurückzuführen sein.

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die Veränderungsrate des realen BIP mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen. Zur Berechnung der konkreten Intervalle für das Jahr 2015 wurden die Prognosefehler der Jahre 1992 bis 2014 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne für ein Intervall, das die Veränderungsrate des realen BIP im Jahr 2015 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln überdeckt, $\pm 1,1$ Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von 1,5 % reicht das Prognoseintervall also von 0,4 % bis 2,6 %.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Dynamik zum Jahreswechsel hin abgeschwächt. So ist die Arbeitslosigkeit im Jahr 2014 nur um rund 50.000 Personen zurückgegangen. Da die Nettozuwanderung das Arbeitsangebot erhöht hat, dürfte die Erwerbstätigkeit jedoch um durchschnittlich 370.000 Personen zugenommen haben. Im Jahr 2015 wird die Zunahme der realen Arbeitskosten im Gefolge des Mindestlohns den Beschäftigungsaufbau dämpfen. So wird wohl vor allem die Nachfrage nach Minijobs zurückgehen. Die Arbeitslosigkeit bleibt jedoch annähernd konstant, da ein Großteil der Personen in Minijobs entweder bereits arbeitslos gemeldet ist oder bei Verlust des Arbeitsplatzes nicht in der Arbeitslosenstatistik erscheint. Zudem dürften viele Personen die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren nutzen, um sich vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen. Bei alledem steigt die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 2015 um 190.000 Personen und die Arbeitslosenquote geht leicht auf 6,6 % zurück (vgl. Tab. 1).

Die Verbraucherpreise dürften im vergangenen Jahr um 0,9 % gestiegen sein, dämpfend wirkte vor allem der Rückgang der Rohölpreise. Im laufenden Jahr gehen von den Rohölnotierungen annahmegemäß keine preisdämpfenden Impulse mehr aus, zudem verstärkt sich im Gefolge der Einführung des Mindestlohns der hausgemachte Preisauftrieb. Hier ist unterstellt, dass der hierdurch verursachte Lohnkostenschub teilweise auf die Verbraucherpreise überwälzt werden kann; die Inflationsrate dürfte sich um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt zusätzlich erhöhen. Im Jahresdurchschnitt 2015 wird das Verbraucherpreinsniveau aufgrund des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn mit 0,8 % jedoch geringfügig schwächer steigen als im abgelaufenen Jahr.

Das gesamtstaatliche Budget dürfte im Jahr 2014 einen Überschuss in Höhe von rund 10 Mrd. € (0,3 % des nominalen BIP) ausweisen. Im Jahr 2015 dürfte sich der Einnahmeüberschuss auf 3 $\frac{1}{2}$ Mrd. € (0,1 % des BIP) ermäßigen. Die staatliche Bruttoschuldenquote wird gegen Ende des Prognosezeitraums auf 70 % gesunken sein.

Die Prognose im Detail

Verhaltene Expansion des Exports

Die Ausfuhr hat im dritten Quartal 2014 mit 1,9 % noch recht zügig zugelegt. Die Nachfrage kam aus einer Vielzahl von Ländern: im Euroraum waren es vor allem die Niederlande, Spanien, Italien und Österreich, in Osteuropa Ungarn und Polen. Des Weiteren sorgten Schweden, Großbritannien, die USA und die asiatischen Schwellenländer für Impulse. Einbußen mussten die deutschen Exporteure lediglich in Russland hinnehmen – das siebte Quartal in Folge.

Nach einer recht verhaltenen Zunahme im Winterhalbjahr 2014/15 dürften die Exporte ab dem Frühjahr 2015 wieder etwas dynamischer steigen. Zum einen erhöht sich das Expansionstempo in den USA, in Großbritannien und in vielen aufstrebenden Volkswirtschaften. Zum anderen dürfte sich die langsame Erholung im Euroraum bemerkbar machen und für zusätzliche Impulse sorgen. Leicht stimulierende Effekte dürften auch von der Abwertung des Euros ausgehen. Darüber hinaus werden die inländischen Preise im Vergleich zu Absatzländern außerhalb des Euroraums wohl schwächer zunehmen, sodass es hierüber auch Anregungen auf den Export geben dürfte. Insgesamt dürfte die Ausfuhr im Jahr 2014 um 3,9 % gestiegen sein. Im Jahr 2015 dürfte der Export um 5,2 % expandieren.

Gedämpfte Investitionstätigkeit

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im dritten Quartal 2014 deutlich zurückgegangen. Maßgeblich hierfür waren die geopolitischen Spannungen und die sich verschlechternden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Die positive Grunddynamik der Ausrüstungsinvestitionen, die seit der zweiten Jahreshälfte 2013 zu verzeichnen war, ist somit unterbrochen. Auch zum Jahresende hin bleiben die Aussichten für die Investitionstätigkeit schlecht. Eine allmähliche Erholung dürfte sich erst im Verlauf des nächsten Jahres zeigen. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist zwar gesunken, sie liegt aber immer noch leicht über dem langfristigen Durchschnitt. Auch deuten die Ergebnisse des ifo Investitionstests auf eine mode-

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2012	2013	2014 ^a	2015 ^a
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^b				
Private Konsumausgaben	0,7	0,8	1,1	1,7
Konsumausgaben des Staates	1,2	0,7	1,2	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	-0,7	-0,6	2,8	2,0
Ausrüstungen	-3,0	-2,4	3,1	2,6
Bauten	0,6	-0,1	3,2	1,7
Sonstige Anlagen	0,1	1,3	1,2	1,6
Inländische Verwendung	-0,9	0,7	1,2	1,5
Exporte	2,8	1,6	3,9	5,2
Importe	0,0	3,1	3,7	5,8
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,4	0,1	1,5	1,5
Erwerbstätige ^c (1.000 Personen)	42.033	42.281	42.651	42.841
Arbeitslose (1.000 Personen)	2.897	2.950	2.900	2.875
Arbeitslosenquote ^d (in %)	6,8	6,9	6,7	6,6
Verbraucherpreise ^e (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,0	1,5	0,9	0,8
Lohnstückkosten ^f (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	3,1	2,2	1,8	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ^g				
– in Mrd. €	2,6	4,2	9,9	3,6
– in % des Bruttoinlandsprodukts	0,1	0,1	0,3	0,1
Leistungsbilanzsaldo				
– in Mrd. €	196,2	189,2	212	222
– in % des Bruttoinlandsprodukts	7,1	6,7	7,3	7,4
a) Prognose des ifo Instituts. – b) Preisbereinigte Angaben. – c) Inlandskonzept. – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Verbraucherpreisindex (2010=100). – f) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – g) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).				

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit; 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

rate Ausweitung der Investitionsausgaben im kommenden Jahr hin. Vom Finanzierungsumfeld sollten keine negativen Impulse ausgehen. Die Vergabestandards für Unternehmenskredite bleiben laut Bank Lending Survey der DEUTSCHEN BUNDESBANK unverändert günstig. Außerdem haben die Unternehmen ausreichend Eigenmittel. Alles in allem dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen im abgelaufenen Jahr um 3,1 % gestiegen sein. Im Jahr 2015 werden sie zwar im Jahresdurchschnitt mit 2,6 % etwas weniger stark zunehmen, im Jahresverlauf dabei aber wieder deutlich an Dynamik gewinnen.

Baukonjunktur in moderaten Bahnen

Nach einem kräftigen Jahresauftakt waren die Bauinvestitionen im Sommerhalbjahr 2014 rückläufig. Während das Minus von 3,9 % im zweiten Quartal ein Gegeneffekt auf den äußerst milden Winter darstellen dürfte, war das Minus von 0,3 % im dritten Quartal von einer nur schwachen Produktionsausweitung im weniger witterungsanfälligen Ausbaugewerbe begleitet. Vornehmlich waren der öffentliche und gewerbliche Nichtwohnungsbau vom Ausgabenrückgang betroffen.

Die *Wohnungsbauinvestitionen* dürften im Prognosezeitraum wieder zunehmen. Impulse kommen vor allem von der Nachfrage nach Mehrfamilienhäusern, die aufgrund der Zuwanderung, der Urbanisierung und der guten Arbeitsmarktlage weiter steigen wird. Die Zinsen für neue Wohnungsbaukredite sind auf 2,3 % gesunken, die Kreditnachfrage der privaten Haushalte hat sich leicht verstärkt. Für institutionelle Anleger zeichnet sich jedoch angesichts der hohen Immobilienpreise eine schwächere Rendite ab. Darüber hinaus hat sich der Auftragseingang im Wohnungsbau zuletzt abgeschwächt. Alles in allem ist in diesem Segment mit einer moderaten Zuwachsrate zu rechnen. Im Jahr 2014 dürften die Investitionen in Wohnbauten um 3,1 % gestiegen sein, für das laufende Jahr wird eine Zunahme in Höhe von 2,0 % erwartet.

Die *gewerblichen Bauinvestitionen* dürften sich angesichts der pessimistischen Geschäftserwartungen zunächst zögerlich entwickeln. Hierauf deutet auch die schwache Zunahme der Baugenehmigungen hin. Aufgrund des starken Jahresauftakts dürften die Bauinvestitionen der Unternehmen im Jahr 2014 um 3,2 % zugelegt haben, für das Jahr 2015 ist mit einer Zunahme um 0,8 % zu rechnen.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* dürften im Prognosezeitraum wieder rascher steigen. Die Kassenlage ist per saldo gut, wenngleich sich das kommunale Gewerbesteueraufkommen zuletzt auch etwas schwächer entwickelt hat. Positive Impulse kommen vom Fluthilfefonds

des Bundes und der Länder, aus dem Mittel noch bis Ende 2015 abgerufen werden können. Zusätzlich dürften Bundesmittel für Infrastrukturmaßnahmen, die vor allem in die Bereiche Verkehr, Bildung und Kinderbetreuung fließen sollen, verausgabt werden.² In Jahr 2014 werden die öffentlichen Bauinvestitionen um 3,4 % und im Jahr 2015 um 2,8 % zunehmen.

Im Durchschnitt aller Bausparten dürften die Investitionen im Jahr 2014 um 3,2 % gestiegen sein, für das laufende Jahr ist mit Zunahme in Höhe von 1,7 % zu rechnen.

Privater Verbrauch steigt kräftig

Der private Konsum ist im Jahresverlauf 2014 merklich gestiegen, im dritten Quartal 2014 hat er mit einer laufenden Rate von 0,7 % expandiert. Maßgeblich für die vergleichsweise hohe Rate war einmal, dass die Masseneinkommen beschleunigt gestiegen sind. So haben die monetären Sozialleistungen der privaten Haushalte zur Jahresmitte kräftig zugelegt: Dazu trug bei, dass die Altersbezüge der Bestandsrentner merklich angehoben wurden. Zudem konnten langjährig Versicherte erstmals mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Zugleich wurde die bisherige Mütterrentenregelung erweitert. Im vierten Quartal dürfte sich der Anstieg des privaten Konsums fortgesetzt haben, die Realeinkommensentwicklung ist durch die nachgebenden Energiepreise gestützt worden. Jeder Zehntelprozentpunkt weniger Inflation bedeutet für die privaten Haushalte auf das volle Jahr gerechnet einen Kaufkraftgewinn von 1 % Mrd. €. Im Jahresdurchschnitt 2014 dürfte der reale private Konsum um 1,1 % gestiegen sein.

Im Jahr 2015 wird der reale private Konsum weiter expandieren. Die Bruttolöhne und -gehälter dürften mit 3,3 % recht kräftig steigen. Netto fällt der Zuwachs mit 3,0 % jedoch etwas geringer aus, die Progression des Einkommensteuertarifs wirkt voll. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung sinkt zwar der Beitragssatz von 18,9 % auf 18,7 %, zudem wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung von 15,5 % auf 14,6 % gesenkt. Allerdings können die Kassen zur Verbesserung der Finanzlage einkommensabhängige Zusatzbeiträge erheben. Zudem wird der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte erhöht. In der Summe dürften die Beitragssätze in etwa konstant bleiben. Die monetären Sozialleistungen werden zunehmen. So werden teilzeitarbeitende Eltern finanziell besser gestellt (Elterngeld plus) und die erste Stufe der Pflegereform tritt in Kraft. Zur Jahresmitte werden die Altersrenten erneut merklich angehoben, zudem wirken die diesjährigen Leistungsausweitungen nach. Alles in allem

dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2015 um 2,5 % expandieren. Die Sparquote dürfte annahmegemäß konstant bleiben. Damit werden die nominalen Verbrauchsausgaben ebenfalls um 2,5 % zulegen. Nach Abzug der Preissteigerung verbleibt ein realer Konsumzuwachs von 1,7 %.

Inflation bleibt niedrig

Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist in den ersten drei Quartalen 2014 saisonbereinigt mit einer durchschnittlichen Rate von 0,3 % gestiegen. Hierzu hat beigetragen, dass sich die Preise von Dienstleistungen und gewerblichen Waren sowie die Wohnungsmieten merklich erhöht haben. Dagegen gaben die Preise für Energie aufgrund der sinkenden Notierungen für Rohöl spürbar nach. Im Jahresendquartal 2014 dürfte das Verbraucherpreisniveau sogar leicht gesunken sein. Zum einen kam es zu einem weiteren Preisrutsch bei Heizöl und Kraftstoffen, zum anderen verbilligten sich Textilien aufgrund von vorgezogenen Schlussverkäufen. Im Jahresdurchschnitt 2014 dürfte das gesamte Verbraucherpreisniveau um 0,9 % gestiegen sein.

Im Jahr 2015 wird die derzeitige disinflationäre Phase auslaufen. Von den Rohölnotierungen gehen annahmegemäß keine preisdämpfenden Impulse mehr aus, in der vorliegenden Prognose ist wie üblich reale Konstanz unterstellt. Allerdings werden die Arbeitskosten beschleunigt steigen. Hierzu trägt der Lohnkostenschub aus der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns bei, der insbesondere Dienstleistungen verteuern dürfte. Die Weitergabe des Mindestlohns an die Verbraucher dürfte jedoch nicht zur Gänze gelingen. Hier wird angenommen, dass das Verbraucherpreisniveau aufgrund des Mindestlohns um ¼ % zusätzlich steigt. Außerdem dürften auf dem leergefegten Wohnungsmarkt die Mieten weiter spürbar angehoben werden, zudem wird die Tabaksteuer abermals erhöht. Im Jahresdurchschnitt 2015 wird das Verbraucherpreisniveau aufgrund des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn mit 0,8 % voraussichtlich jedoch etwas langsamer steigen als im vergangenen Jahr.

Beschäftigungsaufbau in verringertem Tempo

Die konjunkturelle Schwächephase hat Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. So verlangsamte sich der Anstieg der Erwerbstätigkeit. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten war sogar leicht rückläufig. Gleichzeitig nahm die Arbeitslosigkeit kaum noch ab. Alles in allem dürfte die Erwerbstätigkeit im Jahr 2014 um 370.000 Personen zugenommen haben, die Arbeitslosigkeit um 50.000

Personen. Die Arbeitslosenquote dürfte jahresdurchschnittlich bei 6,7 % gelegen haben (vgl. Tab. 2).

In diesem Jahr wird sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen, wenn auch mit nachlassendem Tempo. So zeigt das ifo Beschäftigungsbarometer von hohem Niveau kommend in der Tendenz nach unten. Der gesetzliche Mindestlohn wird die Nachfrage bei den Minijobs beeinträchtigen, da hier die Löhne im Durchschnitt mit zweistelligen Raten steigen werden. Die Zahl der Minijobs dürfte daher um durchschnittlich 80.000 Personen sinken. Auch der Beschäftigungsaufbau bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dürfte sich weiter verlangsamen. Der hier prognostizierte Anstieg um rund 320.000 Personen dürfte den Rückgang der marginalen Beschäftigung aber mehr als ausgleichen. Alles in allem wird sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2015 um durchschnittlich 190.000 Personen erhöhen.

Der gesetzliche Mindestlohn hat auch Auswirkungen auf die geleistete Arbeitszeit je Arbeitnehmer. Hier wird unterstellt, dass durch den gesetzlichen Mindestlohn der Anteil der geringfügig Beschäftigten an den Arbeitnehmern sinkt, was die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Arbeitnehmer erhöht.

In welchem Ausmaß sich die zunehmende Erwerbstätigkeit in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit niederschlägt, hängt von der Entwicklung des Arbeitsangebots ab. Einerseits dürfte im Jahr 2015 die Zahl der Inländer im Erwerbsalter erneut stark rückläufig sein. Auch haben etwa 300.000 bis 400.000 Personen Anspruch auf die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren,³ was das Arbeitsangebot zusätzlich sinken lässt. Andererseits nehmen immer mehr Inländer – darunter insbesondere Rentner – am Erwerbsleben teil. Darüber hinaus wird die Nettozuwanderung von Arbeitskräften aus den EU-Mitgliedsstaaten anhalten. Schließlich dürfte der mindestlohnbedingte Rückgang der geringfügig Beschäftigten nicht in vollem Umfang zu einem Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit führen, da ein Teil der betroffenen Personen bereits arbeitslos gemeldet ist⁴ und ein weiterer Teil (u. a. Schüler, Studenten und Rentner) nicht in der Arbeitslosenstatistik erfasst wird. Alles in allem dürfte die Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres 2015 in etwa stagnieren; jahresdurchschnittlich ergibt sich voraussichtlich ein leichter Rückgang um 25.000 Personen.

Staatshaushalt bleibt ausgeglichen

Die Finanzlage des Staates hat sich seit der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich entspannt. So konnte das Budgetdefizit deutlich zurückgeführt werden. Bereits in den Jahren 2012 und 2013 erzielte der staatliche Gesamthaushalt sogar leichte Überschüsse. Im Prognosezeit-

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2012	2013	2014	2015
Deutschland				
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.763	57.608	58.484	58.874
Erwerbstätige Inländer	41.979	42.226	42.596	42.788
Arbeitnehmer	37.435	37.769	38.179	38.355
darunter:				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29.341	29.713	30.201	30.519
Marginal Beschäftigte	5.704	5.698	5.697	5.586
darunter:				
Minijobs	4.981	5.017	5.030	4.944
1-Euro-Jobs ^a	129	111	97	72
Selbständige	4.544	4.457	4.417	4.433
Pendlersaldo	54	55	55	54
Erwerbstätige Inland	42.033	42.281	42.651	42.841
Arbeitslose	2.897	2.950	2.900	2.875
Arbeitslosenquote ^b	6,8	6,9	6,7	6,6
Erwerbslose ^c	2.316	2.270	2.155	2.132
Erwerbslosenquote ^d	5,2	5,1	4,8	4,7
a) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – b) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – c) Definition der ILO. – d) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).				

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

raum dürfte sich die positive Entwicklung fortsetzen. In der Summe wird der Finanzierungssaldo des Staates im Prognosezeitraum in etwa konstant bleiben. Angesichts der Überschüsse im Staatshaushalt wird sich die Bruttoschuldenquote – unter ceteris paribus Annahmen für die Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise – auf rund 70% bis zum Ende des Jahres 2015 reduziert haben.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2014. Vgl. WOLLMERSHÄUSER, T.; NIERHAUS, W. et al., ifo Konjunkturprognose 2014/2015: Deutsche Wirtschaft gewinnt allmählich wieder an Schwung, in: ifo Schnelldienst, 24/2014, 67. Jg., S. 37–81.

² Das im November 2014 angekündigte Investitionsprogramm in Höhe von 10 Mrd. € ist für die Jahre 2016 bis 2018 vorgesehen.

³ WALWEI, ULRICH, Standpunkt: Rente mit 63 führt der Weg in die richtige Richtung?, IAB-Forum, Nr. 1/2014, S. 24–29.

⁴ Derzeit gibt es rund 460.000 geringfügig Beschäftigte Arbeitslosengeld-II-Bezieher.

ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2014/2015: Ostdeutsche Wirtschaft fasst wieder Tritt

Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Michael Weber*

Nach einem guten Start ins Jahr 2014 hat die Konjunktur in Ostdeutschland (mit Berlin) und im Freistaat Sachsen über den Sommer an Schwung verloren. Zum Jahresende 2014 dürfte die ostdeutsche Wirtschaft aber wieder Tritt gefasst haben. Die positive Grundtendenz wird sich voraussichtlich auch im Jahr 2015 fortsetzen. Maßgeblich hierfür sind die anziehende Investitionsnachfrage der Unternehmen, die robuste Entwicklung des Konsums und die weitere Belebung der Weltwirtschaft. Für den Arbeitsmarkt droht allerdings Gegenwind durch den Mindestlohn. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland (mit Berlin) in den Jahren 2014 und 2015 jeweils mit 1,3 % expandieren (vgl. Tab. 1). In Sachsen dürfte das Wachstum mit jeweils 1,8 % höher

ausfallen. Dies sind die zentralen Ergebnisse der Konjunkturprognose der Dresdner Niederlassung des ifo INSTITUTS vom 17.12.2014.

Der vorliegende Artikel beleuchtet, wie sich die positive Tendenz der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen niederschlägt. Maßgeblich hierfür ist der Informationsstand zum Zeitpunkt der Prognoserechnung; zwischenzeitlich veröffentlichte Daten werden nicht berücksichtigt.

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. Robert Lehmann und Michael Weber sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts im Bereich Konjunktur und Wachstum.

Tabelle 1: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen

Veränderungen zum Vorjahr (in % ^a)	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Bruttoinlandsprodukt	0,3	1,3	1,3	0,3	1,8	1,8
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	0,3	1,3	1,3	0,3	1,8	1,8
Bruttowertschöpfung Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-0,4	3,0	3,5	0,6	3,7	4,1
Bruttowertschöpfung Baugewerbe	-1,3	3,3	2,4	0,5	3,5	2,7
Bruttowertschöpfung Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	1,9	1,6	1,4	1,9	1,7	1,2
Bruttowertschöpfung Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen	1,2	1,3	1,4	0,2	1,7	1,8
Bruttowertschöpfung Öffentliche und Sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte	-0,5	0,4	0,3	-0,8	0,4	0,4
Zahl der Erwerbstätigen	0,3	0,2	-0,2	0,5	0,4	-0,1

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2014b), Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (2014), 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Die Konjunkturprognose für die ostdeutschen Bundesländer und den Freistaat Sachsen ist auf die Deutschland-Prognose des IFO INSTITUTS vom 11.12.2014 koordiniert [vgl. hier und im Folgenden NIERHAUS (2015)]. Die Unsicherheit für die Prognose ist nach wie vor sehr hoch. Das Hauptrisiko liegt weiterhin bei der nach wie vor schlechten wirtschaftlichen Verfassung einiger Länder des Euroraums. Zudem bestehen Risiken für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland aufgrund der schwelenden geopolitischen Spannungen. Die vorliegende Prognose geht aber von einer globalen Entspannung bzw. keinem erneuten Entflammen der Krisenherde aus. Damit gewinnen die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte im Jahr 2015 wieder die Oberhand. Von der Geldpolitik gehen weiterhin expansive Impulse aus und das Zinsniveau bleibt auf seinem historisch niedrigen Niveau. Mit zunehmender Auslastung der Kapazitäten werden überdies Erweiterungsinvestitionen wieder dringlicher. Der private Konsum dürfte im Tempo der Realeinkommen steigen. Die Finanzpolitik wirkt per saldo expansiv. Vom Außenbeitrag dürften im Jahr 2015 kaum positive Impulse kommen. Zwar steigen die Exporte beschleunigt aufgrund der sich verbessernden Weltkonjunktur sowie der Zunahme der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Jedoch legen die Importe wegen der robusten Binnenkonjunktur stärker zu. Insgesamt rechnet das IFO INSTITUT in den Jahren 2014 und 2015 mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um 1,5 %.

Am deutschen Arbeitsmarkt kam es gegen Ende des Jahres 2014 zu einer allmählichen Abschwächung der Dynamik. Auch für das Jahr 2015 muss mit einer Dämpfung des Beschäftigungsaufbaus aufgrund der Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes gerechnet werden. Insbesondere im Segment der Minijobs wird die Arbeitsnachfrage merklich sinken. Zudem dürfte eine nicht unerhebliche Anzahl von Personen von der Regelung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren Gebrauch machen. Für den Jahresdurchschnitt 2015 rechnet das IFO INSTITUT deswegen nur mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit um 0,4 %.

Prognose für Ostdeutschland und Sachsen im Überblick

Das konjunkturelle Grundmuster für Ostdeutschland (mit Berlin) und den Freistaat Sachsen folgt dem Verlauf Gesamtdeutschlands. Jedoch zeigen sich Unterschiede in der Dynamik. Nach vorläufigen Angaben aus der Halbjahresrechnung des ARBEITSKREISES VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (2014a) stieg die

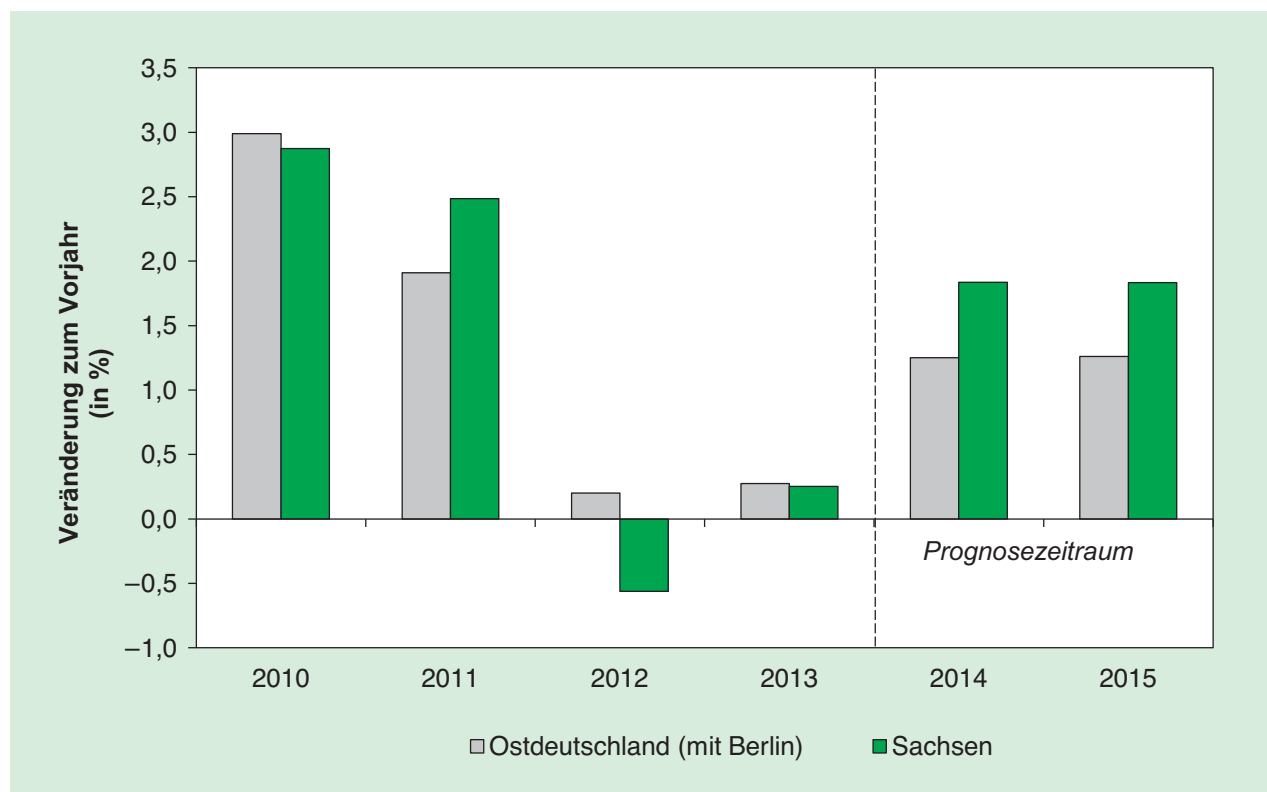
gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland insgesamt im ersten Halbjahr 2014 um 1,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Wachstumsrate der ostdeutschen Bundesländer lag mit 1,8 % knapp darüber. Das Wirtschaftswachstum im Freistaat Sachsen betrug sogar 2,9 % im ersten Halbjahr 2014.¹ Maßgeblich für die günstige Entwicklung in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen waren die milde Witterung im ersten Quartal und die nach dem Hochwasser im Juni 2013 notwendig gewordenen Baumaßnahmen. Im Einklang mit der Industrie- und Baukonjunktur konnten auch die einzelnen Dienstleistungsbereiche in unterschiedlichem Maße zulegen.

Im weiteren Verlauf 2014 verschlechterten sich aber zunehmend die konjunkturellen Vorzeichen für die ostdeutsche und sächsische Wirtschaft. So hat sich das ifo Geschäftsklima der Gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands seit Juni 2014 merklich eingetrübt. Für die sächsische Wirtschaft zeigt sich sogar ein Rückgang seit April 2014. Jedoch deuten die Indikatoren vom Dezember 2014 wieder auf eine Verbesserung im vierten Quartal hin. Der private Konsum stimuliert weiterhin die konsumnahen Dienstleistungsbereiche. Im Verarbeitenden Gewerbe stiegen die preisbereinigten Auftragseingänge bis September 2014 deutlich an, was Produktionszuwächse im vierten Quartal gegenüber dem Vorjahr erwarten lässt. Die Baukonjunktur stabilisiert sich auf hohem Niveau. Vom Export kommen positive Impulse. Jedoch dürften die Importe aufgrund der robusten Binnenkonjunktur stärker zulegen. Gebremst wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer im Vergleich zu Deutschland insgesamt durch den stärkeren Bevölkerungsrückgang. Alles in allem prognostiziert das IFO INSTITUT einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (mit Berlin) von 1,3 % und für den Freistaat Sachsen von 1,8 % (vgl. Abb. 1).

Für das Jahr 2015 erwartet das IFO INSTITUT das gleiche Expansionstempo wie für das vergangene Jahr. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt dürfte dann in Ostdeutschland (mit Berlin) erneut um 1,3 % expandieren; das reale Wirtschaftswachstum für den Freistaat Sachsen wird voraussichtlich 1,8 % betragen.

Im Zuge des wirtschaftlich starken ersten Halbjahres 2014 ist auch die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland und Sachsen gestiegen. Derzeit liegen aber, als Folge einer Revision der Beschäftigungsstatistik der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT, keine neuen Angaben zur Erwerbstätigkeit im zweiten und dritten Quartal für die deutschen Bundesländer vor. Die ifo Beschäftigungsbarometer Ostdeutschland und Sachsen deuten jedoch auf eine abnehmende Dynamik im Jahresverlauf 2014 hin. Im Jahr 2015 steigt zwar die Arbeitsnachfrage der Unternehmen aufgrund der Produktionsausweitung weiter an. Jedoch kommt von Seiten der Wirtschaftspolitik Gegenwind. Die

Abbildung 1: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2014b), 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

Beschäftigungsaussichten für das Jahr 2015 werden gedämpft durch die Einführung des einheitlichen flächendeckenden Mindestlohns und die Rente mit 63 Jahren. Insbesondere auf den flächendeckenden Mindestlohn wollen die Unternehmen in Ostdeutschland u. a. mit Personalabbau reagieren [vgl. in dieser Ausgabe LEHMANN et al. (2015)]. Des Weiteren bremst die prekäre demographische Entwicklung in Ostdeutschland die Dynamik am Arbeitsmarkt; Knappheiten werden in einzelnen Berufen immer offenkundiger. Für das Jahr 2014 rechnet das ifo INSTITUT, Niederlassung Dresden mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland (mit Berlin) um 0,2 % und in Sachsen mit 0,4 %. Im Jahr 2015 wird sich die Zahl der erwerbstätigen Personen hingegen voraussichtlich verringern (Ostdeutschland: -0,2 %, Sachsen: -0,1 %) (vgl. Abb. 2).

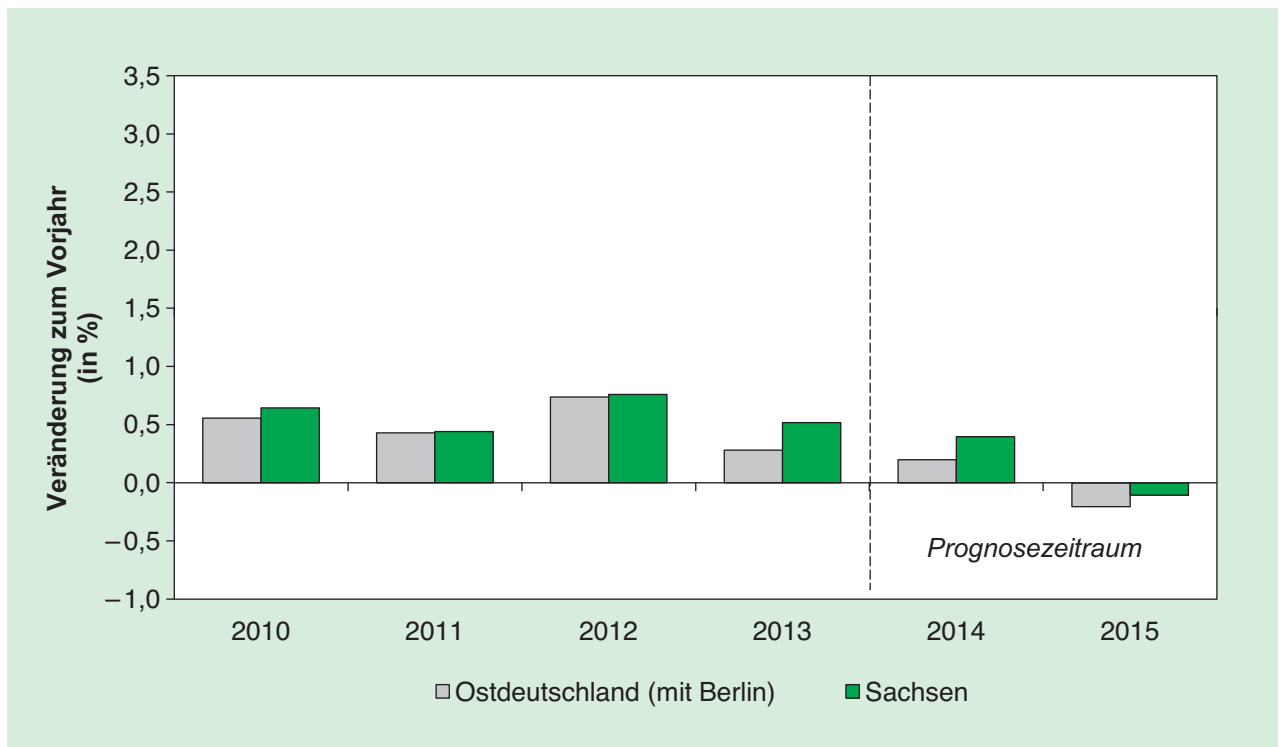
Die Wirtschaftsbereiche im Einzelnen

Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe: Beschleunigung der Wachstumsdynamik

Die Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe hat auch in Ostdeutschland und dem Freistaat Sachsen nach einem

starken ersten Quartal im Verlauf des Jahres 2014 spürbar nachgelassen. Vor dem Hintergrund einer schwächelnden Konsumnachfrage, der weiterhin geringen Dynamik der Wirtschaft im Euroraum und den fortwährenden geopolitischen Spannungen gingen die Geschäftserwartungen der Unternehmen spürbar zurück. Infolgedessen investierten sie weiterhin nur zögerlich in Kapitalanlagen. Dies ist umso bemerkenswerter, weil die Finanzierungsbedingungen das gesamte Jahr über äußerst günstig waren. Insgesamt konnten die Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) mit 50 oder mehr Beschäftigten in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum zwar ein nominales Umsatzplus von 2,8 % (Ostdeutschland mit Berlin) bzw. 6,4 % (Sachsen) verbuchen [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2014b)]; dies ist jedoch im Wesentlichen auf die äußerst günstige Entwicklung im ersten Quartal 2014 zurückzuführen. Zugleich stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe von Januar bis September nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2014) um 0,9 % in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 1,8 % im Freistaat Sachsen (vgl. Abb. 3).

Abbildung 2: Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (2014), 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

Erst zum Ende des Jahres 2014 dürfte sich die Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe wieder etwas beschleunigt haben. Darauf deuten verschiedene Frühindikatoren hin. Die ostdeutschen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe beurteilten zuletzt ihre Geschäftslage wieder positiver und auch im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe haben die Auftragseingänge im dritten Quartal wieder leicht Fahrt aufgenommen. Dieser Aufwärtstrend wird sich voraussichtlich im Jahr 2015 fortsetzen, denn sowohl die Konsumgüter- als auch die Investitionsgüternachfrage werden von den anhaltend guten Finanzierungsbedingungen und den etwas besseren Konjunkturerwartungen begünstigt. Im Jahresverlauf 2015 werden zudem die Exportnachfrage und die Kapazitätsauslastung allmählich steigen, was sich positiv auf die Investitionsgüternachfrage auswirken wird. Zugleich steigen aber die Importe, sodass vom Außenbeitrag insgesamt im Jahr 2015 kaum Impulse auf die ostdeutsche und die sächsische Industrie ausgehen dürften. Insgesamt rechnet das ifo INSTITUT im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) nunmehr mit einem Wachstum der preisbereinigten Bruttowertschöpfung Ostdeutschlands (einschließlich Berlin) von 3,0 % im Jahr 2014 und 3,5 % im Jahr 2015 (vgl. Abb. 4).

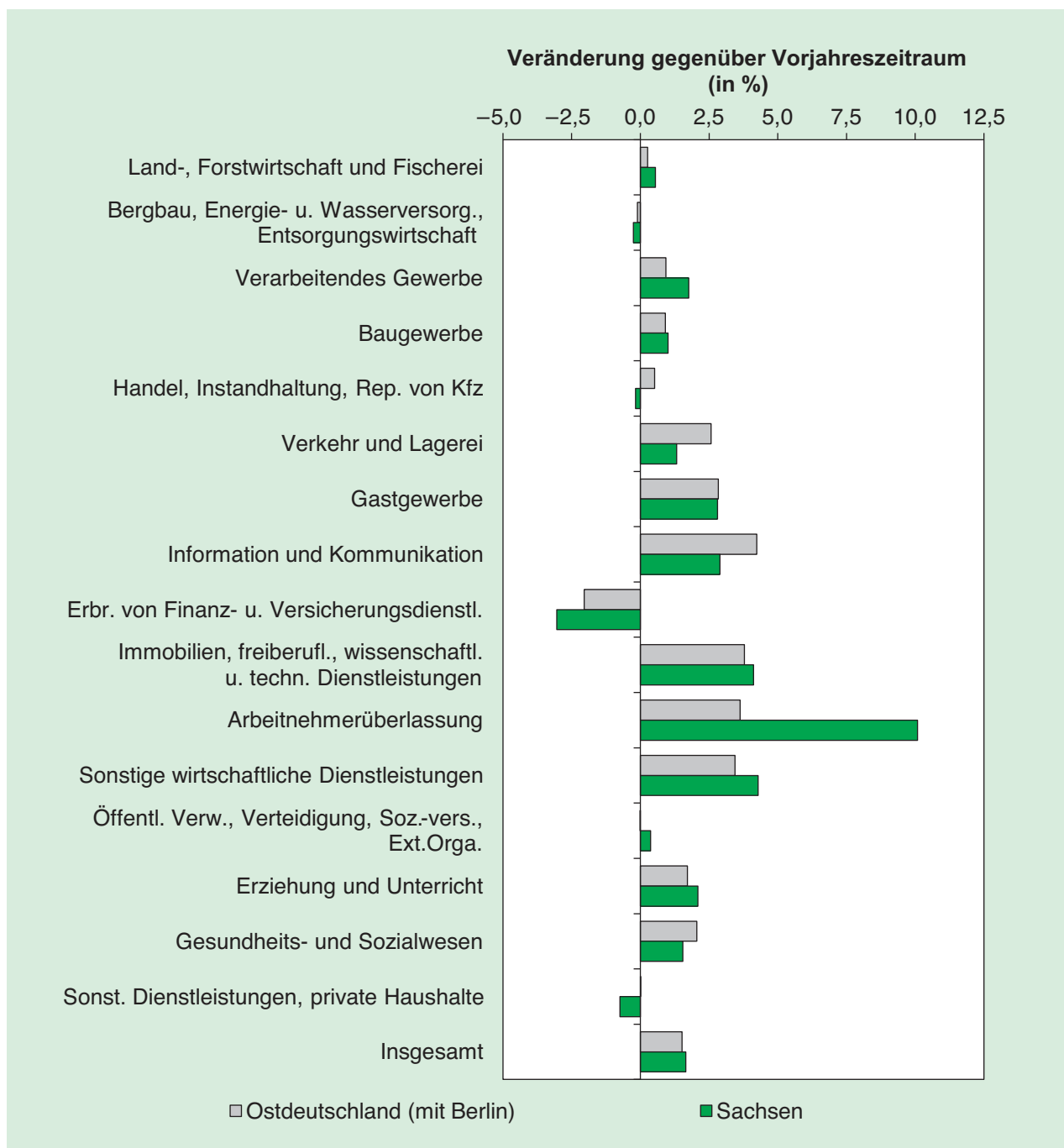
Im Freistaat Sachsen wird die preisbereinigte Bruttowertschöpfung mit 3,7 % im Jahr 2014 und 4,1 % im laufenden Jahr wegen der etwas günstigeren Spezialisie-

rung auf die Herstellung von Investitionsgütern etwas stärker expandieren als in Ostdeutschland insgesamt (vgl. Abb. 5).

Baugewerbe: Sondereffekte laufen aus, Stabilisation auf hohem Niveau

Die wirtschaftliche Entwicklung im ostdeutschen und sächsischen Baugewerbe profitierte in der ersten Hälfte des Jahres 2014 gleich doppelt von den Witterungsbedingungen: Auf besonders widrige Witterungsbedingungen mit langem Winter und hochwasserbedingten Produktionsausfällen im Jahr 2013 folgten besonders günstige Witterungsbedingungen mit einem besonders milden Winter im vergangenen Jahr. Bauvorhaben aus dem Jahr 2013 konnten abgeschlossen und zugleich Projekte aus dem Jahr 2014 vorgezogen werden. Ab dem zweiten Quartal normalisierten sich die Witterungsverhältnisse zwar wieder, aber die Geräteauslastung der ostdeutschen und sächsischen Bauunternehmen verharrte das gesamte Jahr über auf einem Niveau weit oberhalb des langfristigen Mittels. Insgesamt stieg der baugewerbliche Umsatz von Januar bis September 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,6% in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 3,8% im Freistaat Sachsen [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2014a)]; die sozialver-

Abbildung 3: Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen, nach Wirtschaftszweigen, Januar bis September 2014

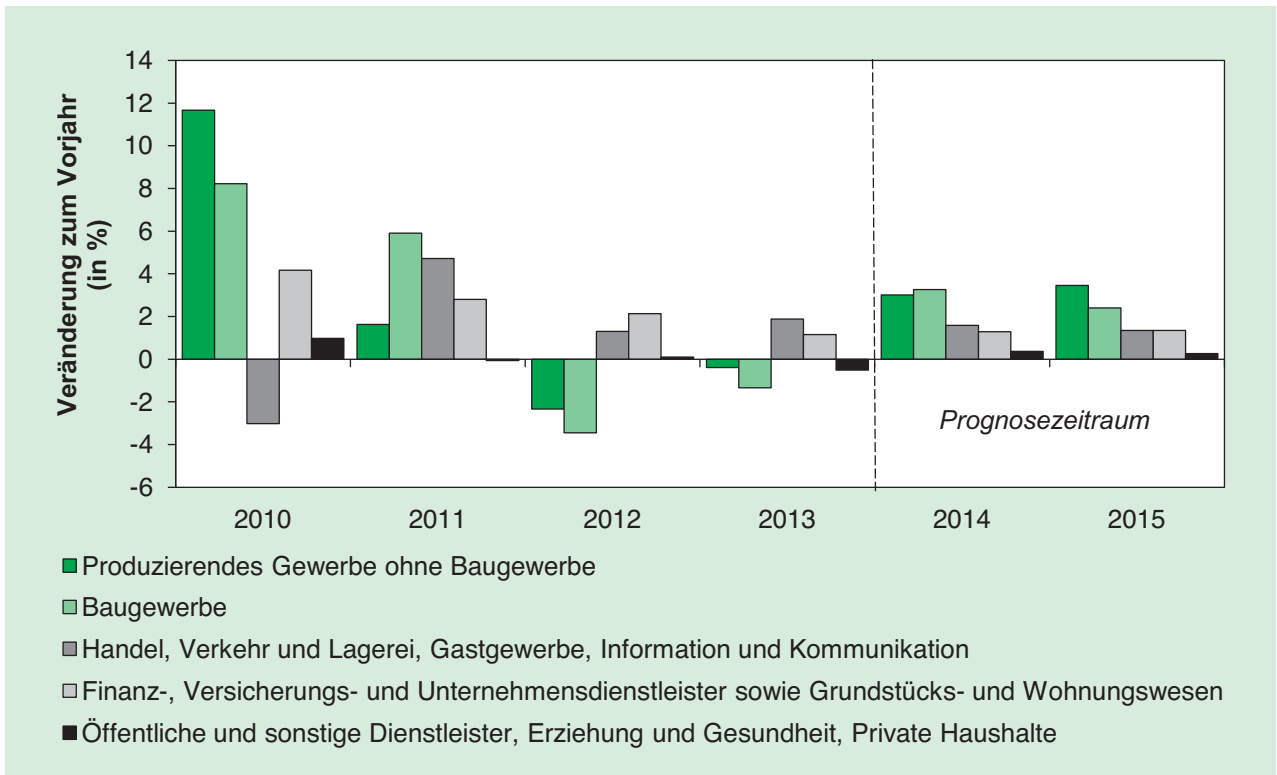


Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2014), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

sicherungspflichtige Beschäftigung expandierte zugleich um 0,9 % bzw. 1,0 %. Die größten Umsatzzuwächse waren mit 7,6 % bzw. 11,7 % erneut beim Wohnungsbau zu verzeichnen, der von den günstigen Finanzierungsbedingungen profitieren konnte. Auch Vorzieheffekte infolge der geplanten Mietpreisbremse mögen eine Rolle gespielt haben. In Ostdeutschland insgesamt entwickelte sich zudem der öffentliche Bau vergleichsweise

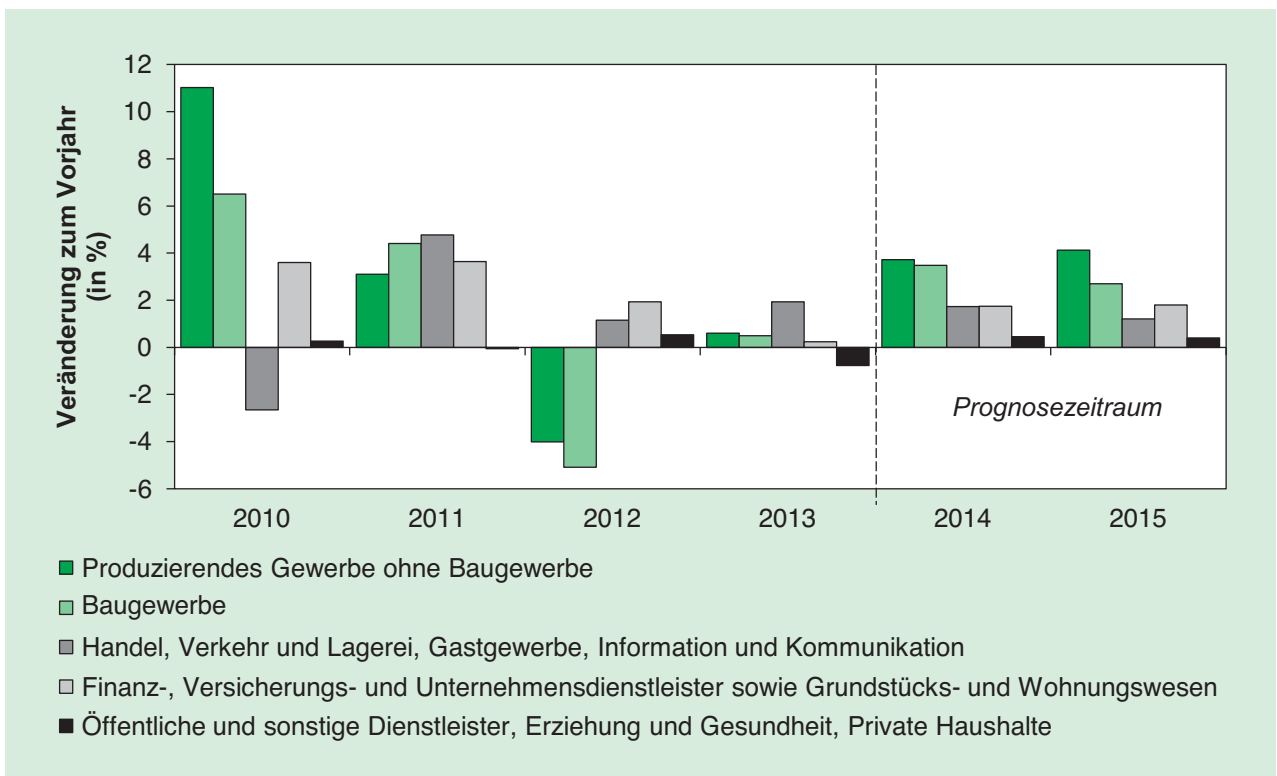
dynamisch (+7,0 %) – obwohl weniger hochwasserbedingte Wiederaufbaumaßnahmen durchgeführt wurden, als zunächst anzunehmen war. Die bereitgestellten Mittel aus dem Fluthilfefonds des Bundes und der Länder wurden jedenfalls bei weitem nicht ausgeschöpft. Lediglich der Wirtschaftsbau war von einer nur geringen Dynamik geprägt. Hier schlägt sich die verhaltene Industriekonjunktur des laufenden Jahres nieder: Viele Unter-

Abbildung 4: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ost-deutschen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2014b), 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 5: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2014b), 2014 und 2015: Prognose des ifo Instituts.

nehmen sahen keinen Bedarf für Erweiterungsinvestitionen, die sich in einer stärkeren Bautätigkeit im gewerblichen Bereich niedergeschlagen hätten.

Im Prognosezeitraum dürfte die insgesamt aber recht hohe Dynamik im Baugewerbe weiter anhalten. Im ifo Konjunkturtest äußerten sich die befragten Bauunternehmen weiterhin optimistischer als im langfristigen Mittel. Der Wohnungsbau in Ostdeutschland und Sachsen wird sich dank robuster Einkommensentwicklung und günstiger Finanzierungsbedingungen auf hohem Niveau stabilisieren, auch wenn steigende Baulandpreise und hoch ausgelastete Kapazitäten der hiesigen Bauunternehmen der Dynamik Grenzen setzen dürften. Der Wirtschaftsbau dürfte sich, der Industriekonjunktur folgend, allmählich beleben. Im öffentlichen Bau ist nach Abschluss der hochwasserbedingten Schutz- und Wiederaufbauleistungen mit einer nicht ganz so hohen Dynamik zu rechnen, auch weil die von der Bundesregierung angekündigten Infrastrukturprojekte größtenteils in den westdeutschen Bundesländern umgesetzt werden dürften. Das ifo INSTITUT prognostiziert daher für Ostdeutschland (mit Berlin) einen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im gesamten Baugewerbe um 3,3 % im Jahr 2014 und um 2,4 % im Jahr 2015. Im Freistaat Sachsen dürfte die Zunahme nicht zuletzt aufgrund der etwas größeren Bedeutung des Wirtschaftsbaus mit 3,5 % bzw. 2,7 % etwas stärker ausfallen.

Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation: Mindestlohn dämpft die Dynamik

Der ostdeutsche und der sächsische Handel erlebten im Jahr 2014 ein eher durchschnittliches Jahresgeschäft. Über alle Handelssparten hinweg nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT von Januar bis September gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Ostdeutschland um 0,5 % zu, im Freistaat Sachsen aber um 0,2 % ab. Besonders schwach entwickelte sich der sächsische Einzelhandel. Bedingt durch ein schwaches Wintergeschäft stieg dessen realer Umsatz in den ersten neun Monaten des Jahres 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um nur 0,1 %. Das sächsische Gastgewerbe verzeichnete hingegen gegenüber dem schwachen Vorjahreszeitraum ein reales Umsatzwachstum von 2,1 %; zugleich stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im sächsischen wie im ostdeutschen Gastgewerbe um 2,8 %. Im Prognosezeitraum beeinflussen unterschiedliche Grundtendenzen die Entwicklung im gesamten Dienstleistungsaggregat. Der private Konsum wird 2015 deutlich an Dynamik ge-

winnen. Gründe hierfür sind die stabile Einkommenssituation, die Ausweitung der Leistungen der Rentenversicherung sowie die günstigen Finanzierungsbedingungen. Hiervon profitieren vor allem der Einzelhandel und das Gastgewerbe. Gleichzeitig sind diese beiden Bereiche aber am stärksten von der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns zum 1. Januar 2015 betroffen. Die ostdeutschen und sächsischen Unternehmen werden hierauf wohl mit Preisanhebungen oder Beschäftigungsabbau reagieren, was die Dynamik in diesen Bereichen per saldo wohl eher dämpft. Im ostdeutschen sowie sächsischen Großhandel und Transportwesen wird sich die Dynamik im Jahr 2015 infolge der allmählich auflebenden Industriekonjunktur hingegen leicht beschleunigen. Alles in allem dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des gesamten Aggregats „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ in Ostdeutschland (mit Berlin) im Jahr 2014 um 1,6 % und im Jahr 2015 um 1,4 % steigen. In Sachsen wird der Zuwachs voraussichtlich 1,7 % und 1,2 % betragen.

Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen: Entwicklung im Fahrwasser der Industrie

Die wirtschaftsnahen Dienstleister konnten im Verlauf des Jahres 2014 ihr Geschäft ausbauen. Rechnet man alle Teilbereiche dieses Aggregats zusammen, stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den ersten neun Monaten des Jahres 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,9 % in Ostdeutschland (mit Berlin) und 4,4 % in Sachsen. Im Freistaat konnte vor allem die Arbeitnehmerüberlassung deutliche Beschäftigungsgewinne von über 10 % verbuchen. Anders sah es bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern aus, wo die Beschäftigung im gleichen Zeitraum um 2,0 % bzw. 3,0 % zurückging. Im Jahr 2015 dürfte die Belebung der Industriekonjunktur auch die wirtschaftliche Dynamik der unternehmensnahen Dienstleister beschleunigen. Das niedrige Zinsniveau stützt die Kreditnachfrage und damit die Dynamik im Finanzierungs- und Versicherungsgewerbe, es dämpft aber zugleich die Zins-einnahmen der Finanzinstitute. Die wirtschaftliche Entwicklung im Grundstückswesen wird weiterhin von der regional unterschiedlich starken Ausweitung von Wohn- und Gewerbebau geprägt sein. Folglich wird die Dynamik dieses Bereichs gerade in attraktiveren Regionen höher sein, was insbesondere den Freistaat Sachsen begünstigt. Somit wird das gesamte Aggregat „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen“ in Ostdeutschland

(mit Berlin) im Jahr 2014 um 1,3 % und im Jahr 2015 um 1,4 % wachsen. Im Freistaat Sachsen dürfte die Dynamik mit Wachstumsraten von 1,7 % bzw. 1,8 % etwas höher ausfallen.

Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte: Durchschnittliches Wachstum

In den übrigen Dienstleistungsbereichen erwartet das IFO INSTITUT im Prognosezeitraum eine eher durchschnittliche Dynamik. Im öffentlichen Sektor begünstigen steigende Steuereinnahmen die wirtschaftliche Entwicklung, bei den privaten Dienstleistern die stabile Einkommenssituation. Gleichzeitig dämpft die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns die Dynamik bei den privaten Dienstleistern. Diese werden die mit dem Mindestlohn verbundenen Kostensteigerungen sehr wahrscheinlich an die Kunden weiterreichen, was die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen beeinträchtigen könnte. Insgesamt prognostiziert das IFO INSTITUT für das gesamte Aggregat „Öffentliche und sonstige Dienstleistungen, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte“ in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) eine Zunahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung von 0,4 % im Jahr 2014 und 0,3 % im Jahr 2015. Im Freistaat Sachsen werden die Zuwachsraten in beiden Jahren 0,4 % betragen.

Literatur

ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2014): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2013, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand Februar 2014, erschienen im März 2014.

ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) der Länder (Hrsg.) (2014a): Bruttoinlandsprodukt, 1. Halbjahr 2014 – vorläufige Ergebnisse, Länderergebnisse für Deutschland, Berechnungsstand August 2014, erschienen im September 2014.

ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) der Länder (Hrsg.) (2014b): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2013, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand August 2013/Februar 2014, erschienen im März 2014.

BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2014): Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftsfachlicher Gliederung (WZ 2008), Reihe Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik, Nürnberg, verschiedene Ausgaben.

LEHMANN, R., RAGNITZ, J. und M. WEBER (2015): Mindestlohn in Ostdeutschland: Firmen planen Preiserhöhungen und Personalabbau. In: ifo Dresden berichtet 1/2015; S. 40–43.

NIERHAUS, W. (2015): Deutschlandprognose 2014/2015: Konjunktur gewinnt an Schwung. In: ifo Dresden berichtet 1/2015; S. 5–13.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014a): Auftragseingang, Arbeitsstunden, baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 u.m. tätigen Personen): Bundesländer, Monate, Bauarten. Zeitreihen aus 44111-0007, Datenabruf bei Genesis Online am 03. Dezember 2014.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014b): Produzierendes Gewerbe – Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, September 2014, Fachserie 4 Reihe 4.1.1, erschienen im November 2014.

¹ Die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder sind derzeit nur eingeschränkt mit den Bundeswerten vergleichbar. Aufgrund von Revisionen im Zuge der Umstellung auf das neue Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung 2010 (ESVG2010) basieren die Werte des Bundes und die Werte der Länder auf unterschiedlichen Berechnungsstandards. Derzeit werden auch die Werte für die Bundesländer revidiert, diese lagen aber zum Zeitpunkt der Erstellung der vorliegenden Prognose noch nicht vor.

Immer mehr Bedürftige: Die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben zwischen 2006 und 2013

Alexander Eck, Xenia Frei und Felix Rösel*

Einleitung

Der spürbare Anstieg der Sozialhilfeausgaben je Einwohner um durchschnittlich mehr als 4 % p. a. in den vergangenen Jahren ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der Zahl der Leistungsempfänger (Fälle) zurückzuführen, während die Ausgaben je Fall seit Jahren stagnieren. Dies ist das Ergebnis des vorliegenden Beitrags, in dem Hintergründe und regionale Unterschiede in der Ausgabenentwicklung der Sozialhilfe insgesamt sowie der einzelnen Hilfearten näher untersucht werden. Die Sozialhilfe ist im Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) normiert und gemäß § 2 Abs. 1 SGB XII nachrangig gegenüber anderen Unterstützungsleistungen. Es bestehen sieben Arten der Sozialhilfe, die im 3. bis 9. Kapitel SGB XII normiert sind. Die Sozialhilfe hat gemäß § 1 SGB XII insbesondere die Aufgabe, Bedürftigen „die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht.“ Seit der grundlegenden Reform der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland im Jahr 2005 ist von der Sozialhilfe nach SGB XII die Grundsicherung für erwerbsfähige Bedürftige nach SGB II abzugrenzen.

Die Sozialhilfe ist ein wesentlicher Ausgabenposten der Kommunen – zumeist der Landkreise und kreisfreien Städte.¹ Die Kommunen in Deutschland verausgaben netto jährlich rund 50 Mrd. € im Bereich Soziales und Jugend, davon über 30 Mrd. € für Soziale Hilfen [STATISTISCHES BUNDESAMT (2014)]. Deutlich mehr als die Hälfte der Ausgaben für Soziale Hilfen entfallen dabei auf den Bereich der Sozialhilfe und mithin Leistungen nach SGB XII. Die Sozialhilfe bildet damit einen wesentlichen Bestandteil der kommunalen Fürsorgeaufwendungen. Zugleich entwickelten sich gerade die Sozialhilfeausgaben in der Vergangenheit besonders dynamisch. In den Jahren 2006 bis 2013 stiegen in Deutschland die Sozialhilfeausgaben (brutto) je Einwohner um durchschnittlich 4,3 % pro Jahr. Das nominale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner wuchs im gleichen Zeitraum mit durchschnittlich 2,4 % nur etwa halb so stark [STATISTISCHES BUNDESAMT (2015a)]. Auch die Pro-Kopf-Gesamteinnahmen und -ausgaben der Kommunen blieben mit einem jahresdurchschnittlichen Anstieg von 3,2 % bzw. 3,1 % hinter dem Anstieg der Sozialhilfeausgaben zurück [STATISTISCHES BUNDESAMT (2015b)].

Der starke Zuwachs der kommunalen Sozialausgaben wird bereits seit Jahrzehnten problematisiert [vgl. z. B. MLYNEK (1995)] und mitunter eine stärkere finanzielle Be-

teiligung des Bundes eingefordert [vgl. EICHEL et al. (2013)]. Seit 2014 erstattet der Bund den Kommunen die Nettoausgaben einer Sozialhilfeart (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) vollständig, die Finanzierung der anderen Hilfearten obliegt weiterhin den Kommunen. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sieht im Rahmen eines Bundesteilhabegesetzes weitere 5 Mrd. € jährlich zur Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe vor. Diese Maßnahme soll einen wichtigen Bestandteil der geplanten Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen in Deutschland bilden. Vor diesem Hintergrund wird in diesem Beitrag die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben seit dem Jahr 2006 näher untersucht und dargestellt. Eine Vielzahl von Abbildungen und Grafiken vermittelt hierbei ein genaueres Bild der Hintergründe sowie der regionalen Unterschiede im Ausgabenniveau und des Ausgabenzuwachses bei der Sozialhilfe in Deutschland. Betrachtet werden die Bruttoausgaben je Einwohner, um die unterschiedliche regionale Betroffenheit im Bereich der Sozialhilfe darstellen zu können.² In diesem Beitrag wird damit ein statistischer Überblick über die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben gegeben; eine genauere Analyse der Ursachen der dargestellten zeitlichen und regionalen Unterschiede bleibt künftigen Arbeiten vorbehalten.

Sozialhilfeausgaben im Überblick

Im Folgenden wird zunächst ein erster Überblick über die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben in Deutschland seit Einführung des SGB XII gegeben. Da im Jahr 2005 als Einführungsjahr des SGB XII noch größere Datenunsicherheiten bestanden,³ wird im Folgenden der Zeitraum ab dem Jahr 2006 bis hin zum aktuellen Rand näher untersucht. Die Untersuchung beschränkt sich dabei auf eine sachliche Betrachtung der sieben Sozialhilfearten (3. bis 9. Kapitel SGB XII) und eine regionale Betrachtung nach Ländern. Auf eine kleinteiligere Untersuchung wird ebenso verzichtet wie auf eine Unterscheidung von Trägern und Einrichtungen.

* Alexander Eck, Xenia Frei und Felix Rösel sind Doktoranden der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

Hilfearten der Sozialhilfe

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben je Einwohner zwischen 2006 und 2013 insgesamt (Gesamtsäule) sowie für die einzelnen Hilfearten. Die Ausgaben für Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und die Hilfe in anderen Lebenslagen werden hierbei zusammen betrachtet. Deutlich wird in der Abbildung zunächst der spürbare Anstieg der Gesamtausgaben von rund 250 € im Jahr 2006 auf über 330 € je Einwohner im Jahr 2013. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 4,3 % pro Jahr. Über 90 % der gesamten Sozialhilfeausgaben entfielen 2013 auf drei Hilfearten: die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Hilfe zur Pflege. Die Ausgaben für diese drei Hilfearten sind in den vergangenen Jahren auch besonders deutlich gewachsen.

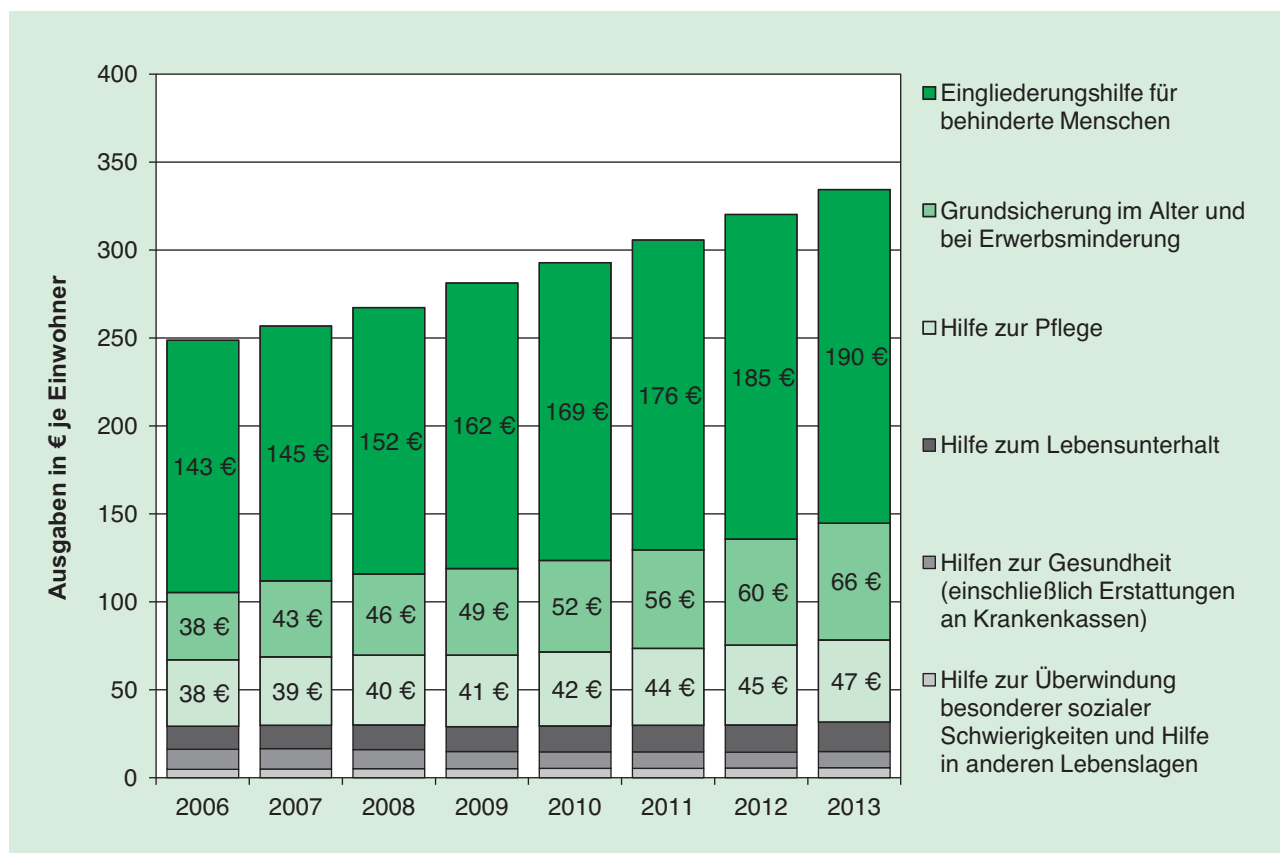
Um den Anstieg der Sozialhilfeausgaben je Einwohner näher zu analysieren, werden im Folgenden deren Wachstumsraten betrachtet. Abbildung 2 zeigt den jährlichen Anstieg der Sozialhilfeausgaben insgesamt (Gesamtsäule) sowie den Anteil, der jeweils auf die sechs Hilfearten zurück-

zuführen ist.⁴ Beispielsweise stiegen im Jahr 2013 die Sozialhilfeausgaben im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 4,4 %. Von diesem Wachstum sind auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen 1,6 Prozentpunkte zurückzuführen, auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 1,9 Prozentpunkte sowie auf die Hilfe zur Pflege weitere 0,4 Prozentpunkte. Auf die restlichen Arten entfallen zusammen die verbleibenden 0,5 Prozentpunkte. Über den gesamten Beobachtungszeitraum wären die Sozialhilfeausgaben ohne die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und die Grundsicherung im Alter lediglich um 0,6 % im Jahresdurchschnitt gewachsen; die verbleibenden Sozialhilfeausgaben ohne die Hilfe zur Pflege stagnierten gar.

Für den Anstieg der Sozialausgaben je Einwohner sind im Kern zwei Ursachen denkbar. Erstens könnten die Ausgaben je Leistungsberechtigten (Fall) steigen oder zweitens die Zahl der Fälle (je Einwohner) selbst zunehmen. Der Zusammenhang zwischen beiden Größen erschließt sich aus einer Aufgliederung der Ausgaben je Einwohner (A/EW) in Fälle je Einwohner (F/EW) und Ausgaben je Fall (A/F):

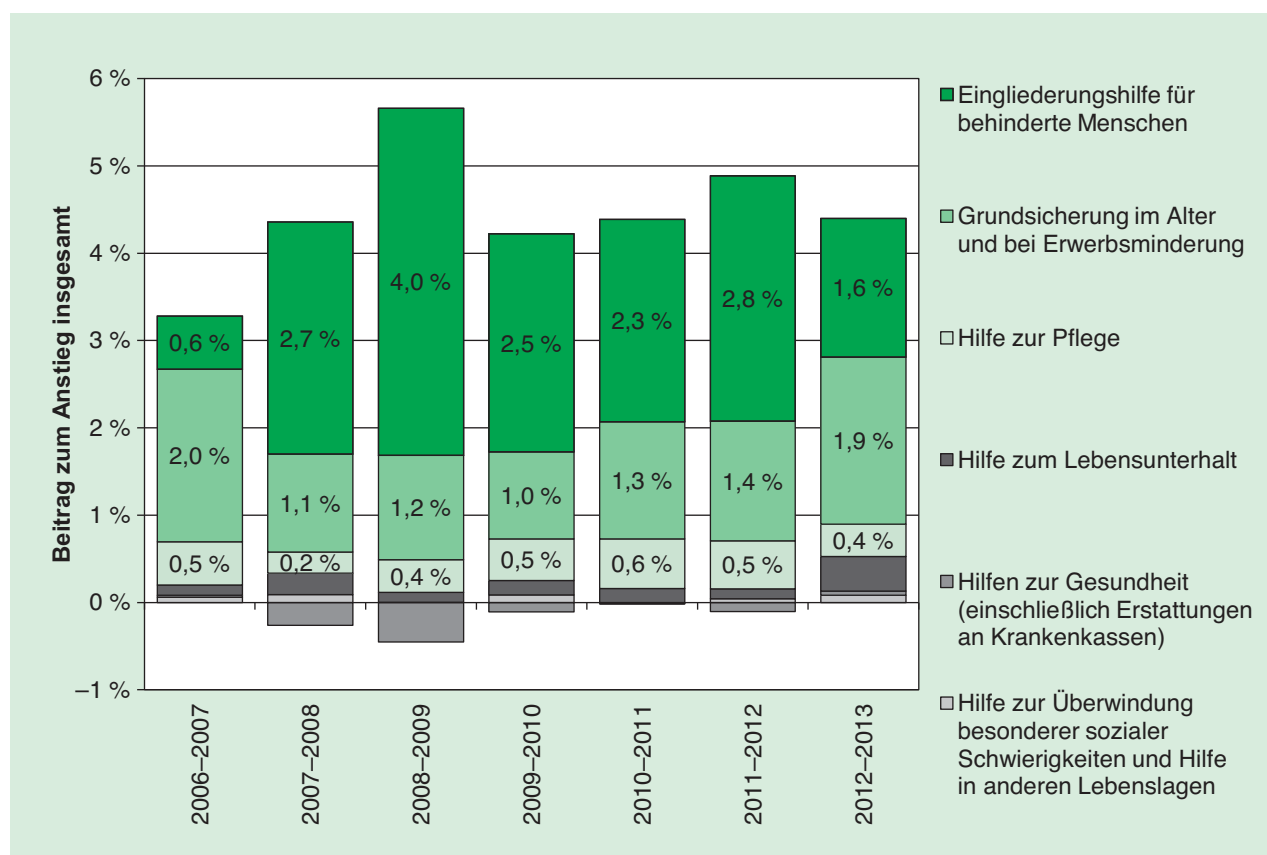
$$\frac{A}{EW} = \frac{F}{EW} \times \frac{A}{F}$$

Abbildung 1: Entwicklung der Sozialhilfeausgaben nach Arten im Bundesdurchschnitt (2006–2013)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2015c), Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2014), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 2: Anteil der Sozialhilfearten an der Veränderung der Sozialhilfeausgaben (2006–2013)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2015c), Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2014), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Die Veränderungsrate der Ausgaben je Einwohner lässt sich zugleich approximativ als Summe der Veränderungsrate von Fällen je Einwohner und Ausgaben je Fall darstellen. Abbildung 3 zeigt die auf diese Weise durchgeführte Aufgliederung der Ausgabenveränderung nach Sozialhilfearten für Deutschland insgesamt. Der jahresdurchschnittliche Anstieg von 4,3% der Sozialhilfeausgaben ist nahezu vollständig (3,8 Prozentpunkte) auf einen Anstieg der Fallzahlen je Einwohner zurückzuführen. Die Zunahme der Ausgaben je Fall ist hingegen lediglich für 0,5 Prozentpunkte der durchschnittlichen Veränderung der Sozialhilfeausgaben je Einwohner verantwortlich.

Dieses Ergebnis spiegelt sich im Wesentlichen auch in den einzelnen Sozialhilfearten wider. Eine Ausnahme stellt lediglich die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung dar. Bei dieser leistet auch die Zunahme der Ausgaben je Fall einen substantiellen Beitrag von jahresdurchschnittlich 2,8% zum Ausgabenwachstum von insgesamt 8,2%. Die Hilfen zur Gesundheit stellen einen Sonderfall dar. Gesundheitsreformen, wie z. B. die im Jahr 2007 eingeführte faktische Pflicht zum Abschluss einer Krankenversicherung, haben einen starken Einfluss auf die Entwicklung dieser Sozialhilfeart.

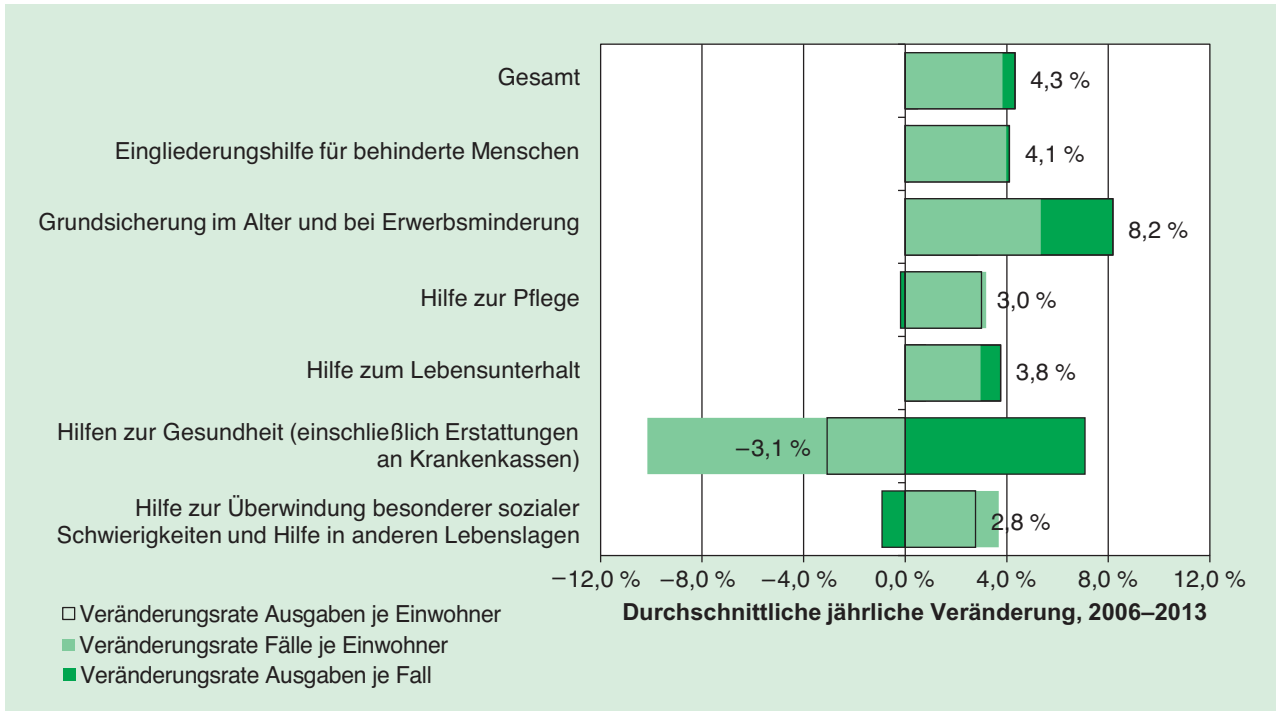
Deutlich wird dies im Zeitverlauf (vgl. Abb. 4). Während die Ausgaben je Fall für nahezu alle Hilfearten seit dem Jahr 2006 stagnieren, gab es bei den Hilfen zur Gesundheit einen starken Anstieg zwischen den Jahren 2006 und 2008. Die durchschnittlichen Sozialhilfeausgaben liegen seit dem Jahr 2009 nahezu unverändert bei rund 10.000 € je Fall und Jahr.

Regionale Unterschiede

Bisher wurden die Sozialhilfeausgaben für Deutschland im Aggregat betrachtet. Aufgrund der Zuständigkeit der kommunalen bzw. der Landesebene bei der Gewährung der Sozialhilfe im Einzelfall konnten sich innerhalb des Bundesgebietes jedoch bedeutsame regionale Unterschiede herausbilden. Im Folgenden werden diese Unterschiede näher beschrieben und herausgearbeitet.

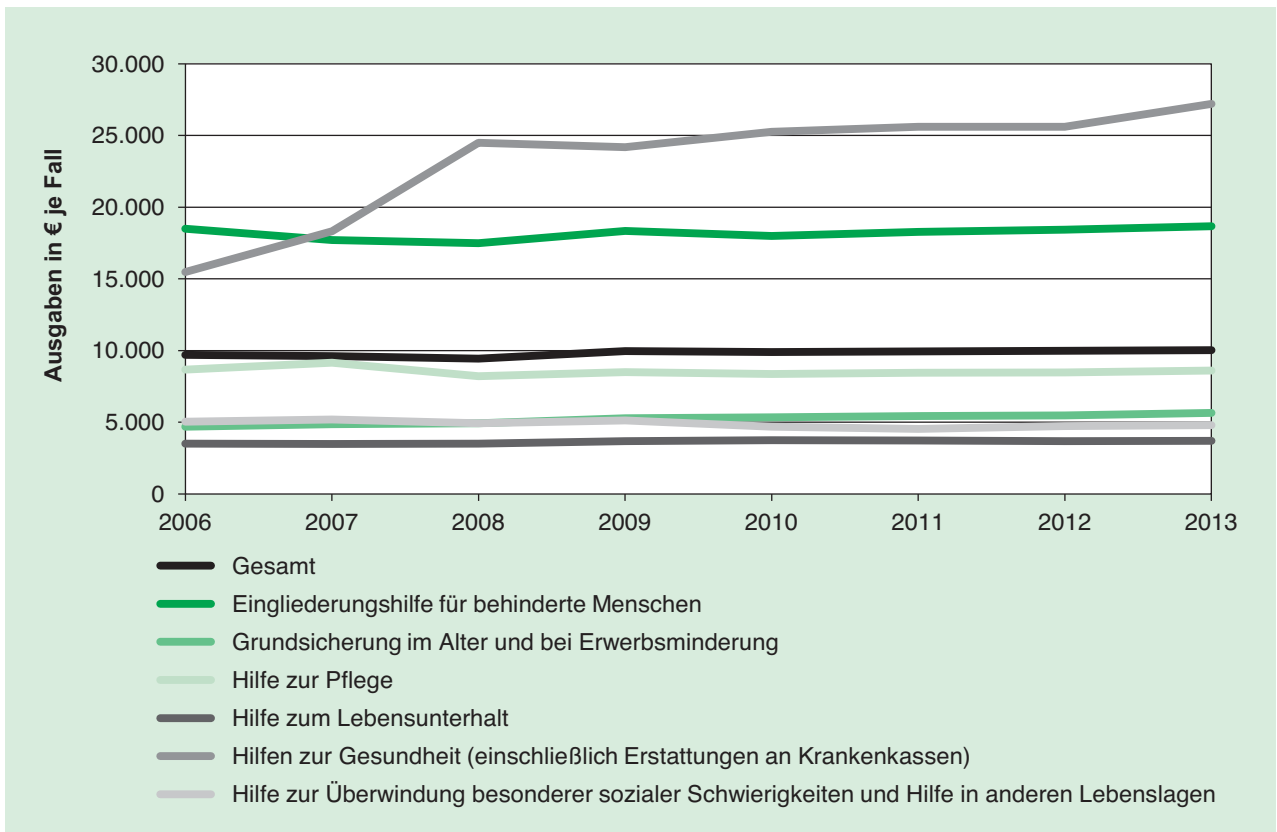
Ein erster Blick auf die Zusammensetzung der Sozialhilfeausgaben zeigt, dass nur wenige Unterschiede zwischen den Ländern in Bezug auf die Anteile der einzelnen Sozialhilfearten an den Sozialhilfeausgaben insgesamt bestehen. Die Flächenländer sowie der Stadtstaat Bremen sind weitgehend vergleichbar in der Zusammen-

Abbildung 3: Jahresdurchschnittliche Veränderung der Sozialhilfeausgaben und -fälle im Bundesdurchschnitt (2006–2013)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2015c, 2015d), Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2014), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 4: Ausgaben je Fall nach Sozialhilfearten im Bundesdurchschnitt (2006–2013)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2015c, 2015d), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

setzung der Sozialhilfeausgaben nach Sozialhilfearten (vgl. Abb. 5). In diesen Ländern umfasste die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen im Jahr 2013 mehr als 50 % der gesamten Sozialhilfeausgaben. Weitere rund 20 % entfielen auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, der Rest entfiel auf die übrigen Sozialhilfearten. Zwei Ausnahmen bilden Berlin und Hamburg. In diesen beiden Ländern sind insbesondere die Hilfe zur Pflege sowie die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von größerer relativer Bedeutung als im Bundesdurchschnitt.

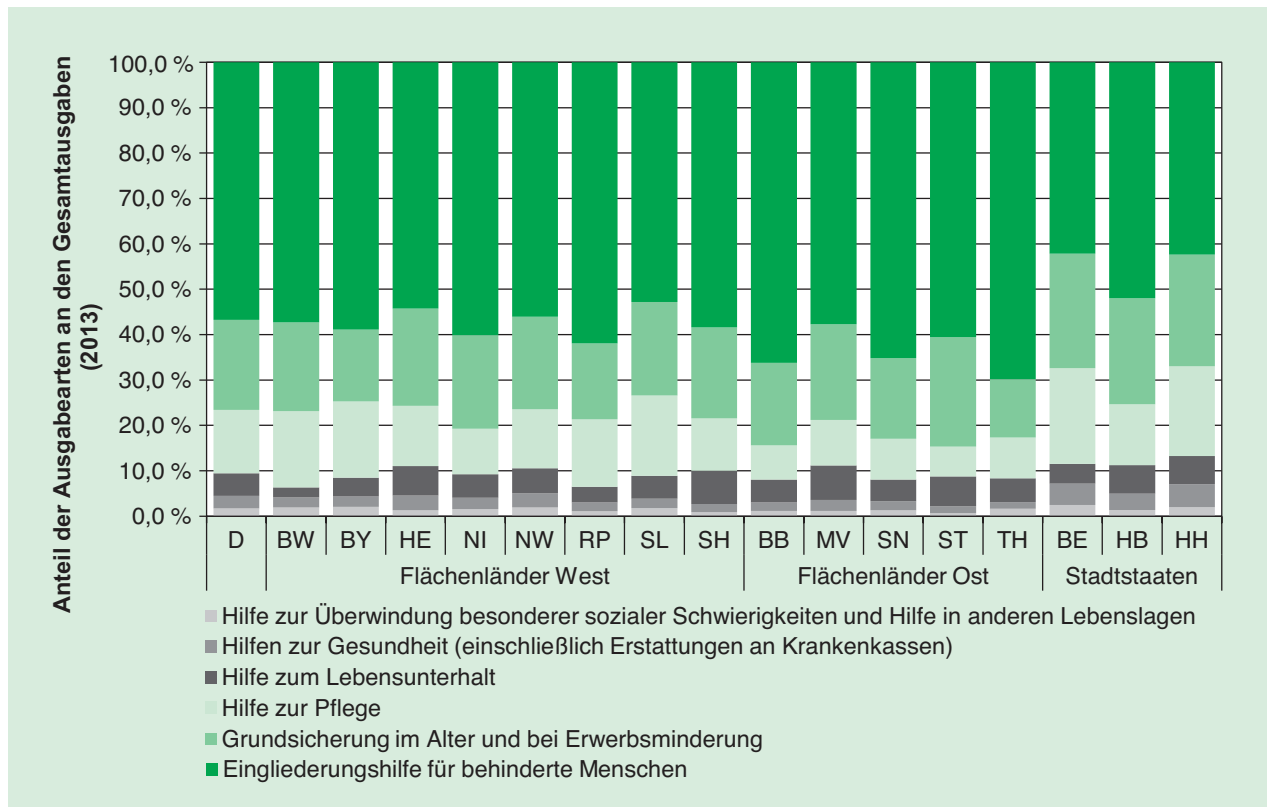
Trotz einer vergleichbaren Zusammensetzung unterscheiden sich die Länder in der Höhe der Ausgaben je Einwohner erheblich (vgl. Abb. 6). Die Sozialhilfeausgaben je Einwohner betragen im Jahr 2013 in Nordrhein-Westfalen mit 390 € mehr als das Doppelte der Ausgaben Sachsens (185 €). Auch innerhalb der Gruppe der west- bzw. ostdeutschen Flächenländer bestehen deutliche Unterschiede im Ausgabeniveau. Die Länder mit den höchsten Sozialhilfeausgaben je Einwohner (Nordrhein-Westfalen bzw. Mecklenburg-Vorpommern) lagen jeweils mehr als 50 % über den Ländern mit dem niedrigsten Ausgabeniveau, Baden-Württemberg bzw. Sachsen. Eine Sonderrolle nehmen wiederum die Stadtstaaten ein. Die Sozialhilfeausgaben je Einwohner übersteigen in den

Stadtstaaten in allen Sozialhilfearten den Bundesdurchschnitt deutlich.

Regionale Unterschiede werden auch in der Ausgabenveränderung deutlich. In Abbildung 7 sind die Sozialhilfeausgaben je Einwohner im Jahr 2006 gegen die jahresdurchschnittliche Ausgabenveränderung zwischen den Jahren 2006 und 2013 für die 16 Länder abgetragen. Die Größe der Blase illustriert die absolute Höhe der Sozialhilfeausgaben des Landes. Zu erkennen ist hierbei ein umgekehrter Zusammenhang von Ausgabeniveau und -veränderung: Länder mit einem bereits überdurchschnittlichen Ausgabeniveau im Jahr 2006 realisierten in den Folgejahren unterdurchschnittliche Zuwächse. Dies betrifft insbesondere die Stadtstaaten. In Ländern mit niedrigerem Ausgangswert der Sozialhilfeausgaben je Einwohner stiegen die Sozialhilfeausgaben hingegen besonders stark an. Dies gilt insbesondere für die ostdeutschen Flächenländer. Sollte dieser Trend anhalten, könnten die Sozialhilfeausgaben je Einwohner in den ostdeutschen Flächenländern mittelfristig das Niveau der westdeutschen Flächenländer erreichen.

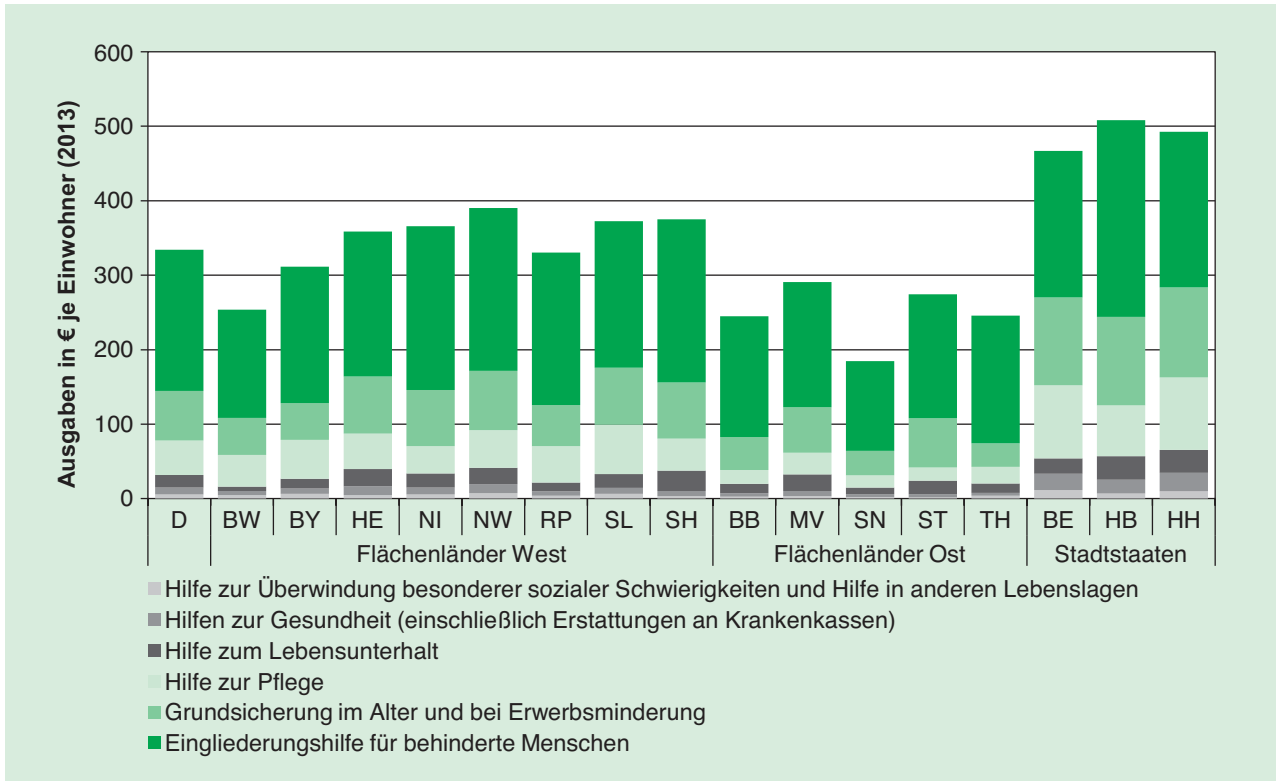
Bisher konnte gezeigt werden, dass der Anstieg der Fallzahlen bei den drei ausgabestärksten Arten der Sozialhilfe (Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege sowie Grundsicherung im Alter und bei

Abbildung 5: Anteil der Sozialhilfearten an den Sozialhilfeausgaben nach Ländern (2013)



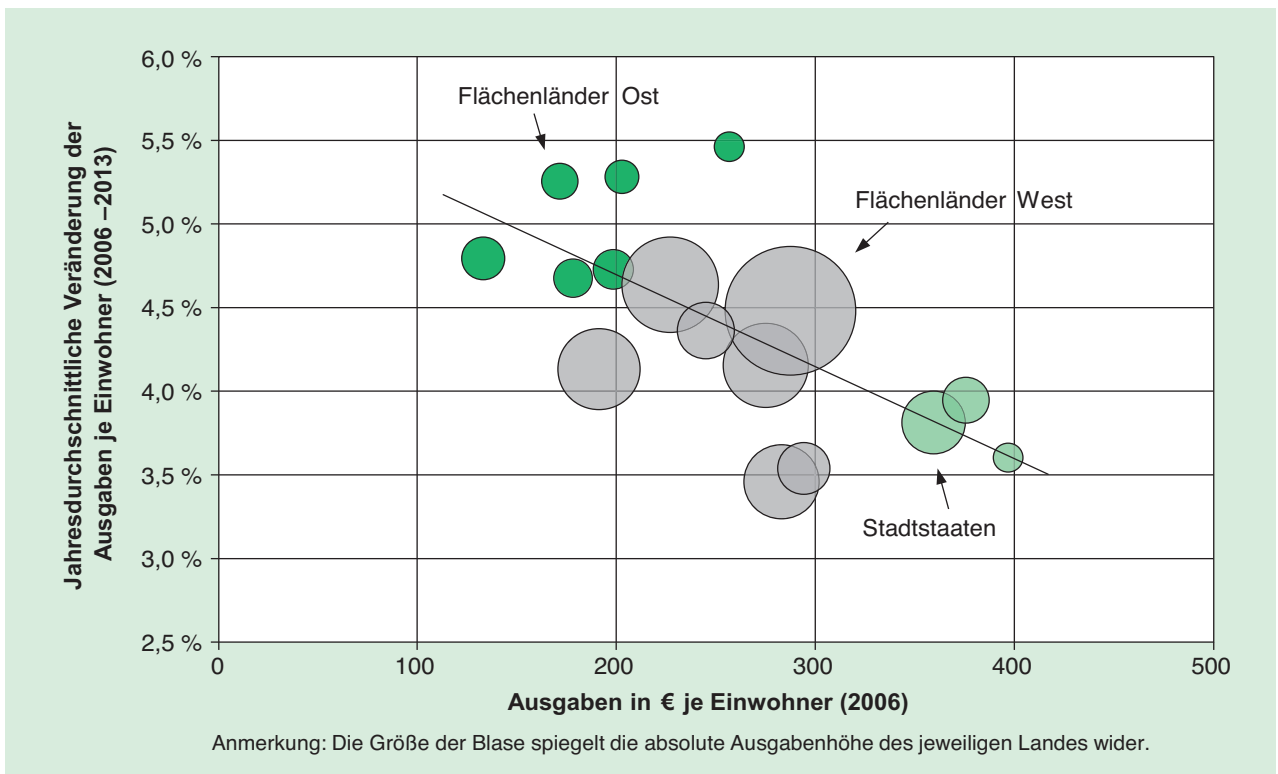
Quellen: Statistisches Bundesamt (2015c), Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2014), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 6: Sozialhilfeausgaben nach Arten und Ländern (2013)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2015c), Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2014), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 7: Sozialhilfeausgabenhöhe und -veränderung nach Ländern (2006 bzw. 2006–2013)



Anmerkung: Die Größe der Blase spiegelt die absolute Ausgabenhöhe des jeweiligen Landes wider.

Quellen: Statistisches Bundesamt (2015c), Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2014), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Erwerbsminderung) ein wesentlicher Faktor für die Zunahme der Sozialhilfeausgaben je Einwohner zwischen den Jahren 2006 und 2013 darstellt. Zudem bestehen erhebliche regionale Unterschiede in der Ausgabenhöhe und -entwicklung. Im Folgenden werden diese Überlegungen kombiniert und regionale Spezifika nochmals stärker herausgestellt.

Einzelne Sozialhilfearten

Im Bundesdurchschnitt ist der Anstieg der Sozialhilfeausgaben durch den Zuwachs an Fällen je Einwohner getrieben. Wird die Entwicklung einzelner Ausgabenarten über die letzten Jahre in den einzelnen Ländern analysiert, zeichnet sich jedoch mitunter ein anderes Bild. In den einzelnen Ländern kam es vereinzelt zusätzlich zu stärkeren Veränderungen in der Ausgabenhöhe je Fall. Diese Änderungen korrespondieren teils verstärkend, teils gegenläufig mit der Entwicklung der Fallzahlen je Einwohner im jeweiligen Land. Für eine detailliertere Analyse werden nachfolgend die drei wichtigsten Ausgabenarten – Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Hilfe zur Pflege – näher untersucht und regionale Unterschiede herausgearbeitet.

Hilfe zur Eingliederung von behinderten Menschen

Die Ausgaben je Einwohner für die Eingliederung behinderter Menschen stiegen seit dem Jahr 2006 in allen Ländern an (vgl. Abb. 8a)). Allerdings sind zwischen den Ländern teilweise erhebliche Unterschiede in der Ausgabenentwicklung zu verzeichnen. Besonders stark stiegen die Ausgaben dieser Sozialhilfeart in Bremen, Niedersachsen und im Saarland an. Während das Saarland im Jahr 2006 noch leicht unter dem Bundesdurchschnitt lag, wiesen Bremen und Niedersachsen bereits überdurchschnittliche Ausgabenniveaus auf.

Eine wesentliche Ursache für die zunehmenden Ausgaben je Einwohner stellt der korrespondierende Anstieg der Fallzahl je 1.000 Einwohner dar. Im Bundesdurchschnitt wurde bei diesen ein Anstieg um durchschnittlich 4 % jährlich im Zeitraum der Jahre 2006 bis 2013 beobachtet. Wie aus Abbildung 8b) hervorgeht, verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern hierbei den höchsten Zuwachs. Die Entwicklung im Saarland vollzog sich gegenläufig zur Entwicklung in allen anderen Ländern. Hier sanken die Fallzahlen, während die Ausgaben je Fall stark anstiegen. Im Bundesdurchschnitt blieben die Ausgaben je Fall nahezu konstant. Abbildung 8c) verdeutlicht jedoch die heterogene Entwicklung zwischen

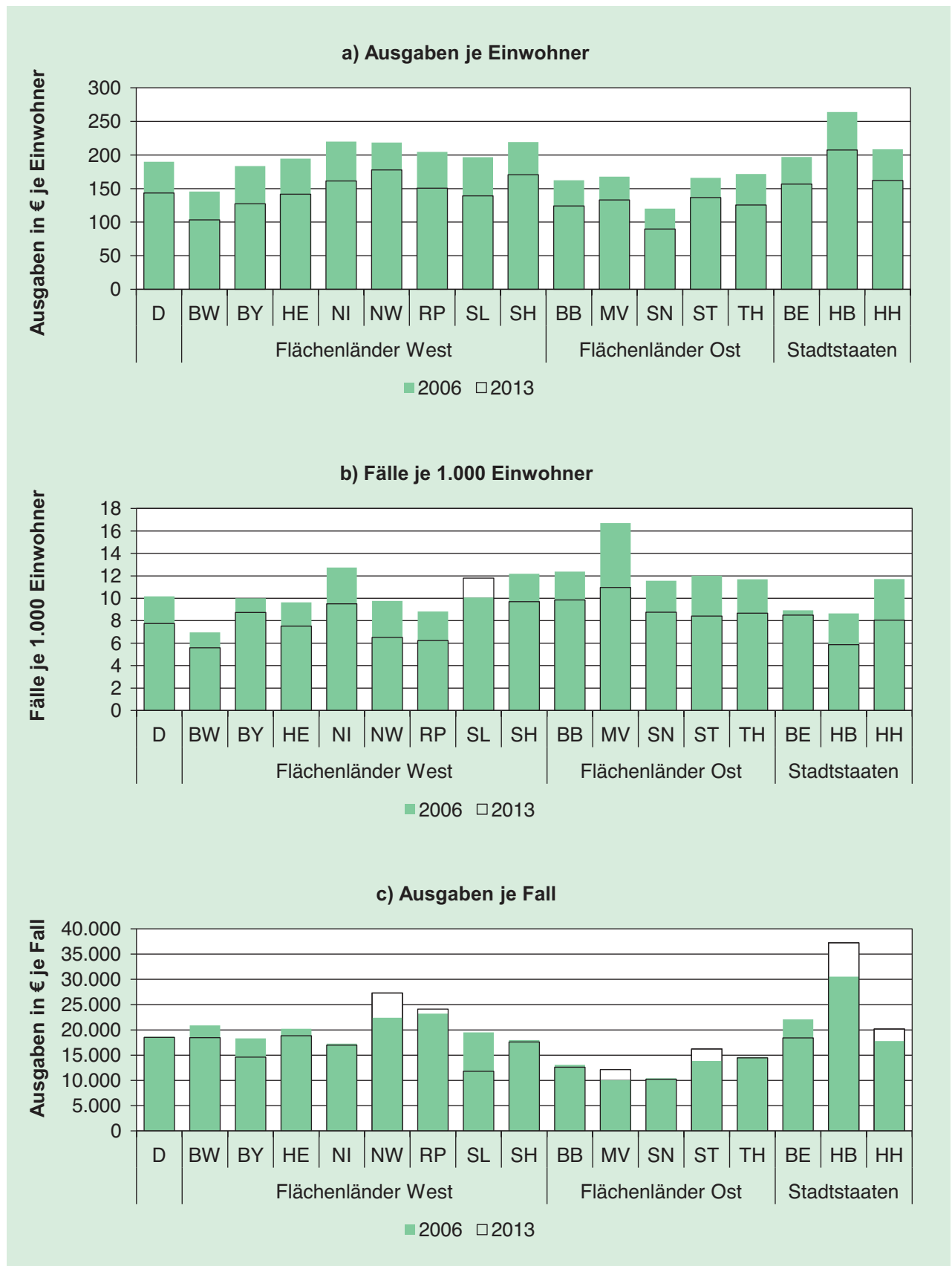
den Ländern. Einige ostdeutsche und westdeutsche Flächenländer verzeichneten einen Anstieg der Ausgaben je Fall, in anderen Ländern blieb diese Größe konstant oder sank sogar bis zum Jahr 2013 im Vergleich zum Jahr 2006. So verzeichnete Thüringen in den vergangenen acht Jahren kaum Schwankungen, das Saarland hingegen weist einen starken Anstieg in den Ausgaben je Fall auf. Ein besonders starker Rückgang der Ausgaben je Fall ist in Nordrhein-Westfalen und Bremen zu verzeichnen, die anfangs beide ein deutlich überdurchschnittliches Ausgabenniveau je Fall aufwiesen.

Die Niveaubetrachtung der Ausgaben je Fall verdeutlicht insbesondere die verhältnismäßig niedrigen Ausgaben in den ostdeutschen Flächenländern. Die westdeutschen Länder weisen ein deutlich höheres Ausgabenniveau aus. Besonders hohe Ausgaben je Fall verzeichnen dabei Bremen sowie Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. In den ostdeutschen Flächenländern sanken die Ausgaben je Fall in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, während sie in den übrigen Ländern nahezu konstant blieben.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Die Ausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind im Zeitraum der Jahre 2006 bis 2013 in allen Ländern gestiegen. Der Anstieg betrug in diesen acht Jahren im bundesdeutschen Durchschnitt rd. 8,2 % jährlich (vgl. Abb. 9a)). Die westdeutschen Flächenländer wiesen im Jahr 2013 ein vergleichsweise hohes Ausgabenniveau je Einwohner auf, verzeichneten seit dem Jahr 2006 jedoch mit Ausnahme Nordrhein-Westfalens nur einen relativ geringen Anstieg. Alle ostdeutschen Flächenländer mit Ausnahme Sachsens, wo die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung etwas unterhalb des Bundesdurchschnitts anwuchsen, verzeichneten teils deutlich überdurchschnittliche Zuwächse. Das Niveau der Ausgaben je Einwohner war in dieser Ländergruppe jedoch im Betrachtungszeitraum unterdurchschnittlich. In den Stadtstaaten liegen die Ausgaben je Einwohner für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Ländervergleich auf einem sehr hohen Niveau. Der Anstieg dieser Ausgaben seit dem Jahr 2006 entspricht jedoch mit jährlich durchschnittlich 8,5 % in Hamburg bis 9,4 % in Bremen etwa dem Bundesdurchschnitt. Es ist jedoch anzumerken, dass die Ausgaben je Einwohner für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bis zum Jahr 2013 in gerade den Ländern schwächer gewachsen sind, die zu Beginn des Betrachtungszeitraums hohe Ausgaben in diesem Bereich aufwiesen.

Abbildung 8: Hilfe zur Eingliederung von behinderten Menschen nach Ländern (2006 und 2013)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2015c, 2015d), Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2014), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 9: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Ländern (2006 und 2013)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2015c, 2015d), Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2014), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

In allen Ländern sind dabei die Fallzahlen deutlich angestiegen (vgl. Abb. 9b)). Bundesdurchschnittlich gab es im Jahr 2006 etwa 8,2 Fälle der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung je 1.000 Einwohner, im Jahr 2013 waren es bereits 11,7. Dies entspricht einem Anstieg von rd. 5,3% pro Jahr. In den westdeutschen Flächenländern waren durchschnittliche jährliche Zuwächse bei den Fallzahlen je 1.000 Einwohner zwischen 3,9% in Baden-Württemberg und gut 6,3% im Saarland zu beobachten. Auch in Nordrhein-Westfalen stiegen die Fallzahlen mit 6,3% jährlich im Vergleich zum Basisjahr 2006 vergleichsweise stark; in den anderen westdeutschen Flächenländern fiel der Anstieg unterdurchschnittlich aus. Auch bei den ostdeutschen Flächenländern ist die Entwicklung heterogen. Brandenburg und Sachsen verzeichneten leicht unterdurchschnittliche Zuwächse bei den Fallzahlen, die übrigen ostdeutschen Flächenländer leicht überdurchschnittliche. Mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern liegt das Niveau der Fallzahlen der Grundsicherung im Alter jedoch noch unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. In den Stadtstaaten sind die Fallzahlen je 1.000 Einwohner mit Abstand am höchsten. Der (relative) Anstieg der Fallzahlen im Betrachtungszeitraum fiel jedoch zumeist nicht überdurchschnittlich aus.

Die Ausgaben je Fall sind wie die Fallzahlen in allen Ländern angestiegen (vgl. Abb. 9c)). Sie sind bundesdurchschnittlich zwischen den Jahren 2006 und 2013 um knapp 2,7% pro Jahr angestiegen. Bei den westdeutschen Flächenländern verzeichnen nur Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich hohe Anstiege, die restlichen westdeutschen Flächenländer liegen teils bei einstelligen Zuwachsraten (Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein). Bei den ostdeutschen Flächenländern war der relative Zuwachs jeweils überdurchschnittlich, besonders in Sachsen-Anhalt. Mit Ausnahme Sachsen-Anhalts, welches im Jahr 2013 die höchsten Ausgaben je Fall im Bundesgebiet verzeichnete, weisen die ostdeutschen Flächenländer jedoch noch immer die geringsten Ausgaben je Fall auf. Die Ausgaben je Fall bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung liegen in den Stadtstaaten im Jahr 2013 etwa auf dem Niveau der Ausgaben westdeutscher Flächenländer. Der Anstieg seit dem Jahr 2006 war dabei in Berlin mit durchschnittlich knapp 4,7% jährlich vergleichsweise hoch. Insgesamt zeigt sich, dass die Länder, die hohe Ausgaben je Fall im Jahr 2006 aufwiesen, ein geringeres Wachstum der Ausgaben je Fall verzeichneten.

Die Entwicklung der Ausgaben je Einwohner ist hoch mit der Entwicklung der Ausgaben je Fall und – wenn auch etwas schwächer – mit der Entwicklung der Fallzahlen je 1.000 Einwohner korreliert. Dies lässt sich als

Indiz dafür deuten, dass die Ausgaben je Fall für die Entwicklung der Ausgaben je Einwohner ebenso eine bedeutende Rolle spielen wie die Entwicklung der Fallzahlen. Allerdings fiel der Anstieg der Fallzahlen im bundesdeutschen Durchschnitt mit jahresdurchschnittlich 5,3% deutlich höher aus als der Anstieg der Ausgaben je Fall (2,7%). Für die Grundsicherung im Alter muss daher konstatiert werden, dass beide Größen entscheidend zum Anstieg der Ausgaben je Einwohner beigetragen haben.

Hilfe zur Pflege

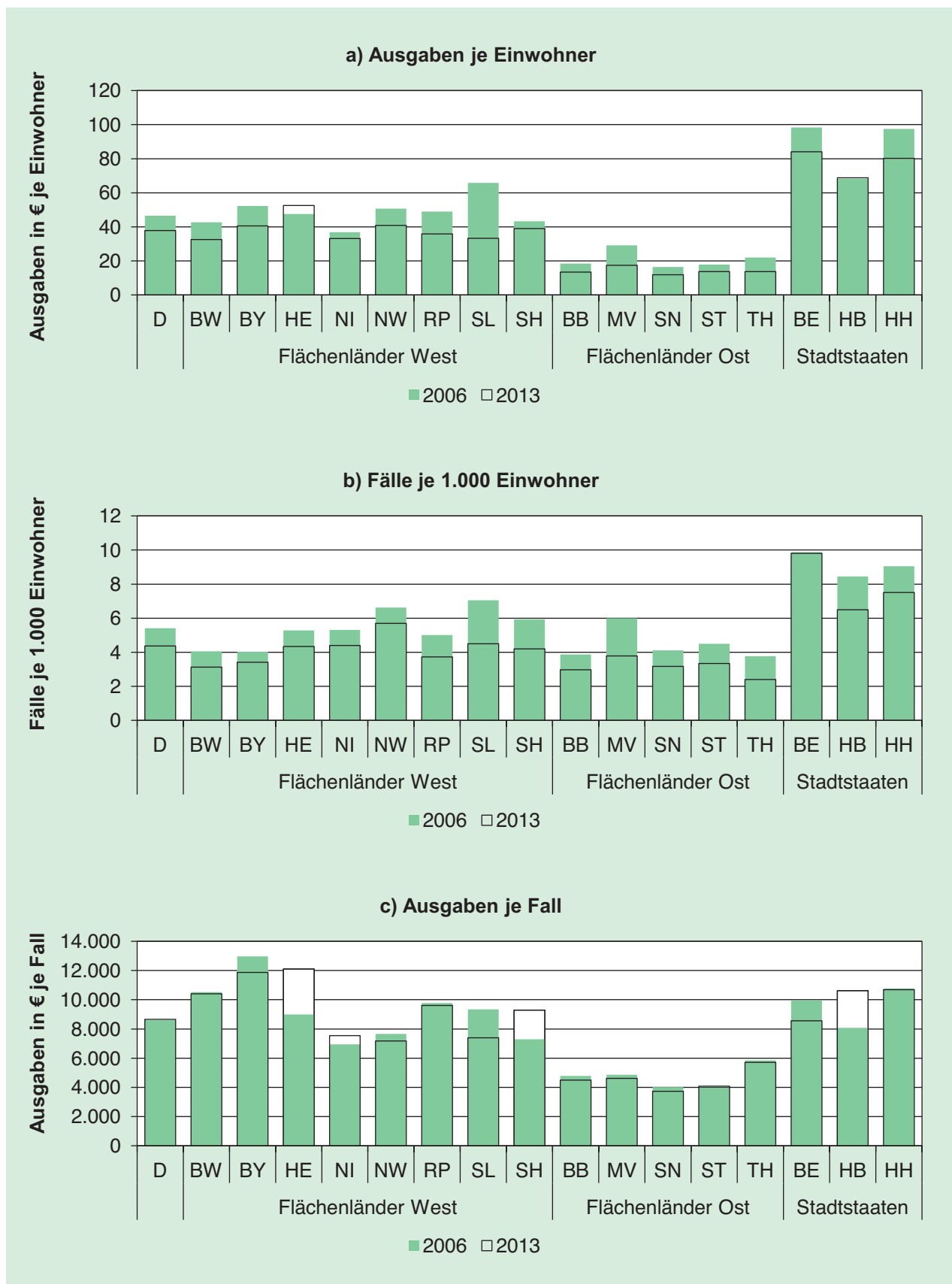
Der Ländervergleich in Abbildung 10 verdeutlicht, dass die Stadtstaaten die höchsten Ausgaben je Einwohner im Bereich der Hilfe zur Pflege verzeichnen, während die ostdeutschen Flächenländer unterhalb des bundesdeutschen Durchschnitts liegen. Im Bundesdurchschnitt sind die Ausgaben je Einwohner, die für die Hilfe zur Pflege aufgewendet werden, in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Mit Ausnahme von Bremen und Hessen trifft dies auch für die einzelnen Länder zu. In Hessen sind die Ausgaben je Einwohner im Mittel über die letzten Jahre leicht gesunken, während Bremen stagnierende Ausgaben verzeichnet. Den stärksten Ausgabenanstieg verzeichnete das Saarland, dessen Ausgaben je Einwohner besonders in den Jahren 2012 und 2013 deutlich anstiegen.

Über alle Länder hinweg stieg die Zahl der Fälle je 1.000 Einwohner seit dem Jahr 2006 an. Besonders deutlich tritt diese Entwicklung in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen zutage, während die Fallzahlen in Berlin bei verhältnismäßig hohem Ausgabenniveau annähernd konstant blieben (vgl. Abb. 10b)).

Ausgabenrückgänge je Fall verzeichneten die norddeutschen Länder Bremen, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein (vgl. Abb. 10c)). Den stärksten Anstieg der Ausgaben je Fall weisen Berlin und das Saarland auf. Im Ländervergleich schloss das Saarland mit den Ausgabenerhöhungen je Fall 2012 und 2013 in etwa zum Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer auf. In Hessen reduzierten sich die Ausgaben je Fall 2009 erstmals deutlich gegenüber dem Vorjahr und näherten sich damit dem Bundesdurchschnitt an. In den ostdeutschen Flächenländern lagen die Ausgaben je Fall bereits im Jahr 2006 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und hielten ihr niedriges Niveau im Zeitverlauf.

Der Vergleich der Diagramme in Abbildung 10 zeigt, dass die Ausgaben je Einwohner in einigen Ländern trotz nahezu stagnierender Ausgaben je Fall anstiegen. Dies ist auf den Anstieg der Fallzahlen zurückzuführen. Die Entwicklung der Ausgaben je Einwohner für die Hilfe zur

Abbildung 10: Hilfe zur Pflege nach Ländern (2006 und 2013)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2015c, 2015d), Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2014), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Pflege in den einzelnen Ländern entspricht somit überwiegend der gesamtdeutschen Entwicklung der Sozialhilfeausgaben.

Fazit

Der vorliegende Beitrag stellt die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben vom Jahr 2006 bis zum Jahr 2013 dar. Im berücksichtigten Zeitraum stiegen die Sozialhilfeausgaben im Bundesdurchschnitt deutlich an. Dies ist im Wesentlichen auf eine Zunahme der Fallzahlen je 1.000 Einwohner, und weniger auf steigende Ausgaben je Fall zurückzuführen. Der Anstieg der Sozialhilfeausgaben fiel in den Ländern, die im Basisjahr der Untersuchung 2006 hohe Sozialausgaben je Einwohner aufwiesen, geringer aus als in den Ländern, die vergleichsweise niedrige Sozialausgaben je Einwohner verzeichneten.

Für den Anstieg der Sozialhilfeausgaben zeichnen die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Hilfe zur Pflege verantwortlich. Allerdings kann das Ergebnis der auf Bundesebene aggregierten Betrachtung für die einzelnen Sozialhilfearten bei einer Betrachtung auf Länderebene mitunter nicht bestätigt werden. Die Ausgaben je Fall wiesen hier teils erhebliche Veränderungen im Betrachtungszeitraum auf, die Fallzahlen je 1.000 Einwohner waren vereinzelt rückläufig. Es lässt sich damit festhalten, dass Ursachen für den Anstieg der Sozialhilfeausgaben nicht einfach auf Bundesebene identifiziert werden können. Es ist eine detaillierte Analyse auf Ebene einzelner Ausgabenarten und einzelner Länder notwendig, um den Anstieg der Sozialhilfeausgaben insgesamt erklären zu können. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund des beabsichtigten Bundesteilhabegesetzes.

Literatur

ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER (Hrsg.) (2014): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2013, Reihe 1, Band 1, erschienen im März 2014, korrigiert am 03.09.2014, Stuttgart.

MLYNEK, D. (1995): Anmerkungen zur Kommunalaufsicht in Zeiten knapper Kassen, Niedersächsische Verwaltungsblätter 2, S. 54–59.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014): Finanzen und Steuern, Rechnungsergebnisse der kommunalen Kern- und Extrahaushalte, 2011, Reihe 14, Fachserie 3.3, erschienen am 27.01.2014, Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015a): VGR des Bundes – Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt (nominal/preisbereinigt): Deutschland, Jahre, Abruf über die Genesis-Datenbank, abgerufen am 06.01.2015.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015b): VGR des Bundes – Einnahmen und Ausgaben des Staates: Deutschland, Jahre, Staatliche Teilsektoren, Einnahme- und Ausgabearten, Abruf über die Genesis-Datenbank, abgerufen am 06.01.2015.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015c): Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe, Abruf über die Datenbank GBE-Bund.de, abgerufen am 06.01.2015.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015d): Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII, von Hilfe zum Lebensunterhalt in und außerhalb von Einrichtungen am Jahresende sowie von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Abruf über die Datenbank GBE-Bund.de, abgerufen am 06.01.2015.

EICHEL, H., FINK, P. und H. TIEMANN (2013): Vorschlag zur Neuordnung des Finanzausgleichs, WISO direkt, Juni 2013, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

¹ In einigen Ländern trägt allerdings auch die Landesebene einen Teil der Sozialhilfeausgaben.

² Hiervon zu unterscheiden sind die letztlich kassenwirksamen Nettoausgaben. Diese ergeben sich aus den Bruttoausgaben, abzüglich der Einnahmen der Sozialhilfe. Die Einnahmen der Sozialhilfe resultieren aus dem Übergang von zivilrechtlichen Unterhaltsansprüchen (z. B. gegenüber Ehegatten, Verwandte in gerader Linie wie Kinder und Eltern) sowie von Ansprüchen gegen Dritte und betragen im Jahr 2013 rund 9% der Bruttoausgaben. Unterschiede bei den Einnahmen der Sozialhilfe dürften andere Ursachen als im Bereich der Ausgaben haben (z. B. Stärke der Familienbindungen bzw. Vereinzelungstendenzen) und werden bei einer Betrachtung der Bruttoausgaben ausgeblendet. Regionale Unterschiede bei den Einnahmen der Sozialhilfe bleiben einer gesonderten Untersuchung vorbehalten.

³ Für Bremen liegen zu Beginn des Untersuchungszeitraums keine Daten über die Zahl der Leistungsempfänger vor. Für das Jahr 2006 werden daher die Daten wie folgt approximiert: Für die Eingliederungshilfe sowie der Hilfe zur Pflege wird der Wert aus dem Jahr 2008 übernommen. Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung liegen ab dem Jahr 2007 Fallzahlen vor und werden für das Jahr 2006 herangezogen.

⁴ Berechnet wurden sogenannte Wachstumsbeiträge. Der Wachstumsbeitrag $B_{i,t}$ einer Sozialhilfeart i im Jahr t ergibt sich aus dem Anstieg der Ausgaben in der jeweiligen Ausgabenart, gewichtet mit dem Vorjahresanteil der Sozialhilfeart an den Gesamtausgaben:

$$B_{i,t} = \left(\frac{A_{i,t-1}}{\sum A_{j,t-1}} \right) \left(\frac{A_{i,t}}{A_{i,t-1}} - 1 \right)$$

Die Projektion der Einnahmen für den Freistaat Sachsen – Langfristig keine Veränderung trotz gegenwärtiger Mehreinnahmen

Alexander Eck, Carolin Fritzsche und Johannes Steinbrecher*

Einleitung

Seit dem 1. Januar 2014 gilt laut sächsischer Verfassung das Neuverschuldungsverbot. Da die Handlungsspielräume auf der Einnahmeseite der Länder sehr beschränkt sind, müssen deshalb zukünftige Ausgaben vorausschauend geplant und Prioritäten gesetzt werden. Um die Landespolitik hierbei zu unterstützen, erstellt das IFO INSTITUT im Auftrag des SÄCHSISCHEN STAATSMINISTERIUMS DER FINANZEN regelmäßig eine Projektionsrechnung für die langfristige Einnahmeentwicklung im Freistaat Sachsen. Die Ordentlichen Einnahmen abzüglich der Zuführungen aus der Auflösung von Rücklagen (Bereinigte Einnahmen) bewegen sich in der aktuellen Projektion im Bereich der Projektionsrechnung vom Mai 2014. Bis zum Jahr 2025 muss von einem Einnahmerückgang gegenüber dem Basisjahr 2014 um rd. 12 % ausgegangen werden, insbesondere aufgrund des Auslaufens der Transfers von Bund und EU und der ungünstigen demographischen Entwicklung.

Projektionsergebnisse des Basisszenarios

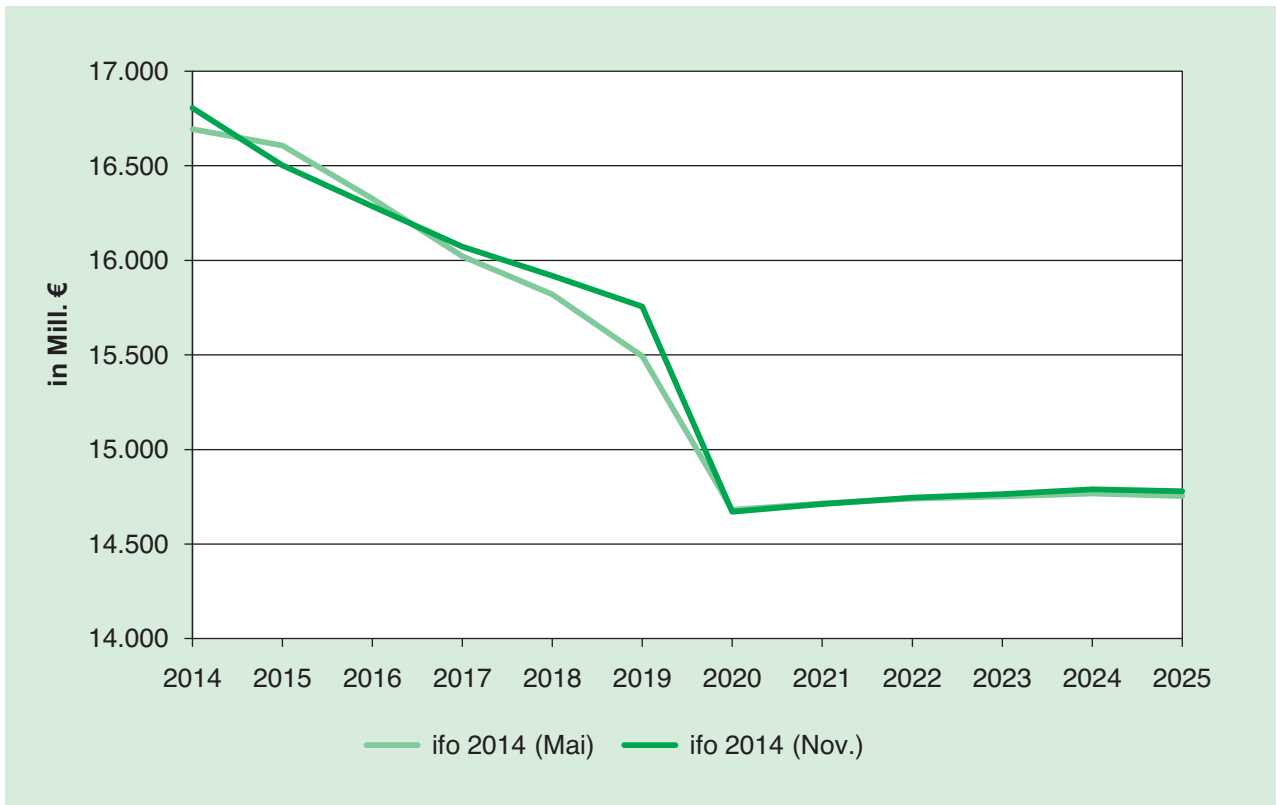
Im Basisszenario werden vom Jahr 2014 bis zum Jahr 2019 die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung (November 2014) des Freistaates Sachsen [SMF (2014)] für die Projektion der Einnahmen übernommen. Die langfristige Entwicklung der Landeseinnahmen bis zum Jahr 2025 basiert auf eigenen Abschätzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands mithilfe eines produktionstheoretischen Modells.¹ Diese ist für die Fortschreibung der Einnahmen aufgrund der Ausgleichsmechanismen im bundesstaatlichen Finanzausgleich von besonderer Relevanz. Daraus ergibt sich ein durchschnittliches, reales Wirtschaftswachstum von rd. 1,0 % p. a. bis zum Jahr 2025. Die im November berechneten Einnahmen für das Jahr 2014 fielen etwas höher aus als die Ergebnisse der vorangegangenen Projektion (auf Basis der Steuerschätzung im Mai). Die Entwicklung der Bereinigten Einnahmen im Projektionszeitraum wird basierend auf den Steuerschätzungen vom Mai 2014 und vom November 2014 in Abbildung 1 dargestellt.

Während sich bis zum Jahr 2019 leichte Unterschiede in den beiden Projektionsrechnungen ergeben, haben die Kurven zum Ende des Projektionszeitraums einen ähnlichen Verlauf: Die Einnahmen werden nach der aktuellen Projektionsrechnung im Jahr 2025 lediglich rd. 30 Mill. € über den Werten der Mai-Projektion liegen. Der Wachstumspfad, auf dem die langfristigen Einnahmen ab dem Jahr 2020 basieren, bleibt trotz einer leicht optimistischeren Abschätzung der gesamtdeutschen Wirtschaftsentwicklung durch die Revision der Erwerbstätigenzahlen unverändert. Bis zum Jahr 2020 dominiert die Degression der Korb-I- und Korb-II-Mittel die Einnahmeentwicklung. Mit dem vollständigen Entfallen dieser Mittel gewinnt der Einfluss der Steuereinnahmen spürbar an Bedeutung. Durch die mit dem Wirtschaftswachstum einhergehenden Steuer Mehreinnahmen steigen die Bereinigten Einnahmen ab dem Jahr 2020 wieder leicht an. Es muss jedoch auch weiterhin von einem deutlichen Rückgang der realen Einnahmen des Freistaates Sachsen bis zum Ende des Projektionszeitraums ausgegangen werden. Bis zum Jahr 2025 werden die Bereinigten Einnahmen, ausgehend von 16,8 Mrd. € im Jahr 2014, auf 14,8 Mrd. € zurückgehen. Somit werden sich die Einnahmen im sächsischen Landeshaushalt bis zum Ende des Projektionszeitraumes (preisbereinigt) um rd. 12 % verringern.

Die vorgestellten Ergebnisse wurden in preisbereinigten, d. h. realen, Größen angegeben, um die Einnahmen verschiedener Jahre miteinander vergleichbar zu machen. Allerdings stehen einige Einnahmekomponenten ihrer nominalen Höhe nach für die kommenden Jahre bereits fest (z. B. Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 FAG). Um den Einfluss der Inflation auf die Entwicklung der realen Einnahmen darzustellen, werden daher im folgenden Abschnitt die nominalen Werte, d. h. zu Preisen des jeweiligen Jahres, ausgewiesen.² Dadurch fällt die Entwicklung der Einnahmen bis zum Jahr 2025 positiver als in realen Größen aus (vgl. Abb. 2). Im Gegensatz zu den realen Werten, bei denen bis zum Jahr 2025 ein Rückgang um rd. 12 % projiziert wird, er-

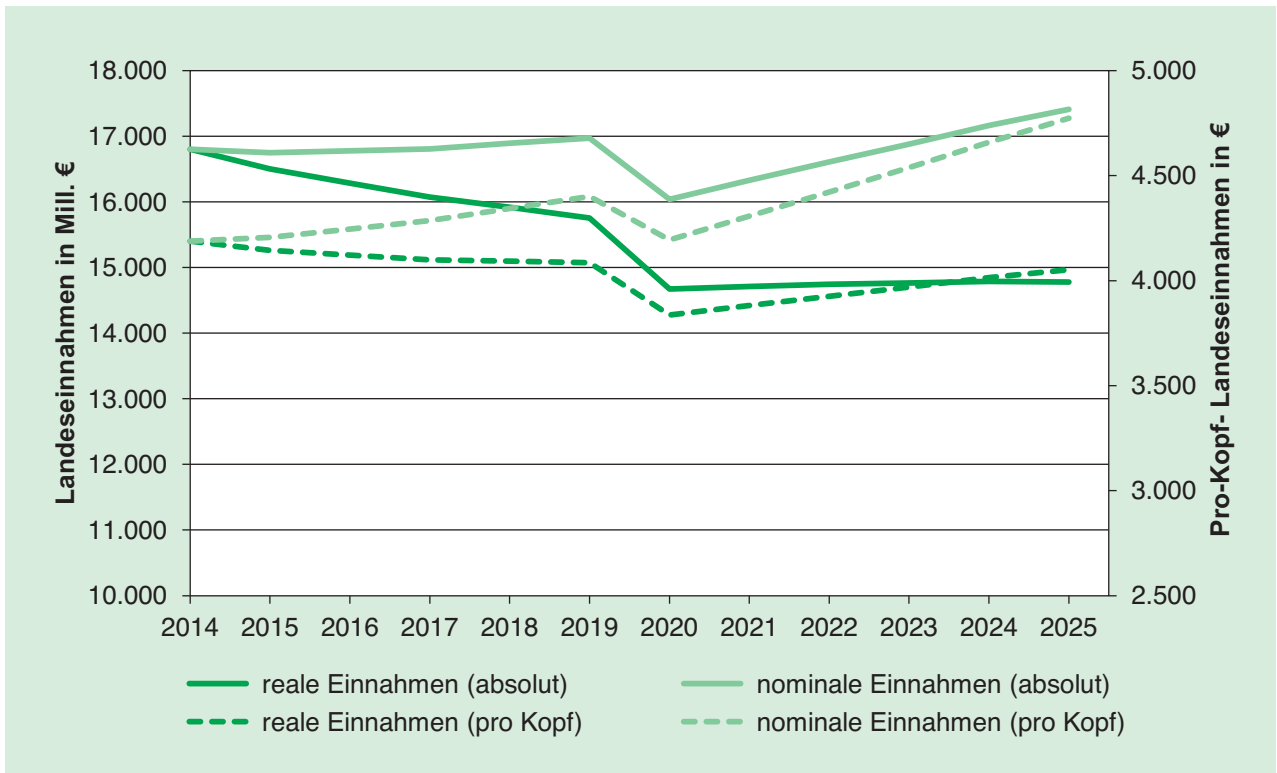
* Alexander Eck, Carolin Fritzsche und Johannes Steinbrecher sind Doktoranden der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Entwicklung der Bereinigten Einnahmen des Freistaates Sachsen (preisbereinigt, Basisjahr 2014)



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 2: Entwicklung der Bereinigten Einnahmen des Freistaates Sachsen in realen und nominalen Werten (Basisjahr 2014)



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

gibt sich für die nominalen Einnahmen sogar eine Erhöhung um 4 %. Zudem werden die realen und nominalen absoluten Gesamteinnahmen den Pro-Kopf-Größen gegenübergestellt.³ Die Unterschiede sind auch in den Pro-Kopf-Werten zu erkennen. In Bezug auf die realen Größen wird ein leichter Rückgang der Pro-Kopf-Einnahmen bis zum Jahr 2025 projiziert. Durch die enge Pro-Kopf-Orientierung der Zuweisungen im bundesstaatlichen Finanzausgleich sowie die sinkende Einwohnerzahl im Freistaat Sachsen fällt dieser Rückgang geringer aus als in absoluten Zahlen. Aus den nominalen Gesamteinnahmen lassen sich sowohl steigende absolute als auch Pro-Kopf-Einnahmen bis zum Ende des Projektionszeitraums ableiten.

Einflussfaktoren der Einnahmeentwicklung

Die wesentlichen Einflussfaktoren auf die langfristige Entwicklung der Landeseinnahmen werden in Abbildung 3 dargestellt.

Für den Rückgang der Bereinigten Einnahmen um rd. 1,8 Mrd. € ist vornehmlich der negative Osttransfereffekt verantwortlich. Die ostspezifischen Transfers unterliegen einer starken Degression und laufen bis zum Jahr 2020

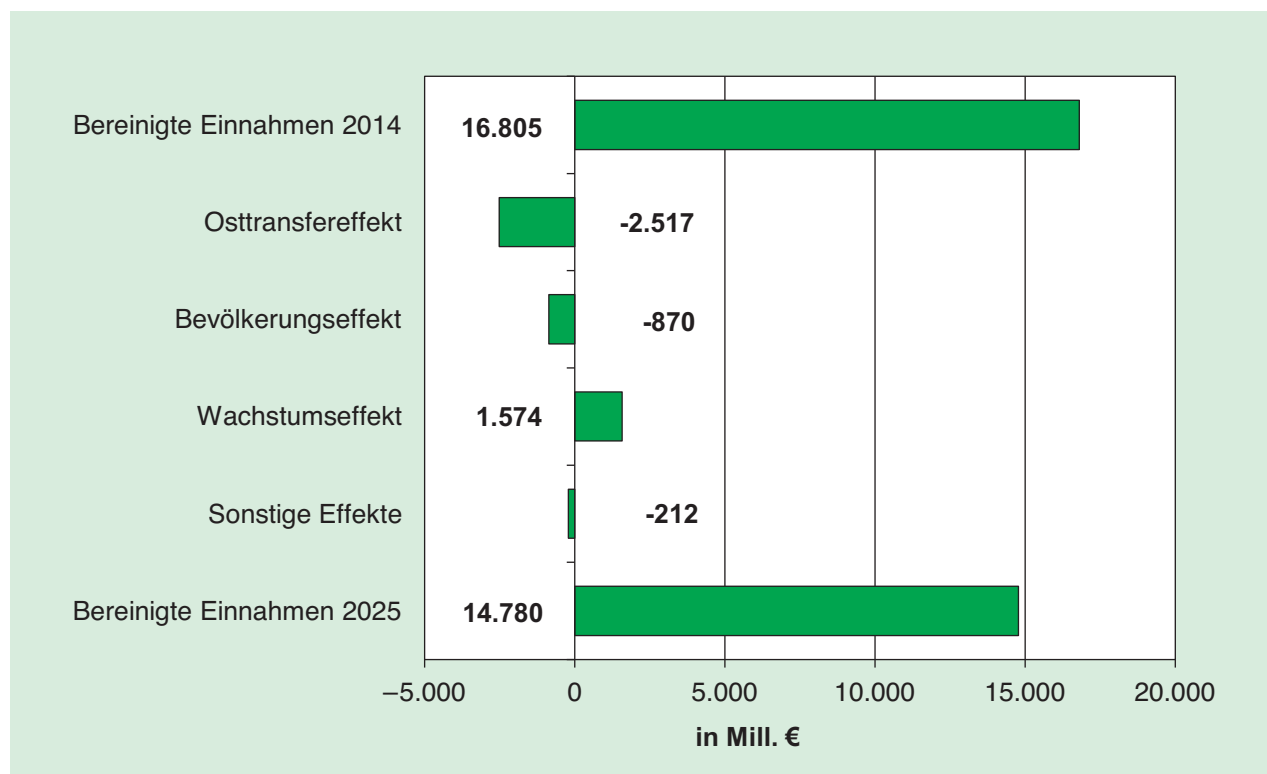
vollständig aus. Damit fehlt für den Landeshaushalt im Jahr 2025 deren gesamtes gegenwärtiges Volumen von rd. 2,5 Mrd. €. Außerdem wirkt sich der Bevölkerungseffekt negativ auf die Einnahmen bis zum Ende des Projektionszeitraumes aus: Die Pro-Kopf-Nivellierung der Landeseinnahmen im bundesstaatlichen Finanzausgleich führt dazu, dass die Mittel des Freistaats bis zum Jahr 2025 durch den überdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang um rd. 870 Mill. € zurückgehen. Die sonstigen Effekte, welche überwiegend aus der realen Entwertung (Kaufkraftbereinigung infolge der Inflation) nominal fixierter Zahlungsströme resultieren, führen zu weiteren geringfügigen Rückgängen bei den Landeseinnahmen.

Diesen Entwicklungen wirkt der positive Effekt durch das gesamtdeutsche Wirtschaftswachstum mit den damit einhergehenden steigenden Steuereinnahmen entgegen (Wachstumseffekt). Der Wachstumseffekt trägt bis zum Jahr 2025 mit rd. 1,6 Mrd. € zu den Einnahmen bei.

Sensitivitätsanalyse

Die vorgestellten Ergebnisse sind im hohen Maße von den getroffenen Annahmen zur wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung abhängig. Zudem können Maß-

Abbildung 3: Einflussfaktoren der Einnahmeentwicklung (preisbereinigt, Basisjahr 2014)



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

nahmen der politischen Entscheidungsträger das Wirtschaftswachstum oder die Verteilung der Finanzmittel beeinflussen. Um diesen Unsicherheiten Rechnung zu tragen, wird im Folgenden die Robustheit der Ergebnisse anhand verschiedener Szenarien untersucht.

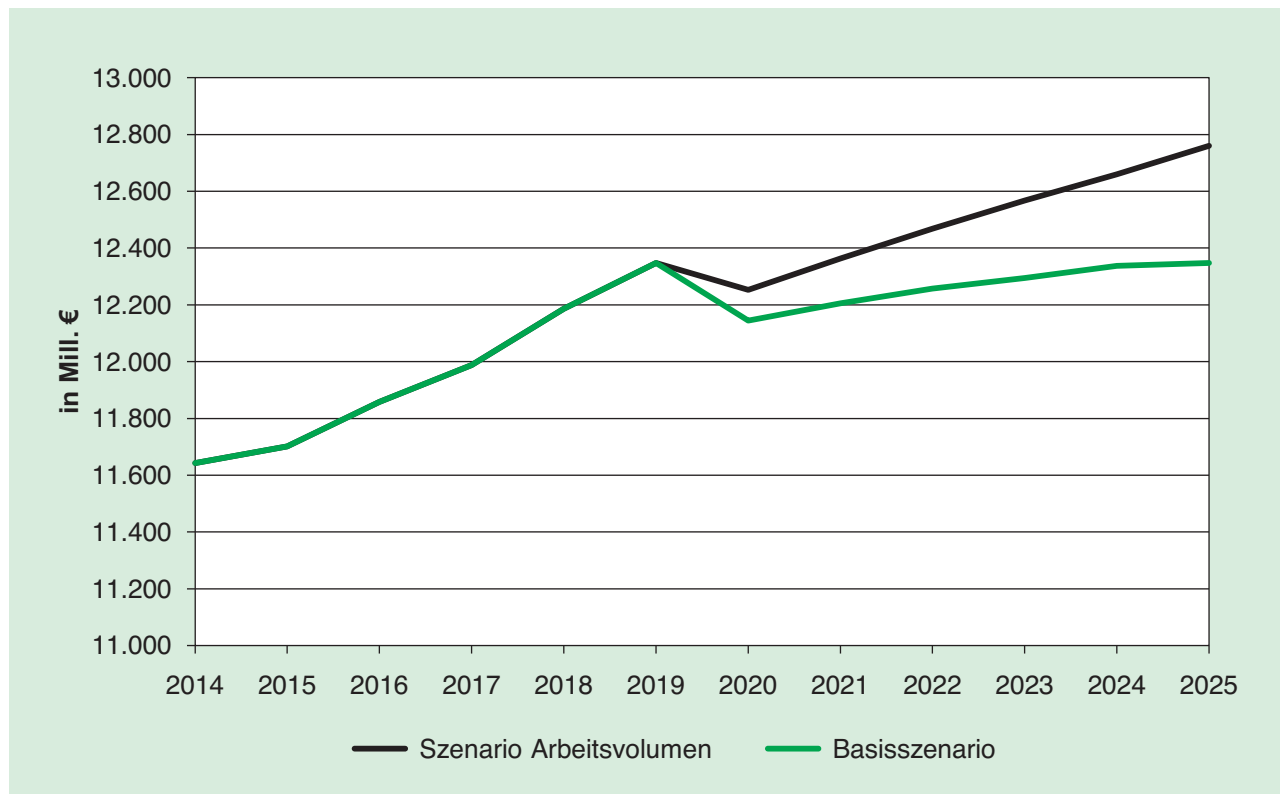
In einem ersten Szenario werden die Annahmen zur Entwicklung des bundesdeutschen Arbeitsvolumens verändert. Für das Basisszenario wurde ein Rückgang des Arbeitsvolumens projiziert, der langfristig im Vergleich zum Jahr 2014 zu niedrigerem Wachstum und damit zu geringeren Steuereinnahmen führt. Dies ist nur der Fall, wenn es keine anderen als die unterstellten politischen Maßnahmen oder Verhaltensänderungen der Wirtschaftsteilnehmer geben wird (z. B. die Erhöhung der Erwerbstätigenquote älterer und jüngerer Menschen oder die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029), die das Arbeitsvolumen potenziell beeinflussen können. Dem gegenüber ist auch eine höhere Zuwanderung von Arbeitskräften oder eine noch höhere Erwerbstätigenquote von älteren Arbeitnehmern oder Frauen denkbar. Um nachzuvollziehen, inwiefern das Arbeitsvolumen über das Wirtschaftswachstum auf die Einnahmen wirkt, wird nun ein stabiles Arbeitsvolumen bis zum Jahr 2025 angenommen, was sich unmittelbar

positiv auf das bundesdeutsche Wirtschaftswachstum auswirkt: Das Produktionspotenzial würde mit den neuen Annahmen jährlich um 1,3 % wachsen (im Gegensatz zu durchschnittlich 1,0 % im Basisszenario). Die Auswirkungen, die sich für das erweiterte Steueraufkommen und für die Bereinigten Einnahmen ergeben, werden in Abbildung 4 und Abbildung 5 dargestellt. Die Werte für die Jahre bis 2019 werden wiederum der Steuerschätzung des Freistaates Sachsen von November 2014 entnommen.

Das erweiterte Steueraufkommen entwickelt sich unter den geänderten Annahmen im Projektionszeitraum deutlich positiver als im Basisszenario. Das höhere Potenzialwachstum führt dazu, dass der Bevölkerungsrückgang und die reale Entwertung überkompensiert werden können. Die realen Bereinigten Einnahmen bleiben im Gegensatz zum Basisszenario ab dem Jahr 2020 nicht in etwa konstant, sondern steigen bis zum Ende des Projektionszeitraums. In Pro-Kopf-Größen würden die Bereinigten Einnahmen im Jahr 2025 sogar ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2014 liegen.

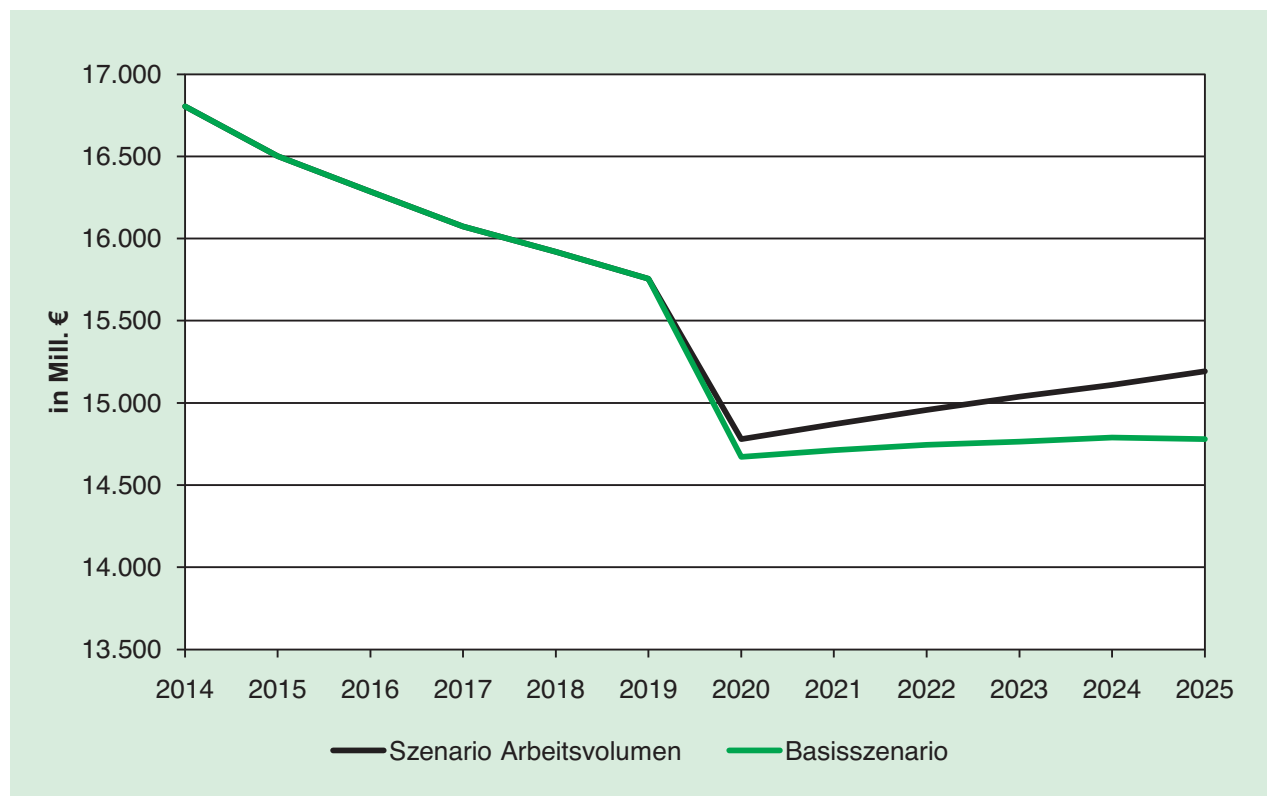
Im zweiten Szenario wird die Unsicherheit bezüglich der weiteren Bevölkerungsentwicklung in Sachsen betrachtet und damit die Auswirkung der Pro-Kopf-Orientierung der Zuweisungen aus dem bundesstaatlichen

Abbildung 4: Entwicklung des erweiterten Steueraufkommens im Freistaat Sachsen im Basisszenario und im Szenario mit stabilem Arbeitsvolumen (preisbereinigt, Basisjahr 2014)



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 5: Entwicklung der Bereinigten Einnahmen im Freistaat Sachsen im Basisszenario und im Szenario mit stabilem Arbeitsvolumen (preisbereinigt, Basisjahr 2014)



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Finanzausgleich verdeutlicht. Zwar wird auch in diesem Szenario ein Rückgang der Bevölkerungszahl unterstellt, jedoch auf unterschiedlichen Niveaus: Es wird zum einen davon ausgegangen, dass ab dem Jahr 2014 die Einwohnerzahl um 5.000 Einwohner pro Jahr weniger absinkt als im Basisszenario. Zum anderen wird angenommen, dass noch mehr Einwohner aus Sachsen abwandern bzw. weniger zuwandern, wodurch Sachsen 5.000 Einwohner pro Jahr mehr verliert als im Basisszenario. Die Konsequenzen dieser veränderten Annahmen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung auf das erweiterte Steueraufkommen und auf die Bereinigten Einnahmen sind in Abbildung 6 und Abbildung 7 dargestellt.

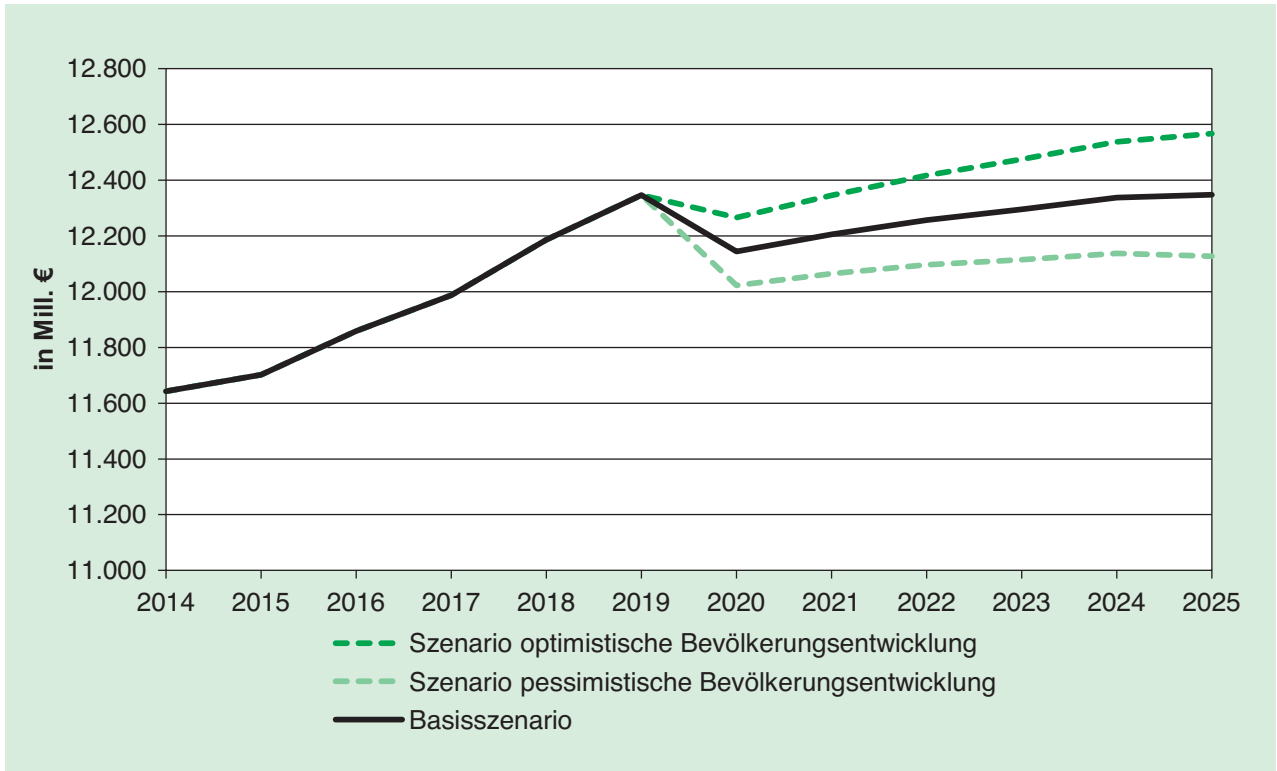
Im Falle einer optimistischeren Bevölkerungsentwicklung könnten sich bis zum Ende des Projektionszeitraums Mehreinnahmen gegenüber dem Basisszenario i. H. v. 220 Mill. € ergeben. Bei pessimistischeren Annahmen verläuft die Entwicklung spiegelbildlich: Das erweiterte Steueraufkommen würde am Ende des Projektionszeitraums rd. 220 Mill. € unter dem Wert des Basisszenarios liegen. Der geringere bzw. höhere Bevölkerungsrückgang führt zu erhöhten bzw. niedrigeren Zuweisungen im bundesstaatlichen Finanzausgleich.

Bei einer optimistischeren Bevölkerungsentwicklung würden die Bereinigten Einnahmen nach dem Jahr 2020 stetig anwachsen. Hingegen ist bei einem stärkeren Bevölkerungsrückgang ab dem Jahr 2024 mit leicht sinkenden Bereinigten Einnahmen zu rechnen. Nichtsdestoweniger hat der Einnahmerückgang infolge des Auslaufens verschiedener Transfers vom Bund über den gesamten Projektionszeitraum den größeren Einfluss.

Fazit

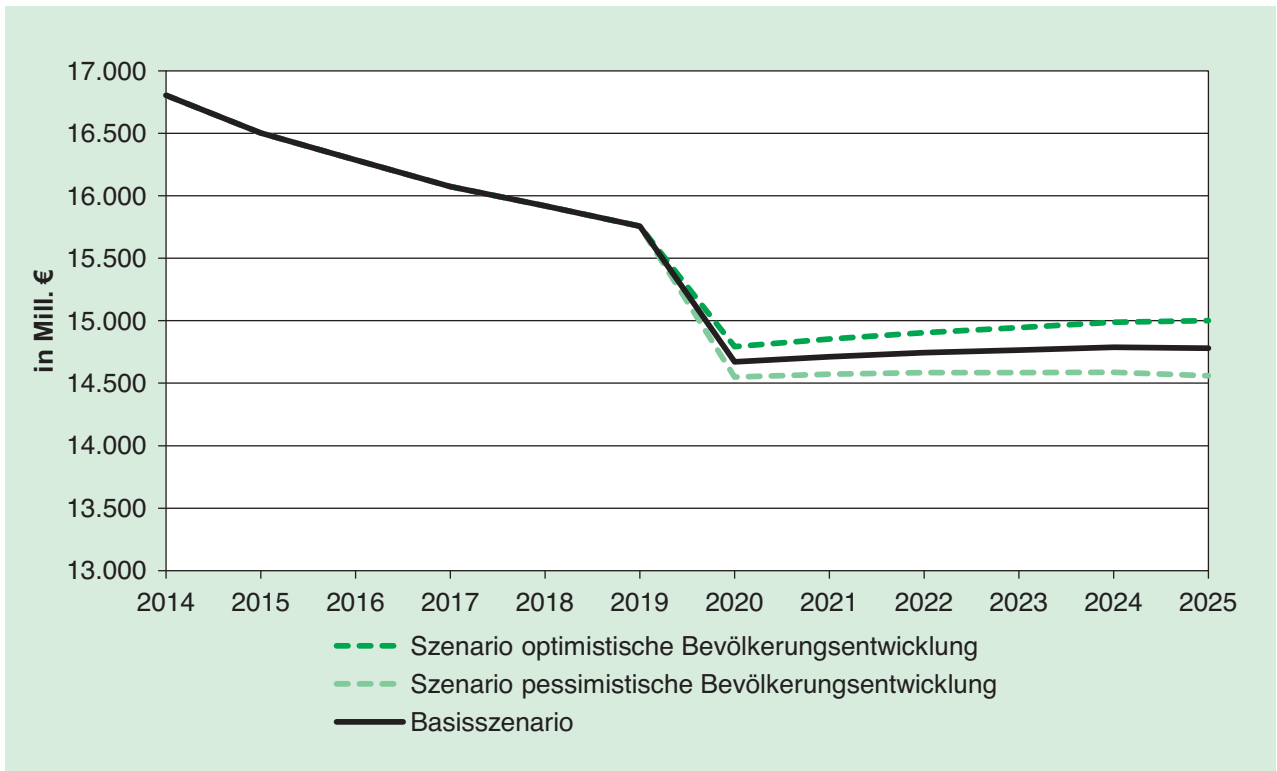
Auch nach der aktuellen Projektion ändert sich der allgemeine Trend nicht: Sachsen muss sich auf deutliche Einnahmerückgänge bis zum Jahr 2025 einstellen. Die aktuelle Projektionsrechnung geht von einer Verringerung des sächsischen Landeshaushalts um real rd. 12 % bis zum Jahr 2025 aus. Insbesondere das Auslaufen der (ostspezifischen) Transferzahlungen und der demographische Wandel führen zu sinkenden Einnahmen. Auch unter optimistischeren Annahmen können absolut gesehen die Einnahmerückgänge bis zum Ende des Projektionszeitraums nicht vollständig kompensiert werden.

Abbildung 6: Entwicklung des erweiterten Steueraufkommens im Freistaat Sachsen im Basisszenario und in Szenarien mit alternativer Bevölkerungsentwicklung (preisbereinigt, Basisjahr 2014)



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 7: Entwicklung der Bereinigten Einnahmen im Freistaat Sachsen im Basisszenario und in Szenarien mit alternativer Bevölkerungsentwicklung (preisbereinigt, Basisjahr 2014)



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Referenzen

SMF – SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.) (2014): Ergebnisse der Steuerschätzung November 2014 des Freistaates Sachsen, mimeo.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2010): 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014a): Fachserie 1 Reihe 2.1.1, Mikrozensus, abgerufen am 19.12.2014.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014b): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes, Generische Tabelle auf www.destatis.de, abgerufen am 19.12.2014.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2014): 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025, Kamenz.

¹ Das Wachstum des Produktionspotenzials wird auf Basis der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 1) [STATISTISCHES BUNDESAMT (2010)], der Erwerbstätigenquoten [STATISTISCHES BUNDESAMT (2014a)] und der durchschnittlich geleisteten Jahresarbeitsstunden [STATISTISCHES BUNDESAMT (2014b)] ermittelt.

² Es wird eine Inflationsrate von 1,5% angenommen.

³ Die Berechnung basiert auf der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen (Variante 2) [STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2014)].

Mindestlohn in Ostdeutschland: Firmen planen Preiserhöhungen und Personalabbau

Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Michael Weber*

Am 1. Januar 2015 wurde in Deutschland ein allgemeiner, flächendeckender Mindestlohn in Höhe von 8,50 € je Zeitstunde eingeführt (vgl. Tarifautonomiestärkungsgesetz). Ex-ante Simulationsrechnungen, zum Beispiel von KNABE et al. (2014a,b), zeigen, dass der Mindestlohn regional unterschiedliche, zum Teil aber erhebliche negative Beschäftigungseffekte auslösen dürfte.

Um sowohl die Betroffenheit der Unternehmen vom Mindestlohn als auch ihre Antwortreaktionen auf die Einführung desselben besser einschätzen zu können, hat das IFO INSTITUT im November 2014 in seine monatliche Konjunkturbefragung zwei Sonderfragen zum Mindestlohn integriert. Die befragten Unternehmen sollten zunächst ihre Betroffenheit durch den flächendeckenden Mindestlohn einschätzen. Die Frage lautete: „Zum 1. Januar 2015 wird der flächendeckende Mindestlohn eingeführt. Ist Ihr Unternehmen von dieser Regelung betroffen?“ Sofern ein Unternehmen sich als betroffen einstuft, wurde es zusätzlich nach geplanten Maßnahmen als Reaktion auf die Einführung des Mindestlohns gefragt. Die Frage lautete hier: „Wenn ja, mit welchen Maßnahmen werden Sie voraussichtlich auf den Mindestlohn reagieren?“ Mehrfachnennungen waren möglich. Erste Ergebnisse der Befragung für Deutschland insgesamt wurden bereits von ERTHLE et al. (2014) vorgestellt. Dieser Blickpunkt vergleicht nun die Ergebnisse für Ost- und Westdeutschland.

Insgesamt zeigt sich eine prozentual deutlich stärkere Betroffenheit ostdeutscher Unternehmen (43 %) im Vergleich zu ihren westdeutschen Pendanten (24 %) (vgl. Abb. 1). Dies ist nicht verwunderlich, da das allgemeine Lohnniveau in Ostdeutschland niedriger liegt und deswegen ein einheitlicher Mindestlohn eine größere Zahl an Beschäftigten betrifft. Unterscheidet man die einzelnen Wirtschaftsbereiche, stellt sich die größte Betroffenheitsquote bei den Unternehmen des Einzelhandels ein. Insgesamt betrachten sich nahezu zwei von drei ostdeutschen Einzelhändlern und knapp jeder zweite westdeutsche Einzelhändler als vom Mindestlohn betroffen. Die geringste Betroffenheitsquote ist im Verarbeitenden Gewerbe zu beobachten. Zwei von fünf ostdeutschen und eins von fünf westdeutschen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes meldeten hier eine Betroffenheit durch den Mindestlohn an. Auch die unterschiedliche sektorale Betroffenheit ist auf Unterschiede im jeweiligen Lohnniveau zurückzuführen: In

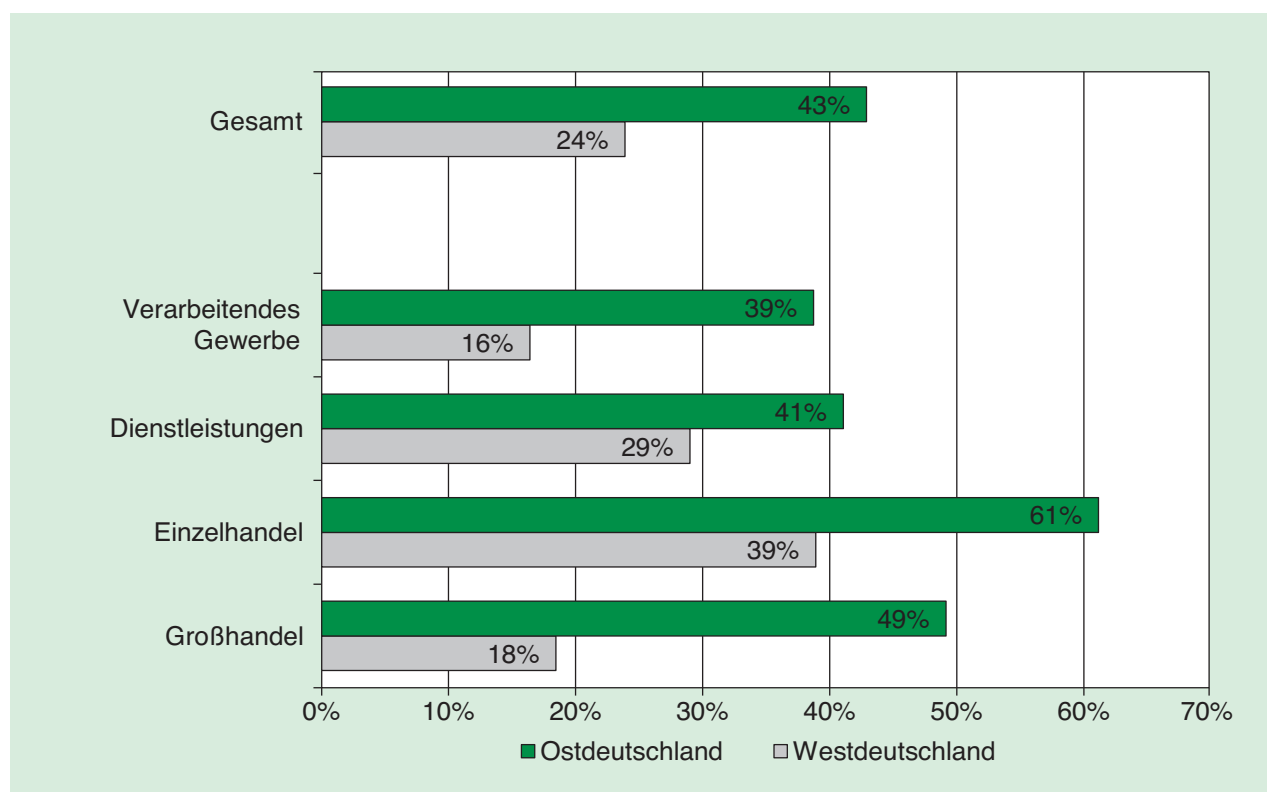
den Dienstleistungsbranchen und insbesondere im Einzelhandel ist das mittlere Lohnniveau deutlich niedriger als im Verarbeitenden Gewerbe. Zudem sind in den Dienstleistungsbereichen geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse häufiger anzutreffen. Die Anhebung des Bruttostundenlohns auf 8,50 € hat zur Folge, dass die monatliche Arbeitszeit in diesen Beschäftigungsverhältnissen implizit auf 53 Stunden beschränkt wird [vgl. HENZEL und ENGELHARDT (2014)], was von den betroffenen Unternehmen häufig eine Umdisponierung im Mitarbeiterinsatz verlangt.

In Ostdeutschland planen knapp 40 % der betroffenen Unternehmen, den mindestlohnbedingten Kostendruck durch Preiserhöhungen abzumildern (vgl. Abb. 2). Fast jedes dritte Unternehmen will versuchen, die steigenden Stundenlohnkosten durch Kürzungen bei Sonderzahlungen auszugleichen, und mehr als jedes Vierte zieht einen Personalabbau in Erwägung. Etwa jedes fünfte betroffene ostdeutsche Unternehmen will seine Investitionen oder aber die Arbeitszeit seiner Beschäftigten verkürzen. Knapp 10 % der Unternehmen planen sonstige Maßnahmen. Nur ein Drittel der vom Mindestlohn betroffenen Unternehmen in Ostdeutschland hat in der Befragung angegeben, keine Maßnahmen ergreifen zu wollen. Sofern keine Maßnahmen ergriffen werden, müssen die Unternehmen aufgrund der gestiegenen Personalkosten tendenziell geringere Gewinne in Kauf nehmen.

In Westdeutschland ist der Anteil der betroffenen Unternehmen, die keine Maßnahmen ergreifen wollen, mit 46 % deutlich höher als in Ostdeutschland. Dieser Unterschied kommt wahrscheinlich dadurch zustande, dass westdeutsche Unternehmen, die vom Mindestlohn betroffen sind, im Durchschnitt ihre Löhne nicht ganz so stark anheben müssen wie die ostdeutschen Unternehmen, um das Lohnniveau von 8,50 € je Zeitstunde zu erreichen. Entsprechend sind auch die Anteile der Unternehmen geringer, die bestimmte Maßnahmen in Reaktion auf die Einführung des Mindestlohns ergreifen wollen. So wurden die Maßnahmen Preiserhöhung, Kürzung von Sonderzahlungen und Personalabbau jeweils von etwa

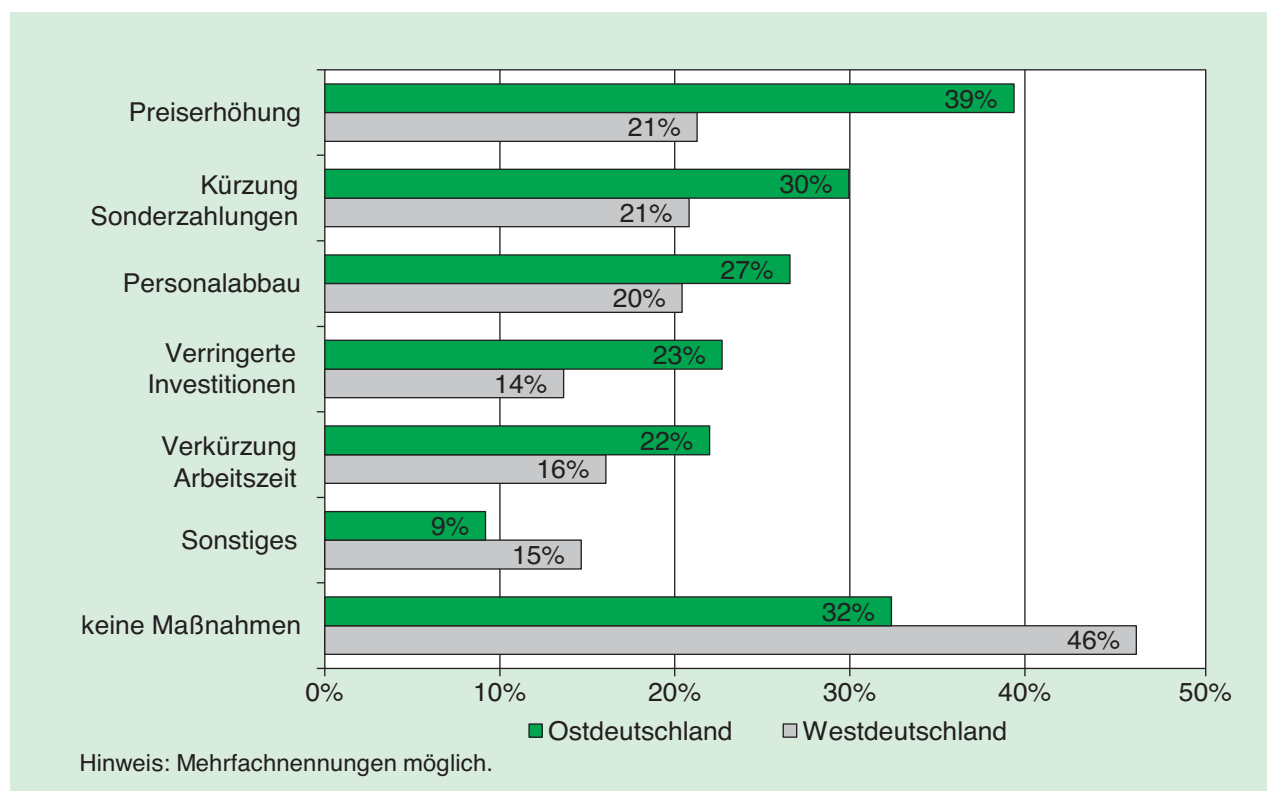
* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. Robert Lehmann und Michael Weber sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts im Bereich Konjunktur und Wachstum.

Abbildung 1: Vom Mindestlohn betroffene Unternehmen



Quellen: Erthle et al. (2014), ifo Konjunkturtest.

Abbildung 2: Geplante Maßnahmen der vom Mindestlohn betroffenen Unternehmen, getrennt nach Ostdeutschland und Westdeutschland



Quellen: ifo Konjunkturtest.

einem Fünftel der vom Mindestlohn betroffenen westdeutschen Unternehmen als wahrscheinliche Reaktionen genannt. Etwa 16 % wollen die Arbeitszeit und knapp 14 % ihre Investitionen kürzen.

Eine tiefergehende Analyse nach Wirtschaftsbereichen ist für die Regionen Ost- und Westdeutschland aus statistischen Gründen nicht möglich. Für eine gesamtdeutsche Betrachtung sei auf den Bericht von ERTLHLE et al. (2014) verwiesen.

Literatur

- ERTHLE, C., WOHLRABE, K. und P. WOJCIECHOWSKI (2014): Der flächendeckende Mindestlohn und die Reaktion der Unternehmen – Ergebnisse einer Sonderumfrage im ifo Konjunkturtest. In: ifo Schnelldienst 23/2014; S. 50–52.
- HENZEL, S. R. und K. ENGELHARDT (2014): Arbeitsmarkteffekte des flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland – eine Sensitivitätsanalyse. In: ifo Schnelldienst 10/2014; S. 23–29.
- KNABE, A., LÜCKE, C., SCHÖB, R., THUM, M., VANDREI, L. und M. WEBER (2014a): Regionale Beschäftigungseffekte des Mindestlohns im Freistaat Sachsen. In: ifo Dresden berichtet 5/2014; S. 3–12.
- KNABE, A., SCHÖB, R. und M. THUM (2014b): Der flächendeckende Mindestlohn. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 15 (2); S. 133–157.

Hoch gepokert, hoch verschuldet: Kurzfristige Fremdwährungskredite der Kommunen in Deutschland

Felix Rösel*

Das Mitte Januar 2015 von der Schweizerischen Nationalbank verkündete Ende der Wechselkursuntergrenze des Franken gegenüber dem Euro sorgte nicht nur an den internationalen Finanzmärkten für Turbulenzen. Auch in deutschen Rathäusern läuteten die Alarmglocken. Gelockt von möglichen Zinsvorteilen hatten einige Kommunen in den vergangenen Jahren verstärkt auf Kredite in Fremdwährungen gesetzt, oftmals in Schweizer Franken. So nahm beispielsweise die Stadt Essen zu Beginn der 2000er-Jahre Kredite in Franken bei einem Wechselkurs von 1,50 Franken für 1 Euro auf [vgl. BURGER und SOLDT (2015)]. Auf Absicherungsgeschäfte¹ wurde bewusst verzichtet, um den maximalen Zinsvorteil zu nutzen [vgl. KOWALEWSKY und RINKE (2015)]. Nach der plötzlichen Aufhebung des Mindestkurses des Franken reduzierte sich das Tauschverhältnis von Franken in Euro jedoch auf nunmehr etwa 1:1, die Rückzahlung der Frankenkredite verteuerte sich quasi über Nacht erheblich. Die hierdurch entstandenen Verluste werden allein für Kommunen in Nordrhein-Westfalen auf 400 Mill. € beziffert [vgl. KOWALEWSKY und RINKE (2015)]. Generell besteht die besondere Problematik von Fremdwährungskrediten jedoch nicht nur in den momentan zu verbuchenden Verlusten. Kredite in Russischem Rubel hätten in den vergangenen Monaten beispielsweise zu erheblichen Gewinnen geführt. Problematisch ist vielmehr der spekulative Charakter bzw. das mit Krediten in ausländischer Währung verbundene und im Bereich öffentlicher Finanzen zumeist unerwünschte Risiko, das durch niedrige Zinsen verdeckt wird und erst im Falle von Schocks zu Tage tritt.

In diesem Beitrag werden Umfang und regionale Verteilung kommunaler Kassenkredite in Fremdwährung näher untersucht. Kassenkredite als regelmäßig kurzfristig zu erneuernde Kredite bergen gegenüber längerfristigen Finanzierungsformen die besondere Problematik einer direkten Kassenwirksamkeit möglicher Verluste. Es wird gezeigt, dass sich Kassenkredite in ausländischer Währung in Deutschland sehr stark regional konzentrieren: Kredite im Umfang von über 1 Mrd. € und damit rund Dreiviertel aller kurzfristigen Fremdwährungskredite in Deutschland entfallen auf 16 Kommunen im Ruhrgebiet. Diese Gemeinden gehören zugleich zu den am höchsten verschuldeten Kommunen Nordrhein-Westfalens. Erklärt werden kann dies über einen

fatalen Zusammenhang von aussichtloser Finanzlage und zunehmender Risikobereitschaft („Gambling for Resurrection“).

Fremdwährungskredite – ein Ruhrgebiet-Phänomen

Zunächst soll die regionale Verteilung von kurzfristigen Fremdwährungskrediten näher dargestellt werden. Abbildung 1 zeigt das Gesamtvolumen der in Fremdwährung aufgenommenen Kassenkredite deutscher Kommunen insgesamt und nach Ländern zum 31.12.2013. Lediglich in fünf von dreizehn Flächenländern bestanden zu diesem Stichtag kommunale Kassenkredite in ausländischer Währung. Gemessen am Gesamtvolumen der Kassenkredite haben in Brandenburg und Rheinland-Pfalz Fremdwährungskredite zudem nur eine nachrangige Bedeutung. Ihr Anteil beläuft sich auf 0,7 % bzw. 0,3 % aller kommunalen Kassenkredite. Einen höheren Anteil weisen die Kommunen in Hessen (2,7 %) und Niedersachsen (2,3 %) aus. Insgesamt umfassen die vier genannten Länder jedoch zusammen weniger als 20 % aller kommunalen Fremdwährungskredite. Der mit Abstand größte Teil aller Kassenkredite in Fremdwährung entfällt auf Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Hier ist zudem der Finanzierungsanteil durch Fremdwährungskassenkredite am höchsten: Rund 5 % aller Kassenkredite nordrhein-westfälischer Kommunen wurden nicht in Euro, sondern in Fremdwährung aufgenommen.

Die spezifische Konzentration auf Nordrhein-Westfalen kann unter anderem mit der unterschiedlichen Haltung der Länder zu kommunalen Fremdwährungskrediten erklärt werden. Noch im Sommer 2014 bezeichnete die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen Fremdwährungskredite als „taugliche Finanzierungsinstrumente“², deren Einsatz im Ermessen der Kommunen stünde. Deutlich kritischer war damals bereits die Haltung anderer Landesregierungen. Das Niedersächsische Innenministerium riet den Kommunen des Landes in einem Runderlass, „[v]on Krediten in fremder Währung [...] möglichst Abstand zu nehmen“³. Im Ausnahmefall sei

* Felix Rösel ist Doktorand der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

jedoch bei gleichzeitiger Risikovorsorge die Aufnahme von Fremdwährungskrediten möglich. Auch im Saarland, deren Kommunen im Durchschnitt den höchsten Kassenkreditstand je Einwohner aller Länder aufweisen, wären nicht auf Euro lautende Kredite zwar zulässig, „werden aber nicht gern gesehen“ [VÖB (2006)]. Auch in den übrigen Flächenländern stehen die Landesbehörden kommunalen Fremdwährungskrediten regelmäßig skeptisch gegenüber, wenngleich Kassenkredite in Fremdwährung nicht ausdrücklich untersagt sind und keiner Genehmigung durch die Kommunalaufsicht bedürfen. Mitunter wird jedoch zumindest eine hinreichende Absicherung derartiger Kontrakte verlangt.⁴

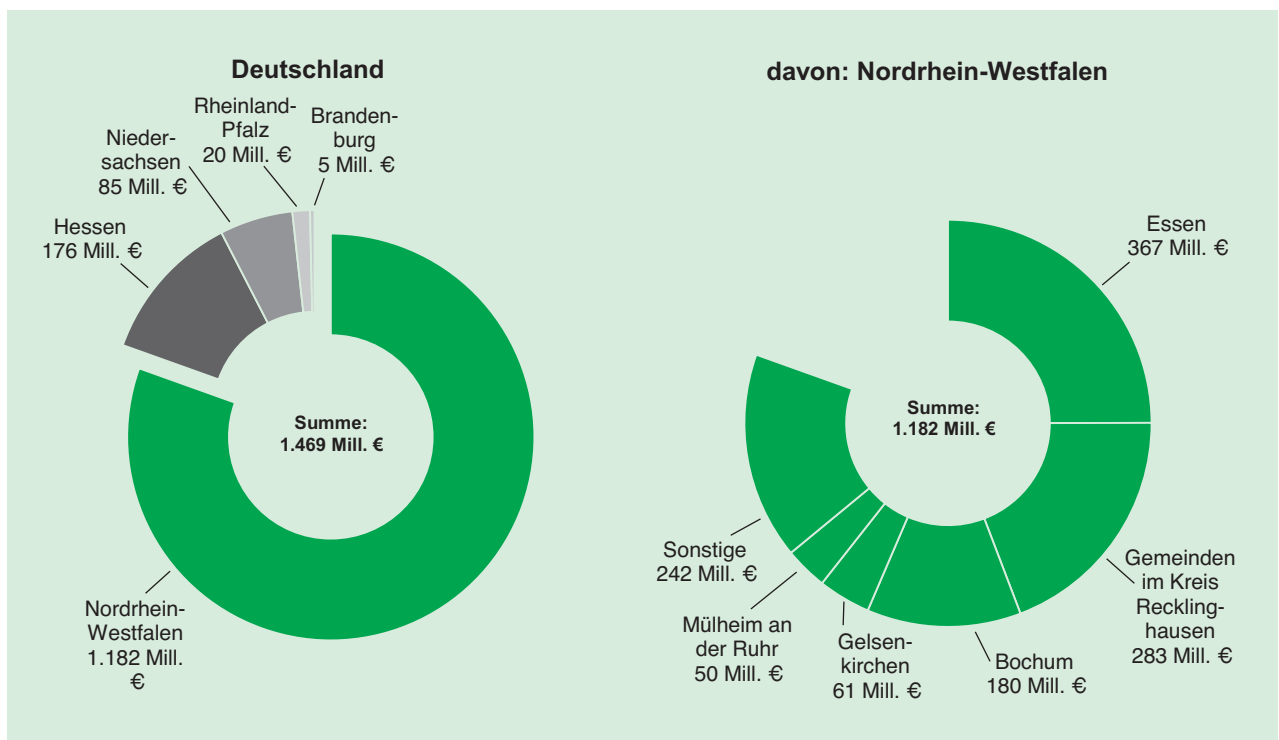
Kassenkredite in ausländischer Währung konzentrieren sich jedoch nicht nur auf Nordrhein-Westfalen, sondern sind auch innerhalb dieses Landes ein regional sehr eng begrenztes Phänomen. 16 von 19 Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit Fremdwährungskrediten sind Städte und Gemeinden des Ruhrgebietes. Betroffen ist insbesondere der Kreis Recklinghausen sowie die angrenzenden kreisfreien Städte (vgl. Abb. 1, rechte Grafik sowie Karte in Abb. 2). Auf diese Kommunen entfallen mehr als 1 Mrd. € oder 74 % aller kommunalen Kassenkredite in Fremdwährung in Deutschland. Die auffällige Konzentration auf Städte eines bestimmten Landkreises bzw. die angrenzenden kreisfreien Städte deutet auch auf problematische politökonomische Konstellationen im

Bereich der Kommunalaufsicht hin. Gerade bei der Entwicklung der Kassenkredite in Nordrhein-Westfalen spielte in den vergangenen Jahren die Parteizugehörigkeit von Bürgermeistern und Landräten als Kommunalaufsichtsbehörden eine wesentliche Rolle [vgl. RÖSEL (2014)].

Nichts mehr zu verlieren?

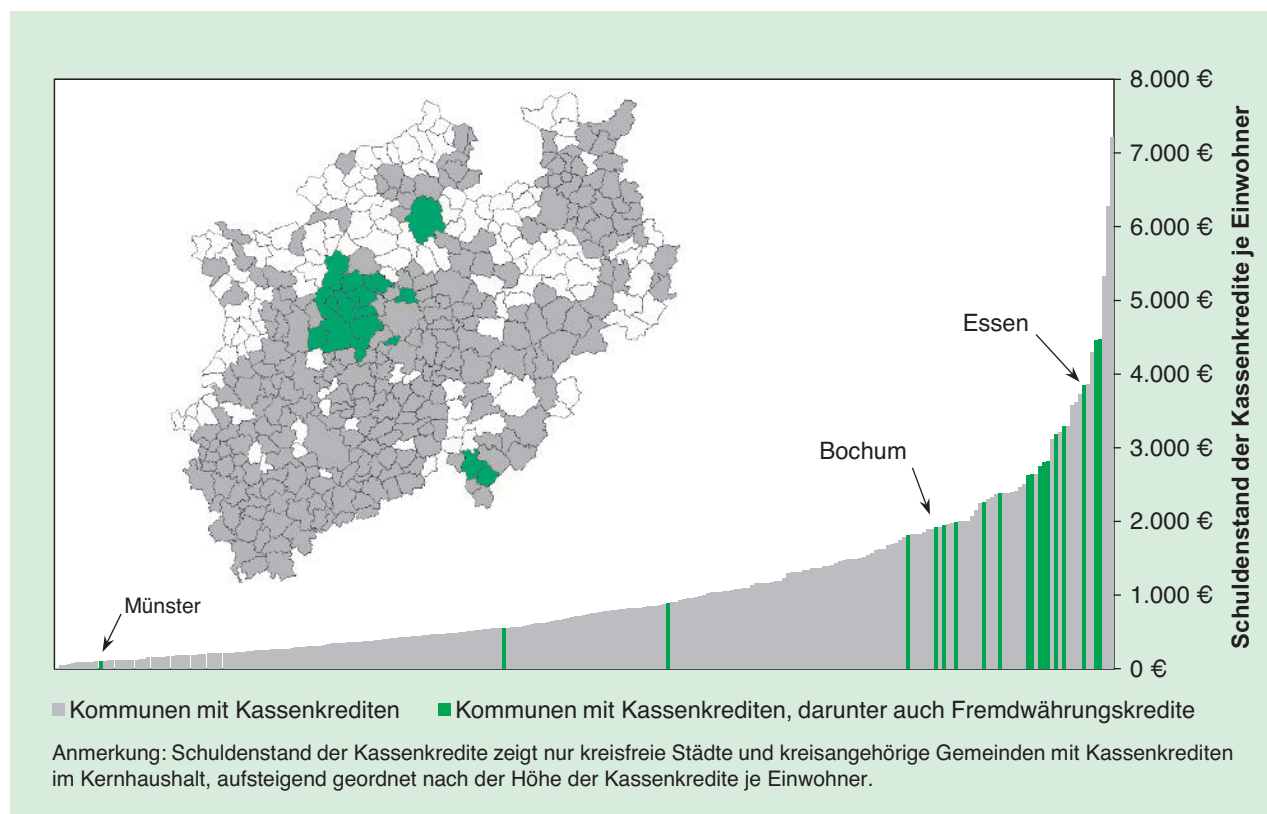
Neben einer starken regionalen Konzentration kann eine weitere bemerkenswerte Eigenheit der Kassenkredite in ausländischer Währung beobachtet werden: Es waren ausgerechnet besonders hoch verschuldete Kommunen, die in den vergangenen Jahren auf dieses Instrument setzten. Abbildung 2 verdeutlicht diesen Befund. Das dargestellte Balkendiagramm ordnet die Kommunen in Nordrhein-Westfalen aufsteigend nach der Höhe der Pro-Kopf-Kassenkreditverschuldung.⁵ Mit nur wenigen Ausnahmen (z. B. Münster) gehören die Kommunen, die auf Fremdwährungskredite setzten (grün gefärbte Balken), zu den Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit der höchsten Kassenkreditverschuldung je Einwohner. Dies erscheint zunächst paradox: Wieso gingen ausgerechnet solche Kommunen ein besonders hohes Risiko durch Fremdwährungsschulden ein, die ohnehin bereits über einen hohen Schuldenstand verfügten?

Abbildung 1: Kassenkredite der Kommunen in Fremdwährung (Stand: 31.12.2013)



Quellen: LT-Drs. 16/6399 (NW), Statistisches Bundesamt (2014), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 2: Kommunen mit Kassenkrediten in Euro und Fremdwährungen in Nordrhein-Westfalen (Kernhaushalt, Stand: 31.12.2013)



Quellen: LT-Drs. 16/6399 (NW), IT.NRW (2015), Darstellung des ifo Instituts.

Die ökonomische Theorie des „Gambling for Resurrection“ bietet eine mögliche Erklärung für diese interessante Beobachtung. Das „Gambling for Resurrection“ als exzessive Form des Moral-Hazard wurde in der Vergangenheit insbesondere im Bankensektor beobachtet: Kreditinstitute in extremer Schieflage haben nichts mehr zu verlieren, können sich durch hochspekulative Investitionen („Gambling“) mit einer äußerst geringen Wahrscheinlichkeit jedoch noch selbst retten und die nahezu sichere Insolvenz abwenden [vgl. z.B. HELLWIG (1998)]. Es wurde in der Vergangenheit beobachtet, dass eine Vielzahl betroffener Banken diesen „Strohalm“ ergriff und bei drohender Insolvenz umso riskanter agierte. Die Situation hochverschuldeter Kommunen stellt sich vergleichbar dar: Unabhängig von der faktischen Einstandspflicht des Landes für die Schulden seiner Kommunen scheinen gerade Kommunalpolitiker in hochverschuldeten Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen alles auf eine Karte gesetzt zu haben: Riskante „Zinsmanagement-Strategien“ boten eine vermeintliche und attraktive Möglichkeit, eine drohende Intervention und damit Entmachtung durch das Land (z.B. in Form eines „Sparkommissars“) zu verhindern oder zumindest zu verzögern. Dass mit der Stadt Essen zudem ausgerechnet

eine der am höchsten verschuldeten Städte Nordrhein-Westfalens auf Absicherungsgeschäfte ihrer Fremdwährungskredite verzichtete und hierdurch nochmals höhere Risiken in Kauf nahm, unterstreicht den fatalen Zusammenhang von prekärer Finanzlage und Risikobereitschaft.

Ausblick

Die empfindlichen finanziellen Verluste deutscher Kommunen infolge der Franken-Aufwertung dürften zu einer Neubewertung des Instruments der Fremdwährungskredite führen. Gegeben der geltenden Einstandspflicht für die Schulden der Kommunen sollten hierbei insbesondere die Länder ein Interesse an einem wirksamen Ordnungsrahmen haben. Plenardebatten in zahlreichen Landtagen zu diesem Thema sind bereits angekündigt. Soll auf kommunale Fremdwährungskredite in Zukunft nicht gänzlich verzichtet werden, so wäre aus Landes-sicht zumindest eine schärfere Regulierung angezeigt. Denkbar wäre eine Pflicht zur Absicherung von Krediten in ausländischer Währung, was jedoch die erhofften Zinsvorteile erheblich schmälern und das Instrument deutlich

unattraktiver machen dürfte. Neue prozedurale Hürden, z. B. eine generelle Zustimmung- bzw. Genehmigungspflicht durch die Gemeindevertretung oder die Kommunalaufsichtsbehörden für Fremdwährungskredite, könnten ergänzend hinzutreten. Alternativ zu einer schärferen Kontrolle durch das Land könnte allerdings auch die Eigenverantwortung der Kommunen gestärkt werden. Diese Option wäre z. B. über einen Haftungsausschluss des Landes für neue kommunale Schulden realisierbar, verbunden mit der Aufhebung der Insolvenzfähigkeit von Städten und Gemeinden. Eine solche Lösung ist mit nicht unwesentlichen juristischen Herausforderungen verbunden, würde aber die heute bestehenden Überschuldungsanreize beseitigen. Die aktuelle Problematik der kommunalen Fremdwährungskredite bietet insofern einen guten Anlass, neu und grundsätzlich über die Ordnung der Kommunalfinanzen in Deutschland nachzudenken.

Literatur

- BUNDESVERBAND ÖFFENTLICHER BANKEN DEUTSCHLANDS (VÖB) (Hrsg.) (2006): Bankgeschäfte mit Kommunen. Rahmenbedingungen für die Kommunalfinanzierung, 2. Aufl., Berlin.
- BURGER, R. und R. SOLDT (2015): Schuldenberge mit Alpenblick, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.01.2015, S. 3.
- HELLWIG, M. (1998): Banks, Markets, and the Allocation of Risks in an Economy, *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 154, S. 328–345.

IT.NRW (Hrsg.) (2015): Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden/GV, Verbindlichkeiten nach Kontengruppen, Gemeinden, Kreisverwaltungen, Bezirksverbände, abgerufen von der Landesdatenbank NRW, abgerufen am: 20.01.2015.

KOWALEWSKY, R. und F. RINKE (2015): Freigabe des Franken. Schweizer Crash kostet NRW-Städte 400 Millionen Euro, Rheinische Post Online, 17.01.2015, abgerufen am: 21.01.2015.

RÖSEL, F. (2014): Co-Partisan Buddies or Partisan Bullies? Why State Supervision of Local Government Borrowing Fails, ifo Working Paper Nr. 189, München.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014): Finanzen und Steuern. Schulden der öffentlichen Haushalte, 2013, Fachserie 14, Reihe 5, erschienen am 14. August 2014, korrigiert am 28. Oktober 2014, Wiesbaden.

¹ Eine Absicherung bieten Derivate wie z. B. Zinsswaps oder Devisenoptionen, die für Fremdwährungskredite einen fixen Zinssatz oder Wechselkurs sicherstellen, jedoch mit zusätzlichen Kosten verbunden sind.

² Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 2433 vom 1. Juli 2014 des Abgeordneten André Kuper (CDU), LT-Drs. 16/6399 (NW).

³ Kreditwirtschaft der kommunalen Körperschaften einschließlich ihrer Sonder- und Treuhandvermögen, RdErl. d. MI v. 22.10.2008, AZ: 33.1-10245/1, Nds. MBl. 2008, Nr. 45, S. 1149.

⁴ Einen Überblick bietet der BUNDESVERBAND ÖFFENTLICHER BANKEN DEUTSCHLANDS: VÖB (2006).

⁵ Dargestellt werden nur Städte und Gemeinden mit einer Kassenkreditverschuldung > 0. Dies sind rund Zweidrittel aller Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

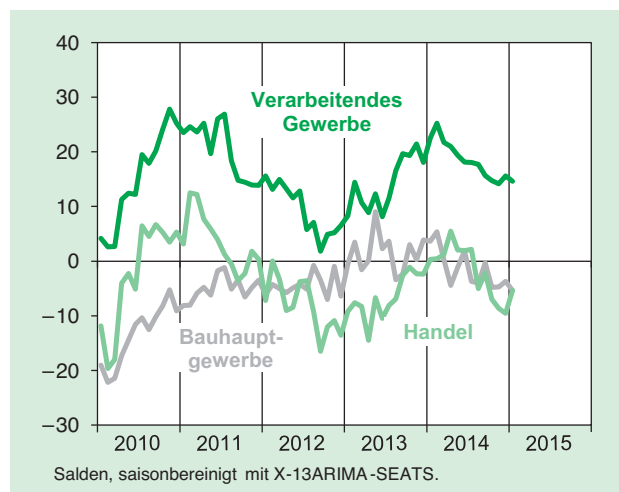
Positiver Jahresauftakt für die ostdeutsche Konjunktur: ifo Geschäftsklimaindex im Januar 2015

Robert Lehmann*

ifo Konjunkturtest in Ostdeutschland

Das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands hat sich im Januar leicht verbessert (vgl. Abb. 1). Nach Angaben der ostdeutschen Befragungsteilnehmer sind diese mit ihren momentanen Geschäften spürbar zufriedener als im Vormonat. Jedoch haben sich die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate etwas eingetrübt. Insgesamt setzt die ostdeutsche Wirtschaft ihre Erholung vom vierten Quartal des vergangenen Jahres auch zu Jahresbeginn 2015 fort.

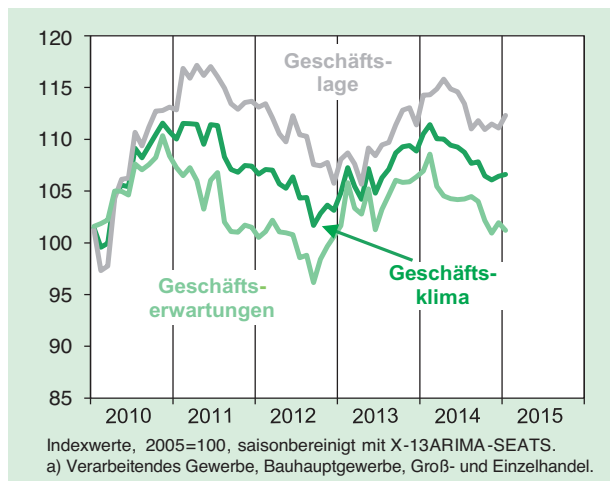
Abbildung 2: Geschäftsklima für die einzelnen Wirtschaftsbereiche der Gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Die ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands bewegt sich stets zwischen den Phasen Boom und Abschwung (vgl. Abb. 3). Im Vergleich zum Dezember 2014 wird die momentane Geschäftssituation besser eingestuft. Jedoch erwarten die ostdeutschen Industriefirmen ungünstigere Geschäfte in den kommenden sechs Monaten. Ungeachtet des gestiegenen Pessimismus für die nahe Zukunft befindet sich die ostdeutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs.

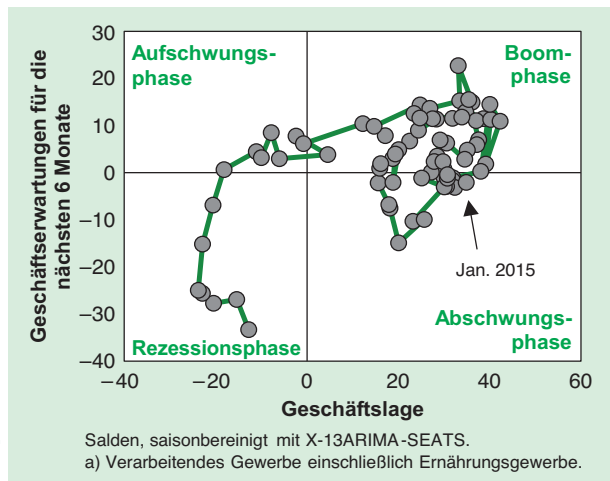
Abbildung 1: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen für die Gewerbliche Wirtschaft^a Ostdeutschlands



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Getragen wird der Anstieg des ostdeutschen Klimaindixators im Januar 2015 von der positiven Entwicklung im Handel (vgl. Abb. 2). Die Handelsfirmen in Ostdeutschland berichten von insgesamt besseren Geschäften und blicken überdies optimistischer in die nahe Zukunft. Im Verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe sind die Klimaindixatoren im aktuellen Monat hingegen geringfügig gesunken.

Abbildung 3: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Ostdeutschlands



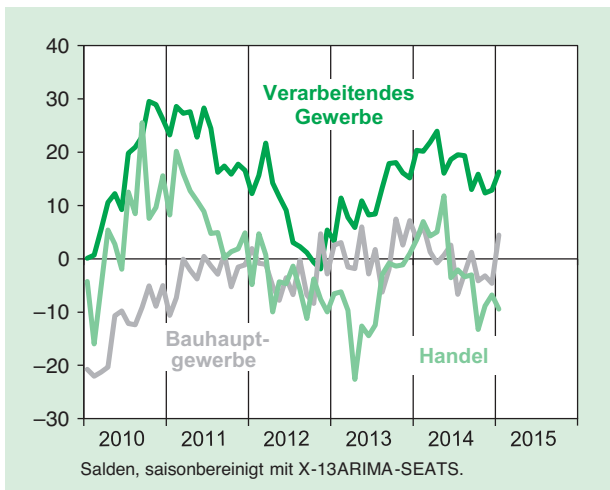
Quelle: ifo Konjunkturtest.

* Robert Lehmann ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

ifo Konjunkturtest in Sachsen

Auch in Sachsen hat sich das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft im Januar verbessert (vgl. Abb. 4). Der Anstieg des Klimaindikatoren fiel im Freistaat sogar noch kräftiger aus als in Ostdeutschland insgesamt. Analog zu Ostdeutschland ist die Aufhellung des Geschäftsklimas in Sachsen auf die bessere Lageeinschätzung der Unternehmen zurückzuführen. Die Geschäftserwartungen für das nächste halbe Jahr werden von den sächsischen Befragungsteilnehmern genauso eingestuft wie im Vormonat. Die sächsische Wirtschaft startet dynamisch in das neue Jahr 2015.

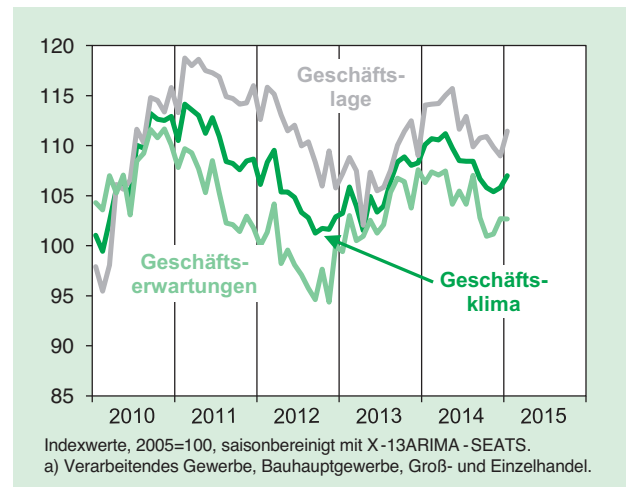
Abbildung 5: Geschäftsklima für die einzelnen Wirtschaftsbereiche der Gewerblichen Wirtschaft Sachsens



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Die ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe Sachsens bewegt sich im Januar 2015 weiter nach rechts oben und verfestigt damit seine Position in der Phase Boom (vgl. Abb. 6). Sowohl die Geschäftslage als auch die Geschäftsaussichten haben sich verbessert. Derzeit profitiert die sächsische Industrie insbesondere vom niedrigen Ölpreis und dem gesunkenen Euro-Dollar-Wechselkurs. Damit verbessern sich die Absatzchancen sächsischer Industrieprodukte auf ausländischen Absatzmärkten. Die Konjunkturampel für die Wirtschaft des Freistaates Sachsen steht auf grün.

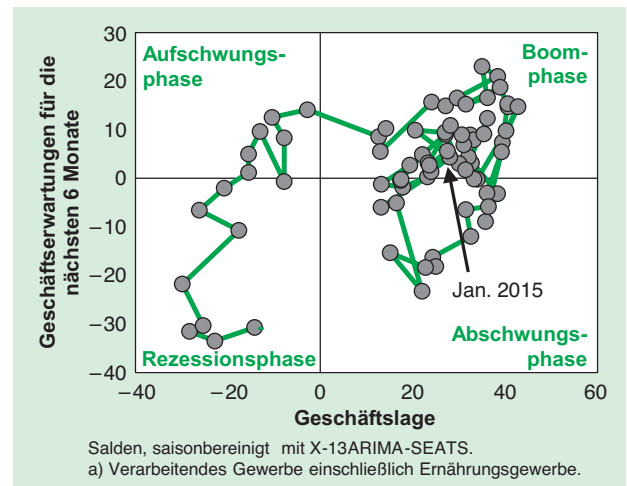
Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen für die Gewerbliche Wirtschaft^a Sachsens



Quelle: ifo Konjunkturtest.

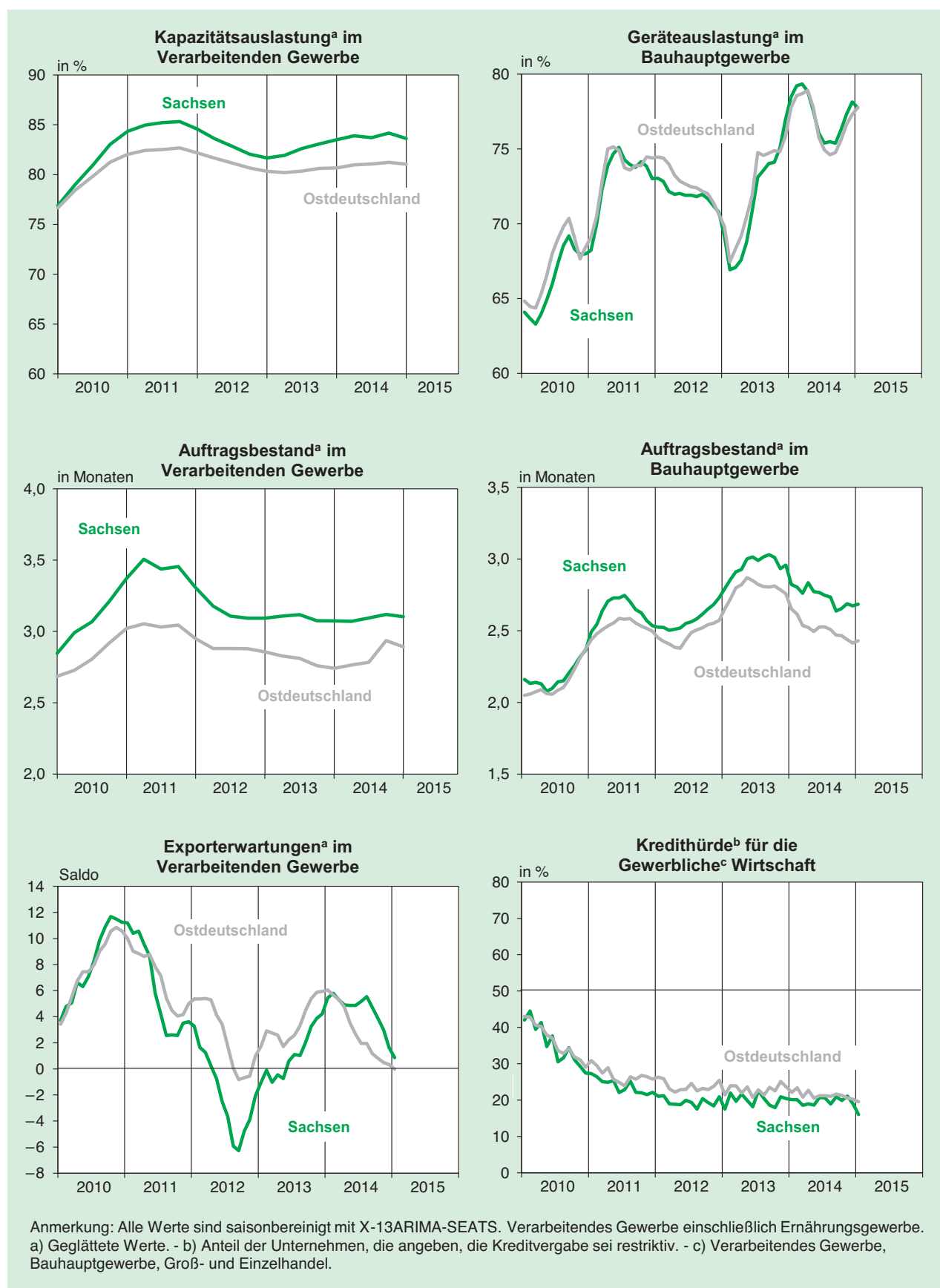
Bei Betrachtung der einzelnen Wirtschaftsbereiche zeigt sich für den Freistaat Sachsen ein anderes Bild im Vergleich zu den ostdeutschen Bundesländern. Die Geschäftsklimaindizes für die sächsische Industrie und das hiesige Bauhauptgewerbe sind im Januar kräftig expandiert. Sowohl die momentane Geschäftssituation als auch der zukünftige Geschäftsverlauf werden von den Firmen aus diesen beiden Wirtschaftsbereichen günstiger eingeschätzt. Demgegenüber steht ein Rückgang des Klimaindikatoren im sächsischen Handel. Maßgeblich ist die schlechtere Stimmung der Einzelhändler.

Abbildung 6: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Sachsens



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 7: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Sächsischer Arbeitsmarkt startet gut ins neue Jahr

Michael Weber*

Der sächsische und der ostdeutsche Arbeitsmarkt sind gut ins neue Jahr gestartet. Nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT ist die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt im Januar weiter gesunken. Zugleich ist das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft im Januar geringfügig gestiegen. Die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt bleiben damit positiv.

Der trendmäßige Beschäftigungsaufbau des Jahres 2014 hielt auch zum Jahresende an. Im November waren nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT saisonbereinigt 1,515 Mill. Personen in Sachsen und 5,692 Mill. Personen in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) **sozialversicherungspflichtig beschäftigt**. Dies ist ein Zuwachs von jeweils 0,1 % gegenüber dem Vormonat. Nicht saisonbereinigt stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Sachsen und Ostdeutschland gegenüber dem Vorjahresmonat um jeweils 1,4 %. Die größten Beschäftigungsgewinne konnten im Vorjahresvergleich die Arbeitnehmerüberlassung und das Gastgewerbe verbuchen. Dagegen setzte sich bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern der trendmäßige Rückgang der Beschäftigung fort. Die geringfügige Beschäftigung in Ostdeutschland insgesamt stagnierte gegenüber dem Wert des Vorjahresmonats bei etwa 900.700 Personen. Dabei ging nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten weiter zurück (-1,3 %), während die Zahl der im Nebenjob geringfügig entlohnten Beschäftigten erneut anstieg (+4,0 %).

Die positive Grundtendenz am sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarkt hat sich, auch begünstigt von der vergleichsweise milden Witterung, im neuen Jahr fortgesetzt. Der typische, saisonbedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit fiel geringer aus als in einem gewöhnlichen Januar. Die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit war somit weiter rückläufig. Sie sank im Freistaat Sachsen gegenüber dem Vormonat um 0,9 % auf 180.000; die saisonbereinigte **Arbeitslosenquote** belief sich auf 8,5 %. In Ostdeutschland (einschließlich Berlin) verringerte sich die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl gegenüber Dezember um 0,5 % auf 795.000. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote betrug hier im Januar 9,4 %. Dabei konnte die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt jeweils in beiden Rechtskreisen abgebaut werden. Im Rechtskreis SGB III (in etwa: Arbeitslose mit

Anspruch auf Arbeitslosengeld I) sank die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vormonat um 0,7 % auf 49.000 Personen im Freistaat Sachsen und um 0,4 % auf 210.000 in Ostdeutschland insgesamt. Im Rechtskreis SGB II (in etwa: Arbeitslose mit Anspruch auf Arbeitslosengeld II) fiel der Rückgang mit 1,0 % bzw. 0,6 % sogar noch kräftiger aus. Damit waren im Monat Januar im Freistaat Sachsen saisonbereinigt 131.000 Personen und in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) 585.000 Personen im Rechtskreis SGB II arbeitslos gemeldet. Auch die saisonbereinigte Zahl der **erwerbsfähigen Leistungsberechtigten** (dies sind neben den Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II unter anderem auch Erwerbstätige, die zusätzlich Leistungen aus der Grundsicherung beziehen) war im Januar weiter rückläufig. Im Freistaat Sachsen waren im Januar saisonbereinigt 285.000 erwerbsfähige Personen auf Leistungen aus der Grundsicherung angewiesen; dies sind 0,3 % weniger als im Vormonat. Die Hilfequote gemessen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren sank auf 11,7 %. In Ostdeutschland (einschließlich Berlin) verringerte sich die saisonbereinigte Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Januar gegenüber dem Vormonat um 0,2 % auf 1,346 Mill. Personen. Dies sind 13,0 % der ostdeutschen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Die gute Arbeitsmarktdynamik im Januar lässt sich auch an den **Übergangszahlen** zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit ablesen. Saisonbereinigt stieg im Freistaat Sachsen die Zahl der Arbeitslosen, die im Berichtsmonat unmittelbar in die Erwerbstätigkeit wechselten, gegenüber Dezember 2014 um 2,9 % an. Gleichzeitig sank die saisonbereinigte Zahl derer, die umgekehrt aus der Erwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit wechselten, um 1,5 %.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ging im Januar mit einer weiteren Erhöhung der **Arbeitsmarktanspannung** (vgl. Infobox 1) einher. Die saisonbereinigte Vakanzquote stieg im Freistaat Sachsen auf 1,22 % und in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) auf 1,23 %. Gleichzeitig verlängerten sich die durchschnittlichen abgeschlossenen Vakanzzeiten (vgl. Infobox 2) deutlich. Arbeitsstellen, die im Januar bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT abgemeldet

* Michael Weber ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

wurden, waren nunmehr 79 Tage (Sachsen) bzw. 85 Tage (Ostdeutschland insgesamt) vakant. Gegenüber dem Vorjahresmonat bedeutet dies eine Verlängerung der Vakanzzeit von sieben bzw. acht Tagen.

Infobox 1: Arbeitsmarktdruck

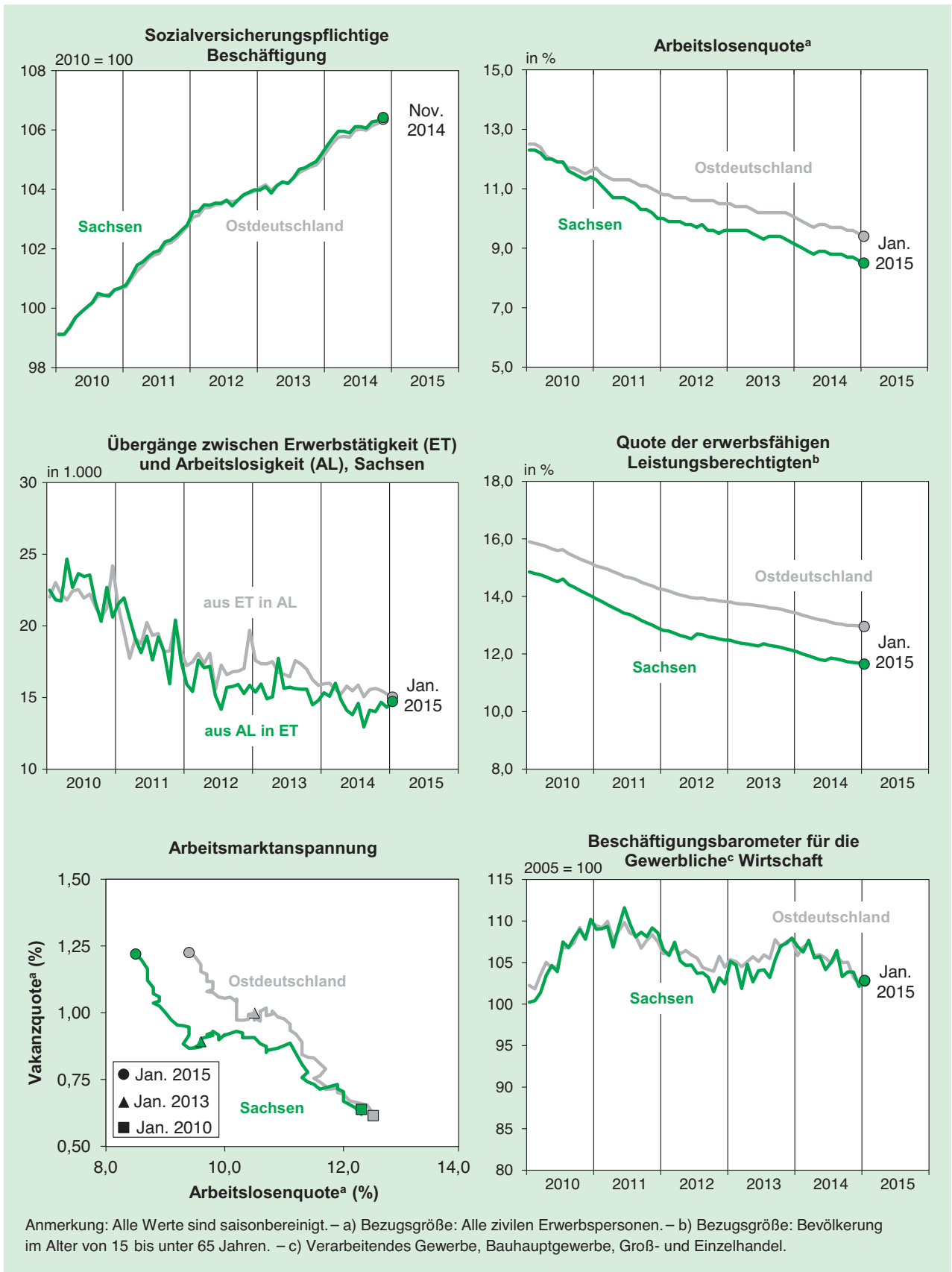
Die Arbeitsmarktdruck erfasst die konjunkturelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, indem sie sowohl die Angebotsseite (Arbeitslosenquote) als auch die Nachfrageseite (Vakanzquote) abbildet. Die Vakanzquote setzt den Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen ins Verhältnis zur Zahl der zivilen Erwerbspersonen. Steigt die Vakanzquote, während die Arbeitslosenquote fällt, befindet sich der Arbeitsmarkt im Aufschwung und die Anspannung am Arbeitsmarkt nimmt zu. Dies entspricht in der Abbildung einer Bewegung nach links oben. Sinkt die Vakanzquote, während die Arbeitslosenquote steigt, befindet sich der Arbeitsmarkt im Abschwung. Dies entspricht einer Bewegung nach rechts unten. Steigen sowohl die Vakanz- als auch die Arbeitslosenquote über einen längeren Zeitraum hinweg – dies entspricht einer Bewegung nach rechts oben –, kann dies auf ein Qualifikationsproblem hindeuten: Die Qualifikationen der Arbeitslosen genügen dann nicht mehr den Anforderungen der gemeldeten Stellen. Bei der Interpretation der Vakanzquote ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Arbeitgeber nicht alle freien Stellen der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT melden. Der Einschaltungsgrad steigt gerade in Zeiten des Aufschwungs. Im dritten Quartal 2014 wurden nach Berechnungen des INSTITUTS FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB) auf Basis der IAB-Stellenerhebung 53 % aller freien Stellen am ersten Arbeitsmarkt der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldet.

Infobox 2: Vakanzzeiten

Die Vakanzzeit misst die Dauer zwischen dem ursprünglich geplanten Besetzungstermin einer Stelle und der Abmeldung der Stelle aus dem Stellenangebot der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT. Eine Zunahme der Vakanzzeit kann sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Ursachen haben: Je besser die Konjunktur, desto mehr freie Stellen werden gemeldet und desto länger dauert es für jede einzelne freie Stelle, bis sie besetzt wird. Bleiben jedoch in bestimmten Bereichen die Vakanzzeiten über den gesamten Wirtschaftszyklus hinweg hoch, deutet dies auf Schwierigkeiten hin, geeignete Bewerber für eine Stelle zu finden. Definitionsgemäß endet die Vakanzzeit, wenn die Stelle bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT abgemeldet wird. Hinter einer solchen Abmeldung steht in der Regel die Besetzung der Stelle; es ist aber ebenso möglich, dass der Besetzungsprozess erfolglos abgebrochen wurde.

Der Ausblick für die weitere kurzfristige Arbeitsmarktentwicklung bleibt positiv. Zwar verringerte sich im Januar gegenüber dem Vorjahresmonat die Zahl der neu gemeldeten freien Arbeitsstellen (-3,1 % im Freistaat Sachsen, -2,3 % in Ostdeutschland insgesamt), jedoch stieg das **ifo Beschäftigungsbarometer** für die gewerbliche Wirtschaft in Sachsen und Ostdeutschland jüngst wieder geringfügig an. Lediglich im sächsischen und ostdeutschen Großhandel sowie im ostdeutschen Baugewerbe senkten die Befragungsteilnehmer ihre Beschäftigungserwartungen für die kommenden drei Monate.

Abbildung 1: Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Ostdeutschland



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, ifo Konjunkturtest. Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

ifo Veranstaltungen

Am **19. und 20. März 2015** findet der **5. Workshop „Arbeitsmarkt und Sozialpolitik“** statt, den die Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS gemeinsam mit der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN veranstaltet. Willkommen sind Vortragsangebote sowohl mit theoretischer als auch mit empirischer Ausrichtung aus allen Teilgebieten der Arbeitsmarktforschung und Sozialpolitik. Für die Leitung des Workshops konnte wiederum Prof. Dr. Alexander Kemnitz von der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN gewonnen werden.

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** spricht am **15. April 2015** Prof. Dr. Joachim Weimann, Professor für Volkswirtschaftslehre an der OTTO-VON-GUERICKE-UNIVERSITÄT MAGDEBURG zum Thema

„Wirtschaftspolitik aus dem Labor: Warum wir Staatsverschuldung zustimmen, Steuern nicht richtig wahrnehmen und falsche Klimaverhandlungen führen“.

Ebenfalls in dieser Veranstaltungsreihe wird am **27. April 2015** Prof. Dr. Steffen Müller, Leiter der Abteilung Strukturökonomik beim INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE (IWH), einen Vortrag halten.

Die Vorträge sind öffentlich und finden im Seminarraum der ifo Niederlassung Dresden, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn der Vorträge ist jeweils um **18:30 Uhr**.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Veröffentlichungen

Lehmann, Robert und Klaus Wohlrabe (2014): Regional Economic Forecasting: State-of-the-Art Methodology and Future Challenges, *Economics and Business Letters*, 3 (4), S. 218–231, ebenfalls erschienen als CESifo Working Paper No. 5145.

Lehmann, Robert und Wolfgang Nagl (2014): Möglichkeiten und zeitliche Horizonte regionaler Wirtschaftsprognosen – Grundlage von Flächenbedarfsprognosen, in: Gotthard Meinel, Ulrich Schumacher und Martin Behnisch (Hrsg.): *Flächennutzungsmonitoring VI: Innenentwicklung – Prognose – Datenschutz*, IÖR-Schriften Nr. 65, 341–348, Rhombos-Verlag Berlin, Dresden, 2014.

Lehmann, Robert und Joachim Ragnitz (2014): ifo Geschäftsklima Ostdeutschland im Oktober 2014 – Positive Wirtschaftsentwicklung gerät kräftig unter Druck, in: *Wirtschaft und Markt*, Heft 6/2014, S. 30.

Lehmann, Robert und Joachim Ragnitz (2015): Positive Signale für die ostdeutsche Wirtschaft gewinnen zum Jahresende wieder die Oberhand – ifo Geschäftsklima für Ostdeutschland im Dezember 2014, in: *Wirtschaft und Markt Kompakt* Ausgabe feb 2015, S. 16–17.

Steinbrecher, Johannes (zusammen mit Matthias Efing, Harald Hau, Patrick Kampkötter): Incentive Pay and Bank Risk-Taking: Evidence from Austrian, German, and Swiss Banks, *Journal of International Economics*, Im Erscheinen, Accepted 2015; ebenfalls erschienen als CESifo Working Paper Nr. 4984.

Ragnitz, Joachim (2015): Anmerkungen zur Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen, in: *Sachsenlandkurier*, Heft 1/2015, S. 18–22.

Ragnitz, Joachim (2014): Probleme bei der Investitionsfinanzierung im Mittelstand?, in: *Wirtschaft und Markt*, Heft 6/2014, S. 34.

ifo Vorträge

Lehmann, Robert, „Survey-based indicators vs. hard data – What improves export forecasts in Europe best?“, Vortrag auf der ifo/CES Christmas Conference 2014, **18./19.12.2014**, München.

Ochsner, Christian, „Stalin meets Austria: Regional Economic Inequality due to the Expected Loss of Market Access and the Fear of an ‚Austrian GDR‘ after WW2“, Vortrag auf der ifo/CES Christmas Conference 2014, **18./19.12.2014**, München.

Weber, Michael, „Labor market deregulation and the stepping stone effect of temporary help services?“, Vortrag auf der ifo/CES Christmas Conference 2014, **18./19.12.2014**, München.

Ragnitz, Joachim, „Wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven für Ostdeutschland 25 Jahre nach der Vereinigung“, Vortrag anlässlich einer Tagung des Kocheler Kreises der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG zum Thema „25 Jahre Transformation“, **10.01.2015**, Kochel am See.

Ragnitz, Joachim, „Wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland: Stand und Perspektiven“, Vortrag anlässlich des 27. Comenius-Forums, **19.01.2015**, Annaberg-Buchholz.

Rösel, Felix, „How to Heal Hospitals? – Measuring Public Sector Productivity at the Regional Level“, Vortrag im Brown-Bag-Seminar der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN, **19.01.2015**, Dresden.

Lehmann, Robert, „On the political economy of tax revenue forecasts – Evidence from OECD countries“, Vortrag im Volkswirtschaftlichen Kolloquium der HELMUT-SCHMIDT-UNIVERSITÄT HAMBURG, **21.01.2015**, Hamburg.

Ragnitz, Joachim, „Wirtschaftspolitische Aufgaben der Stadt Leipzig 2015–2020“, Vortrag vor dem STADTRAT DER STADT LEIPZIG, **21.01.2015**, Leipzig.

Ragnitz, Joachim, „Ökonomische Disparitäten im regionalen Vergleich – Heilsamer Treiber für einen föderalen Wettbewerb oder Überforderung des Finanzausgleichs?“, Vortrag anlässlich eines Round-Table-Gesprächs „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – Staatsziel, Ausgleichsmaßstab oder Leerformel?“ in der Landesvertretung Baden-Württemberg beim Bund, **22.01.2015**, Berlin.

Ragnitz, Joachim, „Entwicklung des kreisfreien und des kreisangehörigen Raumes in Sachsen, Zukünftige Herausforderungen des kommunalen Finanzausgleichs“, Vortrag anlässlich einer Klausurtagung des Finanz- und Organisationsausschusses des SÄCHSISCHEN STÄDTE- UND GEMEINDETAGES, **23.01.2015**, Chemnitz.

Ragnitz, Joachim, „Economic Integration of East Germany after Unification – Lessons for Korea“, Vortrag anlässlich eines Workshops an der NATIONAL UNIVERSITY OF KOREA, **27.01.2015**, Seoul (Südkorea).

Ragnitz, Joachim, „Reindustrialisierung in Brandenburg: Aufgaben und Möglichkeiten“, Vortrag anlässlich einer Tagung der Initiative PROBRANDENBURG, **13.02.2015**, Liebenwalde (bei Berlin).

ifo intern

Prof. Dr. Marcel Thum, Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats beim BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN gewählt. Turnusgemäß

wurde ein neuer Vorsitz des Beirats bestimmt. Am 1. Januar 2015 haben Prof. Dr. Thiess Büttner als neuer Vorsitzender und Prof. Dr. Marcel Thum als sein Stellvertreter ihre Ämter angetreten.

ifo Dresden Studie 74

Strukturanalyse der ostdeutschen Chemieindustrie

*Julia Heller, Jan Kluge,
Robert Lehmann, Christian Ochsner
und Joachim Ragnitz*

ISBN 978-3-88512-557-0
70 Seiten, München/Dresden 2014,
15,-€, zzgl. Versandkosten.

Dieses Gutachten beinhaltet eine umfassende Bestandsaufnahme der Chemischen und Pharmazeutischen Industrie in Ostdeutschland und vergleicht diese Industriezweige mit denen der westdeutschen Bundesländer. Die Chemische und Pharmazeutische Industrie stellen für die deutsche Volkswirtschaft einen wichtigen Wachstumstreiber dar. Die erwirtschafteten Umsätze im In- und Ausland machen diese Branchen zu einer der größten in Deutschland. Außerdem ist insbesondere die Chemische Industrie aufgrund ihrer vorgelagerten Position in der Wertschöpfungskette für den Erhalt zahlreicher Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftszweigen von großer Bedeutung.

Das wichtigste Zentrum der Chemischen Industrie in Ostdeutschland ist das mitteldeutsche Chemiedreieck im Südosten Sachsen-Anhalts; des Weiteren sammeln sich insbesondere in Sachsen, Thüringen und im Großraum Berlin weitere chemische Betriebe. Die Betriebe der Pharmazeutischen Industrie ballen sich mehrheitlich im Großraum Berlin; als zweitwichtigster ostdeutscher Standort der Pharmazeutischen Industrie könnte Dresden identifiziert werden.

Ein Vergleich der beiden Industriezweige in Ost- und Westdeutschland zeigt, dass es ostdeutsche Betriebe dieser Branchen mit ihren westdeutschen Konkurrenten aufnehmen können.

Hinsichtlich wichtiger Kenngrößen wie Beschäftigungsentwicklung, Umsatzrentabilität oder Außenhandelsverflechtungen sind sie mit westdeutschen Betrieben durchaus vergleichbar; in einigen Bereichen sogar besser. Große Unterschiede bestehen allerdings im Bereich der Forschung und Entwicklung (FuE): Hier liegt insbesondere die Chemische Industrie in Ostdeutschland sowohl hinsichtlich der FuE-Ausgaben als auch in Bezug auf die Zahl der FuE-Beschäftigten deutlich zurück. Hingegen sind die FuE-Aktivitäten der Pharmazeutischen Industrie in Ostdeutschland nur geringfügig geringer als in Westdeutschland. Um in der Chemischen und Pharmazeutischen Industrie auch zukünftig wettbewerbsfähig zu sein und gegen die internationale Konkurrenz, insbesondere aus den aufstrebenden Schwellenländern zu bestehen, erscheint es angezeigt, die FuE-Bemühungen zu erhöhen. Auf diese Weise könnte insbesondere die ostdeutsche Chemieindustrie die rasanten Beschäftigungszuwächse der letzten Jahre fortsetzen und diesen Wirtschaftszweig weiter ausbauen.

ifo Institut
Niederlassung Dresden

